

Stenographischer Bericht

55. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

13. Oktober 1926.

Inhalt:

Personalien: Angelobung R ö c k (1255).

Rücklegung des Abgeordnetenmandates Dr. Uhrer (1268).

Angelobung M ö s t l (1268).

Neuwahl des Landeshauptmannes. — Fortsetzung.

Redner: Leichin (1255 u. 1268).

Anfrage: Dr. Kübler, Zl. 168, betreffend Änderung der Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung der steiermärkischen Landesregierung (1287).

Anfragen: Rosenwirth, Pfortner, Nr. 105, an den Landeshauptmannstellvertreter Riegler, wegen Beschimpfung der Republik durch einen aktiven Gendarmerieinspektor (1268). — Dringliche Behandlung (1268). — Begründung: Rosenwirth (1275). — Beantwortung: Riegler (1276). — Redner: Oberzaucher (1276), Rosenwirth (1278), Machold (1280), Rutschak (1280), Pfortner (1283), Böckl (1285).

Tausk, Regner, Weizelberger, an den Landesfinanzreferenten Dr. Enge wegen der Unterschlagungen im Landesabgabensamte (1268). — Dringliche Behandlung (1268). — Rückziehung der Anfrage (1287).

Präsident R ö c k l eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten vormittags.

Präsident: Herr Abg. R ö c k, der an Stelle des Herrn Landeshauptmann Frisching einberufen worden ist, ist heute im hohen Haus erschienen.

(Abg. R ö c k leistet die Angelobung.)

Wir fahren nunmehr fort in der Behandlung der Tagesordnung.

Wir stehen bei Punkt 1 der Tagesordnung:

Neuwahl des Landeshauptmannes.

Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Leichin.

Leichin: Hohes Haus! Die heutige Tagesordnung des Landtages beschäftigt sich mit einer sehr wichtigen Frage, einer Frage, der bis heute gar nicht jene Bedeutung zugemessen wurde, die ihr eigentlich zukommt. Wenn es sich heute um die Wahl des Landeshauptmannes handelt, handelt es sich um die Wahl eines Mannes, der nicht nur das Vertrauen einer Partei, sondern das Vertrauen der Bevölkerung genießen soll. Es handelt sich heute um die Wahl eines Mannes, von dem die Bevölkerung weiß, daß er sicher das erfüllen wird, worauf die Bevölkerung ihre Hoffnung setzt; eines Mannes, der jene Umsicht hat, die für die Stelle eines Landeshauptmannes erforderlich ist, aber um einen Mann, der sicher auch die moralischen Qualitäten besitzt, damit er im gewissen Sinn ein leuchtendes Beispiel für die Bevölkerung des Landes ist. Meine Damen und Herren! Verfassungsmäßig hat die stärkste Partei das Recht, den Landeshauptmann

in Vorschlag zu bringen, aus ihrer Mitte zu stellen. Die Wahl als solche fällt natürlich dem gesamten Landtage zu, die gesamten Landtagsmitglieder haben endgültig darüber zu entscheiden, ob sie mit dem Vorschlag einverstanden sind oder nicht. Wenn die Parteigegner eines Kandidaten, der zum Landeshauptmann nominiert wurde, mit diesem Vorschlage nicht einverstanden waren, so war es bisher so, daß die Gegner stillschweigend der Wahl beiwohnten und leere Stimmzettel abgaben. Es war also bisher immer eine Wahl ohne jede offene Demonstration, eine Wahl, die vorgenommen wurde unter dem Stillschweigen der Gegner. Immerhin haben bisher alle bürgerlichen Parteien, soweit sie im Landhause vertreten waren, stets für den Landeshauptmann gestimmt, der von der größten Partei in Vorschlag gebracht wurde. Wie verhalten sich die Dinge jetzt? Die beiden bürgerlichen Parteien, außer den Christlichsozialen, haben bisher keinerlei Stellung hier im hohen Hause zu der Wahl des Landeshauptmannes bezogen. Wir haben bisher von den bürgerlichen Parteien nichts gehört, wie sie sich bei dieser Wahl verhalten werden. Wenn wir irgendwie auf eine Stellungnahme der beiden bürgerlichen Parteien schließen, so können wir das bloß auf Grund ihrer Veröffentlichung in ihrer Presse. Aus dieser erfahren wir, daß die Bauernbündler, die als zweitstärkste bürgerliche Partei in Frage kommen, weiße Stimmzettel abgeben wollen, das heißt, sie wollen nicht für den vorgeschlagenen Kandidaten stimmen. Aber wir haben auch von den Großdeutschen gehört — obgleich wir aus der Erklärung der Großdeutschen nicht so ganz klar herauslesen können, was sie eigentlich wollen —, ihre Erklärung spricht zwar von einem dicken Trennungsstrich, wo aber dieser anfangen, wo er enden wird, mit welchem Ergebnis er enden wird, das erfahren wir aus dieser Erklärung nicht, daß sie mit der Wahl des Herrn Dr. Rintelen nicht mehr einverstanden sind. Wir können daher annehmen, daß bei den Großdeutschen soviel Reinlichkeitsgefühl vorhanden ist, daß auch sie diesmal für den vorgeschlagenen Kandidaten, für Prof. Dr. Rintelen, nicht stimmen werden; das war aus der Erklärung der Großdeutschen zu entnehmen. Wie würde sich unter diesen Umständen die Wahl des Professors A. Rintelen gestalten? Wir haben 70 Abgeordnete. Von diesen entfallen 34 auf die Christlichsozialen, während 36 Abgeordnete offene oder geheime Gegner des Vorschlages sind. Von den 36 sind 24, die den Mut aufbringen, mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit diesen Vorschlag zu bekämpfen. Trotzdem müssen wir wahrnehmen, daß

es die Christlichsoziale Partei bisher nicht vorgezogen hat, auf diese Kandidatur, das heißt auf die vorgeschlagene Person zu verzichten. Wir wollen ihnen das Vorschlagsrecht gar nicht streitig machen; wir sagen, Sie haben das Vorschlagsrecht, wir achten dieses Vorschlagsrecht, aber wir wollen von der Person, die sie in Vorschlag bringen, nichts wissen. Nicht etwa, weil er angeblich ein so rücksichtsloser, aufrichter Bekämpfer unserer Partei ist, nicht deshalb, wie Landeshauptmannstellvertreter Riegler in der „Tagespost“ erklärt hat, weil er es verstanden hat, die Ruhe und die Ordnung in diesem Land aufrechtzuerhalten. Nein! Das soll uns nicht bestimmen, deshalb keine Person abzulehnen. Wenn wir seine Person ablehnen, so deshalb, weil sich in der letzten Zeit Dinge ereignet haben, die jedem anständigen Menschen veranlassen müssen, jedem anständigen Politiker die Pflicht auferlegen, sofort die Flucht aus der Öffentlichkeit zu ergreifen, wenn sie die Wahl des Prof. Dr. Rintelen ruhig hinnehmen oder vornehmen ließen. Jeder Staatsbürger in diesem Lande hat das Recht, zu verlangen, daß Leute, die persönliche Interessen mit den Interessen der Öffentlichkeit verwechseln, die Interessen ihrer Partei mit den Interessen des Landes verwechseln, wegmüssen. Ein solcher Mann muß weg, er hat kein Recht mehr, sich hier kandidieren zu lassen. Meine Damen und Herren, in der Montagssitzung, in der der Herr Landeshauptmann-Kandidat hier durch die Ausführungen unseres Genossen Machold angeklagt wurde und sich verteidigte, hat er kein einziges Wort der Widerlegung all dieser Anklagen gefunden. Nichts von dem, was hier gesagt wurde, hat er widerlegt, nicht ein Wort der Verteidigung ist gefallen. Ich verstehe das. Es läßt sich hier nichts verteidigen, und ich glaube, selbst die spitzfindigsten Juristen sind nicht imstande, die Anklage durch Widerlegung aus der Welt zu schaffen. Selbst dem spitzfindigsten Juristen ist es unmöglich, aus dem, was geschehen ist, das Gegenteil zu beweisen und aus diesem Grunde konnte Prof. Dr. Rintelen auf diese Dinge auch gar nichts sagen. Ehe ich darauf eingehe, was er eigentlich ausgeführt hat, möchte ich Ihnen nur ein Beispiel dafür bringen, wie es die bürgerliche Presse — und vor allen Dingen die christlichsoziale Presse — versteht, den größten Schwindel umzudrehen, aus der größten Niederlage einen Sieg zu machen. Vor mir liegt das Sechs-Uhr-Blatt des Grazer „Volksblattes“ vom gestrigen Tag. In diesem Blatt ist ein Artikel veröffentlicht: „Ein Blick in den Landhaus-Sitzungsaal“, ein Artikel, der durch keine Ordinarbeit überboten werden kann, der ausschließlich von einem Manne geschrieben werden konnte, dem jedes Schamgefühl, jede Anständigkeit abgeht. Dieser Artikel konnte ferner nur von einem Manne geschrieben worden sein, der sich gegenüber dem Herrn Prof. Dr. Rintelen verpflichtet fühlt, irgendwie eine Schuld abzutragen und deshalb mit aller Rücksichtslosigkeit im Tone eines Fuhrknechtes auftritt, um den Kandidaten zum Landeshauptmann zu verteidigen. Der Landeshauptmann hat überhaupt in der letzten Zeit mehrere Verteidiger

gehabt, die alle seiner würdig sind, und wir werden ja Gelegenheit haben, den Herrn Landeshauptmann einige Male in einer Front mit seinen Freunden hier vorzustellen. Es handelt sich hier um die Verteidigung von Schandtaten, deren sich jeder Mensch schämen müßte; es handelt sich um Dinge, die einzig in der politischen Geschichte dastehen. Wir haben jetzt erst erfahren, daß in Schweden von einem Minister Gelder einer Bank zur Verfügung gestellt wurden, und zwar nicht um zu ermöglichen, daß die Kasse einer Partei dauernd Provisionen empfängt, sondern Gelder einer Bank zur Verfügung gestellt wurden, weil diese Bank notleidend war und saniert werden mußte. Da haben wir erlebt, daß die gesamte Öffentlichkeit, die gesamte bürgerliche Welt soviel Anstandsgefühl hatte, soviel Achtung für das Gesetz aufbrachte, daß das Gesetz gewahrt, der Minister in den Anklagezustand versetzt wurde. Wenn zu gleicher Zeit sich ähnliche Dinge aus anderen Motiven bei uns ereignen, so sollte man erwarten, daß in Österreich — wo wir eine so starke Christlichsoziale Partei haben, wo neben der Finanzsaniierung Seipels die Seelensanierung der Öffentlichkeit einherstreitet, und wo täglich erzählt wird, wie notwendig die Christenlehre als die sittliche Grundlage für alles öffentliche Handeln ist, die gesamte Bevölkerung und mit dieser vor allem die Mandatäre der Christlichsozialen Partei empört sind. Wir erleben aber das Gegenteil. Ich will Sie nicht alle anklagen, ich weiß, daß ein Großteil, vor allem die Bauernbevölkerung ganz anders darüber denkt. Aber immerhin hätte jedermann erwartet, daß vor allen Dingen sich kein Mensch findet, um in so unanständiger Weise die Verbrechen, die da zur Anklage stehen, noch verteidigen wird. Was dieser Mann im Sechs-Uhr-Blatt geschrieben hat, ist genau so einzig dastehend, wie die Dinge, die der Landeshauptmann als spiritus rector im Interesse der Banken getan hat. Wer hat den Artikel geschrieben? Das ist das Interessante, um zu erfahren, wer hinter dieser moralischen Entrüstung steckt und was er dafür bekommt. Es wird so getan, als ob der Schreiber seine ehrliche moralische Entrüstung in dem Artikel zum Ausdruck bringt. Wir müssen fragen, was bekommt der Artikelschreiber für seine Entrüstung? Der Artikelschreiber vom Sechs-Uhr-Blatt ist vor gar nicht langer Zeit im Landesbauamt angestellt worden. Der Artikelschreiber war ein früherer Artillerieoffizier. Es ist das der Beamte Hugo Mrazek, der ebenfalls ein ungedecktes Konto bei der Steirerbank hat. (M u c h i t s c h: „Das sind Ihre Beamten, jetzt haben Sie es!“ — Dr. E n g e: „Ein ungedecktes Konto, ist das ein Verbrechen?“) Aus welchem Grunde hat er sich moralisch entrüstet? Weil er ein ungedecktes Konto von 620 Schilling hat, und weil er hofft, daß man seiner nicht vergißt, daß es bei der großen Abschreibung für treue Dienste gegenüber dem Herrn Landeshauptmann in irgend einer Form abgeschrieben werden wird. überall die tiefste Korruption!

Ich habe schon darauf verwiesen, daß auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Riegler

sich für den Herrn Landeshauptmann einsetzte. Das ist sein gutes Recht. Ich will es ihm nicht streitig machen, nur hätte ich mir gedacht, daß er als schlichter Bauer sich die Dinge doch etwas besser hätte ansehen sollte. Riegler scheint sich die Dinge nur von der Stiege des Landhauses anzusehen und sieht darüber nicht hinaus, um zu erkennen, wie die Dinge sich eigentlich abgespielt haben. Wenn Riegler in der Tagespost erklärt, daß Dr. Rintelen der Mann sei, die sozialdemokratische Partei Steiermarks zu beherrschen, daß er die Heimwehren aufgebaut habe, daß er auf die Besserung der Verhältnisse bei der Wehrmacht hingearbeitet habe und den sozialdemokratischen Übergriffen gegen das Bürgertum in kraftvoller Weise entgegengetreten sei, so vergißt er ganz, daß diese Dinge gar nicht so gewesen sind. Denn jeder weiß und daß ist auch von Ihrer Seite wiederholt anerkannt worden, daß wenn in Steiermark als Nachbar von Ungarn die Vorgänge nach dem Zusammenbruch unblutig abgelaufen sind, das ausschließlich den Sozialdemokraten zu verdanken ist. Wir haben in größter Aufopferung Tag und Nacht dafür gesorgt, daß die Ruhe nicht gestört wurde, daß dem Bürgertum in Steiermark das verblieben ist, was es aus dem Kriege noch retten hat können. Jene großen Schieber, die sich im Kriege ungeheuer bereichert haben, haben wir nicht zu schützen gebraucht. Bei denen war keine Möglichkeit, daß nur irgendwie geplündert hätte werden können. Bei dem Kleinbürgertum in den Gassen der inneren Stadt haben wir das Plündern verhindert. Das war der guten, strammen Organisation der Arbeiterschaft zu verdanken. Kollege Riegler irrt sich hier gewaltig, wenn er alarmt, daß dem Landeshauptmann Rintelen als starken Mann dafür der Dank gebührt. Es ist möglich, daß auch diesen Artikel der Minister Rintelen inspiriert hat, daß man ihm denselben vielleicht zuerst zur Beachtung vorgelegt hat, damit auch in der „Tagespost“ eine Verteidigung seiner Person aufscheint und die Bevölkerung erfährt, welch tüchtiger Mann der Landeshauptmann Rintelen ist, welch tüchtigen Mann die Bevölkerung in ihm verliert, wie er die Interessen des Bürgertums zu schützen mußte.

Nun wollen wir die Streitpunkte einer Betrachtung unterziehen, die wir am Montag vom Landeshauptmann erfahren haben. Ich muß schon sagen, daß ich mich als Proletarier einer solchen Rede, wie sie der Herr Professor Rintelen, der Unterrichtsminister, hier gehalten hat, tief geschämt hätte. Ich habe viele gegnerische Versammlungen in meinem Leben besucht, bei den Christlichsozialen manche primitive Redner gehört, die nach dem politischen Kochbuche des Herrn Pfarrers Zenz gearbeitet haben, aber ich muß zur Ehre dieser Redner gestehen, daß ich eine solche auf die niedrigsten Gefühle spekulierende Rede noch nicht gehört habe, wie sie der Professor Rintelen gehalten hat. Der Landeshauptmann hat die Bevölkerung

ungeheuer tief eingeschätzt, sicher so tief, als er selbst tief zu stehen nachwies. Wir hätten vom Landeshauptmann wirklich erwartet, daß er wenigstens den Versuch gemacht hätte, die durch Wochen aufgetauchten wiederholten Anklagen einigermaßen zu entkräften oder, wenn er sie schon nicht entkräften konnte, wenigstens zu beschönigen. Von dem ehemaligen Unterrichtsminister hätte jeder wenigstens das letztere erwartet, wenn er schon die Anklagen nicht entkräften konnte. Er tat und konnte das nicht, weil eine Beschönigung solcher Spekulationen, die einem Raub der Steuergelder gleichkommen, nicht möglich ist.

Am Montag haben wir wiederholt gehört, ihr verträgt die Wahrheit nicht; eine Reihe von Damen und Herren haben sich an uns herangepircht und haben uns daselbe zugerufen. Wenn Sie die Wahrheit nennen, dann weiß ich nicht, wo sie die Christenlehre als Unterrichtsgegenstand genossen haben. Denn das, was der Unterrichtsminister Rintelen erzählt hat, das hatte mit der Wahrheit nichts zu tun. Ich will nur sagen, daß wir die Wahrheit, wenn sie noch so bitter sein sollte, ruhig vertragen. Wir vertragen aber nicht Verleumdungen, wir vertragen nicht die niedrigsten Verdächtigungen, wir vertragen nicht die Spekulationen auf die Dummheit der Bevölkerung (Widerspruch bei den Christlichsozialen), wir vertragen vor allem nicht, wenn ein Mann von der Qualität des Unterrichtsministers Dr. Rintelen herkommt und mit Zeitungsausschnitten, die nicht einige Tage, sondern schon Jahre alt sind, hier operiert. Jeder von uns, der manche Jahre in der Partei steht, weiß, daß wir immer wieder dieselben Dinge zu hören bekommen haben, die elendste Zeitung hat es immer noch besser gemacht als Minister Dr. Rintelen am Montag in seiner Verteidigungsrede.

Ich will nun auf die einzelnen Dinge eingehen, die der Herr Unterrichtsminister hier als Anklage an Stelle einer Verteidigung vorgebracht hat und geglaubt hat, damit in der Öffentlichkeit Effekt machen zu können. Ich will sagen, daß er höchstens bei den Blinden, bei den Armen im Geist, Effekt machen konnte. (Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Wir werden auf die intabulierten Posten schon noch zu sprechen kommen und Sie werden sagen müssen, daß das, was Minister Dr. Rintelen gesagt hat, eine im Landhaus intabulierte Frechheit war. (Rufe: „Wie bei den Sozialdemokraten!“ — Zwischenruf: Dr. Rintelen!) Herr Professor Dr. Rintelen, ich hätte von Ihnen als Jurist, als genauer Kenner der Dinge, nicht erwartet, daß Sie eine solche perfide Anklage gegenüber unsere Genossen Muchitsch, Kessel und Schacherl wegen dieser Intabulation erheben, vornehmlich deshalb nicht, weil Sie gleichzeitig erklären mußten, daß diese Intabulation bereits gelöscht ist. Außerdem bin ich der Überzeugung, daß Sie über diese Dinge genau informiert sind. Umso mehr behauptete ich, daß es keinen

zweiten Menschen im Lande gibt, der bei genauer Kenntnis der Dinge eine solche gemeine, freche Anklage daraus konstruiert. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Wagner: „Sie sind ja Meister darinnen!“) Herr Kollege Wagner, auf Sie werde ich noch zu sprechen kommen. (Wagner: „Wird mich ungemein freuen!“) Vor allen Dingen wurde dieser alte Kohl vom Arsenal aufgewärmt. (Wagner: „Der ist nicht so alt, aber für Sie unangenehm!“) Es wurden die Dinge so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie an den Ereignissen im Arsenal und in Wöllersdorf die Schuld tragen. (Wagner: „Ja mer sonst?“) Ich muß feststellen, daß das Arsenal und Wöllersdorf Staatsbetriebe sind, weiters, daß das Arsenal, solange es besteht, ausschließlich Kriegsartikel erzeugt hat. (Oberzaucher: „Es ist ein Blumenstrauß für Herrn Dr. Rintelen da, er kommt gleich herein...!“) Ich will ihm auch einen Blumenstrauß widmen, den wird er sich aber nicht auf den Tisch legen. Das Arsenal wurde in der alten Monarchie errichtet, um eine Stätte zu haben, wo in eigener Regie alle Kriegsartikel erzeugt und alle neuen Erfindungen ausprobiert werden konnten. Genau so ist es mit Wöllersdorf und anderen Betrieben. Dieser Betrieb war eigentlich immer ein Staatsbetrieb und ich weiß nicht, was sich die Herren unter Sozialisierung vorstellen. Ein Staatsbetrieb ist auch heute noch in gewissem Sinne ein sozialisierter Betrieb, ein Betrieb, der im Interesse der Gesamtheit errichtet wurde und betrieben wird. Alles was im Arsenal, in Wöllersdorf, vorgegangen ist, alles, was für diese Betriebe bewilligt wurde, wurde im Ministerrat beschlossen, wurde auch in das Budget eingestellt und wurde im Nationalrat zum Beschluß erhoben. Bei allen diesen Dingen waren es doch die Regierungsvertreter, die dabei waren und Sie müßten sich also selbst anklagen. Aber ich bin ehrlich genug um zu erklären, daß auch dazu keine Ursache ist. Sind doch nach dem Kriege aus denselben Umständen eine große Menge Privatbetriebe zum Stillstande gekommen. Das lag an den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen, das lag an der Umwälzung des Wirtschaftslebens, das lag darin, daß das alte Österreich viel kleiner geworden ist und die Sukzessionsstaaten sich eigene Produktionsstätten geschaffen haben. Wir konnten diese Betriebe nicht mehr in diesem Umfange im Betrieb erhalten, sie mußten abgebaut werden, manche sind ganz zerfallen und aufgelassen worden. Die große Arbeitslosigkeit gibt uns davon Zeugnis. Wir wissen, daß an diesen Dingen nicht Dr. Rintelen schuld ist, nicht irgendein Mensch oder eine Partei die Schuld trägt; das lag in der Umwälzung der Wirtschaftsverhältnisse. Und ich bin kühn genug zu behaupten, daß wir noch lange Zeit daran zu kauen haben werden, ich glaube überhaupt nicht daran, daß Europa in industrieller Beziehung wieder zu jener Bedeutung für die Welt werden wird, wie es sie vor dem Kriege gehabt hat. Wenn Sie uns hier das Arsenal,

Wöllersdorf usw. vorwerfen, so müßten Sie selbst gestehen, daß Sie von diesen Dingen absolut nichts verstehen, Sie müßten gestehen, daß Sie sich der Schande des Nichtsverstehens aussetzen. Sie müßten gestehen, daß dies nur eine Spekulation auf die Dummheit ist, eine Spekulation auf jene, die uns, wie Sie hoffen, der liebe Gott erhalten möge.

Herr Professor Dr. Rintelen hat uns auch angeklagt, daß wir von den Arbeitergroßchen leben, daß wir Arbeitergelder vergeuden, daß wir ein Wohlleben auf Kosten der Arbeiter führen, daß wir hohe Gehälter beziehen usw. Ich kann mich aus meiner Parteizugehörigkeit erinnern, daß wir einmal im Jahre 1898 bei der Wahl in Deutschland einem Professor gründlich den Mund gestopft haben. Als er in einer deutschen nationalen Versammlung diese Behauptung aufstellte, als er unsere Führer, unsere Genossen, die in der Partei und in der Gewerkschaft, in den Konsumvereinen tätig waren, verdächtigte, daß sie von Arbeitergeldern leben, ist eine solche Empörung unter uns Arbeitern ausgelöst worden, daß es nicht mehr möglich war, daß dieser Herr Professor auch nur ein Wort noch sprechen konnte. Das war der Herr Professor Haase in Leipzig, der diese Frechheit hatte, einen würdigen Nachfolger an Ihnen gefunden hat. Nur mit dem Unterschied, Herr Professor Rintelen, daß Sie seit dieser Zeit nichts dazu gelernt haben, daß Sie dümmer und frecher sind. Herr Professor, wenn Sie von den Wahlgeldern, von den Arbeitergroßchen reden, dann muß ich Ihnen die Wahrheit sagen. Ich habe keine Ursache, damit irgendwie Versteckensspiel zu treiben. Glauben Sie wirklich, daß unsere Arbeiter so dumm sind, daß sie das als Wahrheit nehmen, was Sie ihnen hier erzählen, glauben Sie wirklich, daß dann unsere Mitgliederzahl nicht mehr wachsen würde. Lesen Sie die Statistik der Organisationen der sozialdemokratischen Partei und Sie werden finden, daß trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit unsere Mitgliederzahl noch immer so groß ist und im Jahre 1925/26 von 470 000 auf 492 000 gestiegen ist. Glauben Sie, daß die Arbeiter dieser Kampforganisationen gewerkschaftlicher und politischer Natur zufließen würden, daß sie auf manches verzichten würden, wenn sie nicht... (Zwischenruf) — Das ist ein Blödsinn! — (Zwischenruf: „Das ist die reinste Wahrheit!“) wenn diese Arbeiter nicht wissen würden, daß es für sie eine Notwendigkeit, eine heilige Pflicht ist, ihren Klassenorganisationen anzugehören. Und dieser heiligen Pflicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen diese sozialdemokratischen Arbeiter besser nach, als wie Ihre Kapläne und Pfarrer. Dafür werden wir Ihnen heute auch ein Beispiel geben.

Ich will Ihnen aber noch mehr veraten. Ich war erst kürzlich in einem Orte in einer Versammlung, wo die Alpine Montangesellschaft den Betrieb seit Monaten, ja seit über einem Jahre stillgelegt hat, in einem Orte, wo über dreiviertel der Arbeiterschaft arbeitslos ist. Angesichts dieser Dinge, die sich im Lande und im Bunde ereignen, angesichts

dieser Korruption, dieser Betrügereien, ist es doch wahrscheinlich, daß wir in der nächsten Zeit Wahlen haben werden und da forderte ein Vertrauensmann seine Parteigenossen auf, daß sie alle von ihrer Arbeitslosenunterstützung ihr Scherflein für den Wahlfonds beitragen sollten. Ich will Ihnen sagen, kein einziger Arbeiter hat sich dagegen gewendet, alle haben sie dem Vorschlage freudig zugestimmt. Das sind Leute, die in größter Not leben, die seit vielen Monaten arbeitslos sind und da kommen Sie mit Ihrem öden, dummen Geschwätz, reden davon, daß wir von den Arbeitergrotschen leben. Ich glaube, Herr Professor Dr. Rintelen, wenn Sie sich nach einiger Zeit beruhigt und Ihre Rede überdacht haben werden, werden Sie zur Erkenntnis kommen, daß Sie eine dümmere Rede noch nicht gehalten haben. (Rufe: „Sehr richtig!“) Sie sprechen davon, daß wir Sozialdemokraten von den Arbeitergrotschen erhalten werden. Ich will Ihnen sagen, ich bin stolz darauf, wenn meine Arbeitsgenossen, meine proletarischen Arbeitsbrüder einen Beitrag leisten von dem vielleicht ein Sekretär oder Angestellter der Partei seinen Gehalt bezieht. Sie haben ja auch Arbeiterführer, vom Rumschak herab bis zum letzten Krenn, es wird aber kein einziger für sich in Anspruch nehmen können, daß er von Arbeitergrotschen lebt. Das werden sie alle ablehnen. Aber wovon leben Sie als Arbeitervertreter, wer bezahlt für Sie die Gehalte? (Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite: „Von Unternehmergeldern!“ — Wagner: „Da müssen Sie erst den Beweis erbringen, das ist eine Gemeinheit!“ — Rosenwirth: „So wie es von da drüben herüberkommt, so schallt das Echo zurück!“ — Unruhe.)

Hohes Haus! Es fällt mir nicht ein . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich mache darauf aufmerksam, daß die Galeriebesucher absolut kein Recht haben, sich in die Verhandlungen einzumischen, auch nicht die Herren National- oder Bundesräte. Sie sind hier Zuhörer und haben nicht das Recht, in die Verhandlungen einzugreifen.

Leichin (fortfahrend): Mir fällt es gar nicht ein, irgendwie die Herren Kollegen Wagner und Krenn zu verdächtigen, daß sie reich sind. (Wagner: „Es ist aber geschehen. Rosenwirth hat es gesagt. Das ist eine Gemeinheit und Offizier ist er obendrein!“ — Rosenwirth: „Was wollen Sie? Sie kommen ja so ins Himmelreich!“) Hohes Haus! Mir fällt es nicht ein, etwa den geringsten Verdacht auszusprechen, daß diese beiden Herren sich bereichern oder daß sie reich sind, nein, das tue ich nicht, darum handelt es sich nicht! Was ich aber als Antwort auf die Ausführungen des Herrn Unterrichtsministers (Sirt: „Sie werden von den Unternehmern unterstützt!“) Dr. Rintelen nur sagen wollte, ist, daß wir stolz sind, von Arbeitergrotschen zu leben, und daß Sie sicher auch stolz sind, daß keiner Ihrer Arbeitersekretäre von Arbeitergrotschen lebt. Aber weil auch bei Ihnen die Gehälter bezahlt werden müssen, so müssen wir

annehmen, daß sie selbstverständlich aus vollen Kassen, aus den Kassen der Unternehmer fließen (Zwischenruf Krenn), daß diese Gelder aus anderen Kassen fließen und nicht aus den Taschen der Arbeiter, Herr Kollege Krenn (Unruhe). Herr Kollege Krenn, ich weiß nicht, was Sie sich aufregen, ich habe Ihnen kein . . . (Krenn: „Gegen Ihre Überzeugung behaupten Sie etwas. Sie wissen es genau selbst und behaupten etwas, das ist eine Gemeinheit!“) Ich habe nicht behauptet, Herr Kollege Krenn, daß Sie sich einer unredlichen Gebarung schuldig gemacht haben, das fällt mir gar nicht ein, ich glaube an Ihren integren Charakter, bin der festen Überzeugung, daß Sie ein braver, ehrlicher Proletarier sind. Aber das eine, meine Herren, steht für uns alle fest, daß von den Beiträgen, die Sie einheben, nie und nimmer der Gehalt auch nur eines Sekretärs bezahlt werden kann. Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit, daß diese Beiträge oder diese Gehälter aus Kassen fließen, die viel voller sind und zu jeder Zeit, wenn es notwendig ist, auch offenstehen. (Zwischenruf Krenn.) Es ist schwer, das zu beweisen, denn so schlau sind Ihre Vorgelegten schon, daß nichts in die Öffentlichkeit kommt; auch eine Bankuntersuchungskommission wird diese Dinge nicht in die Hand bekommen. (Krenn: „Warum behaupten Sie es dann?“) Herr Kollege Krenn, Sie können uns nicht erzählen, daß es jetzt noch Wunder gibt. Die Wunder hat es in der biblischen Zeit gegeben. Diese Zeit ist aber längst vorbei (Dr. Engle: Sie sind ein lebendiges Beispiel, daß es ein Wunder der Ignoranz gibt!) und über Nacht kommt nicht Petrus und legt Ihnen das Geld in die Kassen, das für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeiterbewegung notwendig ist. (Krenn: „Das lassen Sie uns überklimmern Sie sich nicht darum!“) Ich bitte, Herr Kollege, es wäre sehr gut gewesen, wenn Sie diesen Ratschlag, der sehr gescheit ist, vorgestern Ihrem Vorgelegten, dem Herrn Unterrichtsminister Doktor Rintelen gemacht hätten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie ihm diesen Ratschlag erteilt hätten, dann hätte er sicher davon nicht angefangen, dann hätte er sich sicher eine große Schande erspart. (Oho-Rufe! bei den Christlich-sozialen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Professor Dr. Rintelen hat nicht behauptet, daß wir etwa silberne Löffel gestohlen hätten oder daß wir Taschendiebe seien, das fiel ihm nicht ein. Wir haben ihn dessen auch nicht angeklagt, wir haben ihn anderer Dinge angeklagt, die in der Öffentlichkeit klar dargelegt wurden, von denen jeder Politiker unterrichtet ist. Darüber hat Professor Doktor Rintelen nicht ein Wort geäußert, dafür ist er aber ausgezogen mit einem sehr rostigen Schwert und hat versucht, gegen die Grazer sozialdemokratische Gemeindeverwaltung anzukämpfen, gegen den Bürgermeister Muchitsch und gegen unsere Genossen, die dort ein Amt bekleiden und verwalten. Vor allen Dingen waren es die Betriebe

der Stadt Graz, die er einer gründlichen Kritik unterzogen hat. Er glaubte wenigstens, daß das gründlich war und daß wir aus dieser Kritik nie und nimmer herauskommen werden, daß das der schwarze Tag für die Sozialdemokraten in der Gemeinde Graz sein wird. Aber Herr Professor Dr. Rintelen, ich muß Ihnen hier sagen, Sie sind ein oberflächlicher oder gewissenloser Mensch, der sich über Dinge zu sprechen wagt, die er nicht kennt, von denen er sich vorher nicht genau unterrichtete. Wenn Sie das getan hätten, ehe Sie darüber gesprochen haben, dann glaube ich — so viel Anständigkeit besitzen Sie schon noch, der letzte Funken ist sicher noch nicht zum Teufel gegangen — daß Sie darüber geschwiegen hätten. Aber wie stehen die Dinge bei den Gemeindebetrieben? Vor allem galt die Anklage dem Sägewerk, das zusammengebrochen ist; es kostet der Bevölkerung von Graz Milliarden, wir verhindern jede Untersuchung usw. Dem Obmann des Untersuchungsausschusses, so erklärte Professor Dr. Rintelen, ist es noch nicht gelungen, den Ausschuß zusammenzubringen, es ist ihm unmöglich, die Untersuchung zu Ende zu führen. Und warum? Weil wir Sozialdemokraten Angst haben, daß Dinge aufgedeckt werden könnten, die uns unangenehm sind. Herr Professor Dr. Rintelen, ich will Ihnen nur sagen, wenn Sie so wenig auf dem Kerbholz hätten, wie unser Genosse *Aufobsky*, dann könnten Sie stolz sein. Dann würde es kein Mensch wagen, auch nur einen Finger gegen Sie aufzuheben oder Sie auch nur im geringsten zu verdächtigen. Das eine steht fest, so gemein, so lügnerisch die bürgerliche Presse über diese Dinge geschrieben hat, so hat es doch keine gewagt, zu erklären, daß *Aufobsky* alle Ursache hat, daß die Dinge in Dunkel gehüllt bleiben, weil er unreine Hände hat.

Rein nur etwas anständiger Mensch hat das gewagt, aber Sie, Herr Professor Rintelen haben es gewagt, diese Dinge so darzustellen, als wenn unser Genosse *Aufobsky* auch darüber den Mantel der Verschwiegenheit hätte breiten und dafür hätte sorgen wollen, daß er so lange als möglich darüber hängen bleibt. Wie stehen nun diese Dinge im Sägewerk? Sie sind ja auch einer der Gründer von Holzunternehmungen; die Murtaler Holzindustrie-Aktiengesellschaft ist eine Ihrer Spekulationschöpfungen und die Murtaler-Holzindustrie-Aktiengesellschaft ist die, die versucht hat oder, wo Sie versucht haben, im großen einen Fischzug zu machen. Diese Holzindustrie-Aktiengesellschaft, der ein großzügiger Plan zugrunde lag, hätte groß aufgebaut werden sollen, wobei Sie Ihre Kunst zeigen wollten, steht Ihnen jetzt sehr im Wege. Sie, Herr Professor, haben keine Ursache, bei dem Stande der Murtaler Holzindustrie-Aktiengesellschaft und der Steirerbank über zusammengebrochene Unternehmungen der Stadtgemeinde Graz auch nur ein Wort zu verlieren. Sie hätten da aus eigenen Erfahrungen zu lernen Gelegenheit gehabt und Sie hätten alle Ursache, zu schweigen. Aber sprechen wir über diese Dinge.

Es ist hübsch, wenn wir diese Dinge aufdecken, wie sie eigentlich sind, nicht wie es Prof. Dr. Rintelen beliebt hat, sie darzustellen. Ich sage, entweder weiß er nichts oder er hat wieder gegen sein besseres Wissen, gegen seine Überzeugung hier gelogen, spekuliert auf die Dummheit, auf die Unwissenheit, spekuliert darauf, daß Presschef *Pöschl* neben ihm sitzen wird, um alle diese Lügen in der Welt zu verbreiten. Erstens lauten die Statuten des Disziplinarausschusses bei der Stadtgemeinde Graz so, daß der Bürgermeister in diesem Ausschuß den Vorsitz zu führen hat. Es ist also keine Ursache, dem Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz deshalb einen Vorwurf zu machen, und ich bin überzeugt, wenn der Bürgermeister kein Sozialdemokrat wäre, dann würde das Prof. Dr. Rintelen auch in Ordnung gefunden haben. Aber, um gegen die Sozialdemokraten nur irgend etwas zu erfinden, hat er diese Dinge hier so dargestellt, als ob der Bürgermeister *Muchitsch* sich zu dem Voritze gedrängt hätte, um dafür zu sorgen, daß bei diesem Disziplinarausschuß Direktor *Angel* nicht geschont wird, der eigentlich oder scheinbar der Urheber des Zusammenbruches des Sägewerkes ist. Wie steht es nun mit dem Ausschusse, der die Dinge in der Säge zu untersuchen hat? Herr Professor Dr. Rintelen, es wäre gut gewesen, wenn Sie gestern gleich gesagt hätten, wie dieser Ausschuß zusammengesetzt ist, wer ihm angehört und aus wieviel Mitgliedern er besteht. Wenn Sie das gesagt hätten, dann bin ich überzeugt, daß Ihre Freunde nicht geglaubt hätten, daß es nicht möglich sein sollte, diesen Ausschuß zusammenzubringen. Der Ausschuß, der diese Dinge zu untersuchen hat, besteht aus drei Männern. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Herr Vizebürgermeister *Pertassek*, zweites Mitglied Vizebürgermeister *Fizia* und das dritte Mitglied ist der Herr Stadtrat *Uhrner*. Aus diesen drei Mitgliedern besteht dieser Ausschuß, hat also eine bürgerliche Mehrheit, einen Großdeutschen, einen Christlichsozialen, die beide Vizebürgermeister sind. Ich bin überzeugt davon, daß diese beiden Herren alles in Bewegung setzen würden, wenn es möglich wäre, auch nur die leiseste Anklage gegen *Aufobsky* erheben zu können, wenn es möglich wäre, nur das geringste dem *Aufobsky* nachweisen zu können, daß er sich dort hat Unredlichkeiten irgendwelcher Art hat zuschulden kommen lassen. Bei einem solchen Ausschusse ist es selbstverständlich, daß davon nicht die Rede sein kann, daß es nicht möglich sein sollte, diesen Ausschuß, der schon über ein Jahr besteht, nie zusammenzubringen und daß dieser Ausschuß seine Arbeiten nicht zum Abschlusse gebracht haben sollte. Auch das ist nicht wahr. Unsere Parteigenossen, unsere eigenen Parteigenossen haben am 30. September in der Gemeinderatsitzung öffentlich verlangt, daß endlich dieser Ausschuß seinen Bericht vorlegt. Das haben unsere Parteigenossen verlangt. Herr Unterrichtsminister, Professor Dr. Rintelen, steigt Ihnen nicht die Schamröte ins Gesicht, solche Lügen in die Welt zu setzen. Unsere Parteigenossen

haben also am 30. September verlangt, daß dieser Bericht endlich erstattet und veröffentlicht wird, wobei es sich um einen Bericht handelt, der schon seit einem Jahre fertig ist. Wieso konnte Prof. Dr. Rintelen das Gegenteil hier vorbringen? Wie kommt Dr. Rintelen dazu, zu erklären, daß der Ausschuß nicht zusammenkommt. Wer hat Sie belogen oder, woher nehmen Sie die Frechheit, hier zu lügen? Wie kommen Sie dazu, zu erklären, daß der Ausschuß nicht zusammengekommen ist, wenn schon seit einem Jahre der Bericht fertig ist und unsere Parteigenossen die Berichtlegung verlangten. Sie sehen, Herr Dr. Rintelen, Ihre Argumente sind nicht auf reinlichem Boden gewachsen, Ihre Argumente, verzeihen Sie den Ausdruck, sind auf dem elendesten Mist gewachsen, sind unanständig und ich würde mich als Professor schämen, hier vor dem ganzen Lande aufzutreten und diese offensichtlichen Unwahrheiten auszusprechen, wobei man doch auf jeden Schritt und Tritt ertrappt werden muß. Die Stadtgemeinde hat aber noch mehrere Betriebe. Der Herr Professor hat uns auch über den Würstbetrieb berichtet und uns dabei erzählt, daß sich die Fleischer über den Würstbetrieb, weil er so teuer produziert und sie deshalb in der Lage sind, aufzeigen zu können, wie unrentabel das Würstmachen ist, welche christliche Nächstenliebe die Fleischer gegenüber der Bevölkerung besitzen, die angeblich viel billiger ihre Würste herstellen und nur deshalb teuer verkaufen, weil die Stadtgemeinde Graz in ihrem Betriebe die Preise in die Höhe treibt. Wir haben im Interesse der Bauern nachgewiesen, daß die Viehpreise durch die Händler mit allen Mitteln niedrig gehalten werden, während auf der anderen Seite dem die ungeheuer hohen Fleischpreise gegenüberstehen. Durch die Zwischenhändler werden am Lande die Bauern, die Bevölkerung in den Städten ausgebeutet. Wir haben darauf verwiesen, wie notwendig es ist, daß diese Ausbeutung auf Kosten der Bauern und auf Kosten der städtischen Bevölkerung durch eine dünne Schichte Nutznießer endlich beseitigt wird. Und nun kommt Dr. Rintelen her und erzählt uns, daß es die Stadtgemeinde Graz ist, die hier auf die Anklagebank gehört, um von der Öffentlichkeit wegen Preistreiberei verurteilt zu werden. Aus den Ausführungen des Herrn Dr. Rintelen ging nicht hervor, daß dieser Betrieb aktiv ist. Nein, sondern diese Ausführungen des Unterrichtsministers waren so gehalten, daß jeder glauben mußte, daß dieser Betrieb inaktiv ist. Ich bin kein Psychoanalytiker, aber ich glaube, daß der Unterrichtsminister im Unterbewußtsein von seinen Betrieben auf andere geschlossen hat. Weil es bei ihm überall fehlt und seine Unternehmungen materiell und moralisch zusammenbrechen, deshalb glaubt er, daß es bei der Gemeinde Graz auch so ist. Ich will Ihnen mitteilen, daß auch darüber in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen Bericht erstattet wird, daß die Betriebe mit Ausnahme des Sägewerkes, alle aktiv sind, kein Abgang zu verzeichnen ist, sondern ein Überschuß da ist. Es ist deshalb nicht zu verstehen,

warum Sie vorgestern eine solche Anklagerede gehalten haben, warum Sie vorgestern alles in Bewegung gesetzt haben, um nachzuweisen, daß in den Grazer Gemeindebetrieben alles schlecht ist. Ich sage Ihnen, kein anständiger Mensch hat diese Dinge geglaubt, die Sie uns vorgestern zur Verteidigung Ihrer Kandidaten zur Erpressung der Stelle des Landeshauptmannes für Herrn Prof. Dr. Rintelen hier vorgetragen haben. (Wagner: „Wir werden ja sehen, wer die Erpressungen ausgeübt hat!“ — Zwischenruf: „Heute kommt auch Ihr anders weg!“) Nun hätte ich wirklich nicht geglaubt, daß ein Unterrichtsminister, ein führender Mann der Christlichsozialen Partei, ein Mann in solcher Stellung, sich so tief herabläßt und die größte politische Jauchengrube benützt, um daraus seine Argumente gegen die Sozialdemokraten zu schöpfen. Wir haben im Landtage einmal eine Angelegenheit erledigt, die die Beamten betroffen hat. Eine Reihe von Beamten wurden beschuldigt, daß sie Provisionsgelder empfangen hätten. Damals haben wir verlangt, daß gegen diese Verleumder, den „Republikaner“, die Klage erhoben werde, und es war der damalige Landeshauptmann Dr. Rintelen, der erklärte, er finde es unter seiner Würde, daß die Beamten gegen ein solches Schmutzblatt, gegen eine Kreatur, die eine solche Verleumdung zu erheben sich erlaubt, gegen Scheucher, die Anklage erheben. Vorgestern erlebten wir, daß auf einmal der Herr Unterrichtsminister Dr. Rintelen, Arm in Arm mit dem Erzeuger der politischen Jauchengrube hier im Landtage erschien. Wir erfahrene auf einmal, daß Herr Unterrichtsminister Dr. Rintelen seine Argumente aus dieser Jauchengrube schöpft, um unsere Genossen gegen jedes bessere Wissen anzuklagen, obwohl der Herr Professor genau unterrichtet war, wie die Dinge sind, wir darüber schon wiederholt geschrieben haben. Er mußte, daß wir uns in Vertrauensmännerversammlungen der sozialdemokratischen Partei in Graz mit diesen Dingen beschäftigt haben. Er mußte, daß also von diesen Dingen kein Wort wahr ist. (Wagner: „Daß es im Grundbuch steht!“) Begeben Sie sich, Herr Kollege Wagner, nicht in allzugroße Nähe der Jauchengrube, Sie könnten leicht hineinfallen. (Wagner: „Sie kommen aus der Jauchengrube, Ihre Ausführungen lassen das erkennen!“)

Herr Professor Rintelen hat vorgestern von einer Intabulation gesprochen, die, wenn ich mich recht an die Zeit erinnere, im Jahre 1921 erfolgte. Um was handelt es sich? Sie wissen, daß auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes jeder Angestellte versichert ist. Damit ist der Angestellte, wenn auch schlecht, aber doch einigermaßen für sein Alter, wenn er arbeitsunfähig geworden ist, gesichert. Nun fungieren drei unserer Genossen als Firmaträger, unser Altersgenosse Kessel, Bürgermeister Muchitsch und unser Genosse Schacherl, die alle alte Männer in der Bewegung der Arbeiterklasse wurden, die ihr Bestes und ihre ehrliche Überzeugung hingegeben haben und dabei nicht

wie Dr. Rintelen spekulierten, nie schmutzige Finger bekommen haben, auf keinen Provisionskonto standen. Diese drei Männer konnten bei der Pensionsversicherungsanstalt nicht angemeldet werden, weil das Gesetz es nicht zuläßt, daß auch scheinbare Unternehmer dort versichert werden. Nun hatte die Arbeiterklasse die Pflicht, dafür zu sorgen, daß, wenn die Arbeitskraft dieser 3 Männer zusammenbricht, sie nicht irgendwie dem Schicksal überlassen werden. Jeder, auch der letzte Arbeiter, empfindet das als eine Ehrensache. Was, Herr Professor, was würden Sie und die Öffentlichkeit sagen, wenn die Arbeiter für diese drei Männer wirklich nicht gesorgt hätten? Wenn sie nicht irgendwie versichert wären, dann werden Sie der erste sein, der erklärt: Schaut's an dieses Proletariiergefindel! Drei Männer haben sich in ihrem Interesse zugrunde gerichtet, aber sie fanden es nicht für notwendig, ihnen einen gesicherten Lebensabend zu ermöglichen. Sie wären der erste, der diese Anklage erheben würde. Wir haben es als selbstverständlich gefunden, daß etwas für die drei Männer geschieht. Wir wußten damals nicht, wie die Dinge sich in der nächsten Zeit entwickeln werden. Wir hatten nur die Erfahrung, wie sich die Dinge außerhalb Österreich abgespielt haben. Wir mußten einer Unverantwortlichkeit beschuldigt werden, wenn wir hier nicht Vorkehrung getroffen hätten. Das ist geschehen und Prof. Dr. Rintelen hat am Schlusse selbst erklärt, daß die Intabulierung gestrichen wurde. Und wenn Sie heute erfahren, daß es sich um eine Million Kronen, um 100 Schilling, (Muchtitsch: „50 Schilling“) 500 000 Papierkronen handelt, dann werden Sie aber auch die Lächerlichkeit der Anklage erkennen, aber auch die Lächerlichkeit des Ministers Rintelen (Wallisch: „Zumperei! — Wagner: „500 000 Kronen waren ein Geld!“) Das Delikt wird umso größer, wenn wir erfahren, daß Rintelen von diesen Dingen vollständig unterrichtet ist, daß Professor Rintelen weiß und wissen mußte, wie die Dinge liegen, aus welchem Grunde diese Dinge geschehen sind. Derselbe Mann, der diese Dinge gekannt hat, der das Land wieder vertreten will, ein Muster von Anständigkeit sein soll, wie es die katholische Kirchenlehre verlangt, hat hier das schmutzigste Verleumdungsmanöver aufgeführt. Es kommt aber noch schöner. Den Herren in der Christlichsozialen Partei graut vor gar nichts mehr. Es war ja bei irgendeiner Untersuchung, bei welcher Gelegenheit einer ihrer Parteigenossen zu einem Genossen den Ausspruch tat, seit ich bei der Christlichsozialen Partei bin, graut mir vor nichts. (Wagner: „Nennen Sie den Namen desselben, nicht nur verdächtigen. Das ist Ihre Methode, zu verdächtigen und keinen Namen zu nennen! „Sie sind zu feig, den Namen zu nennen!“)

Nun haben sich in der letzten Zeit bei uns in der Presse Dinge abgespielt, die eine gewisse Weltberühmtheit erlangt haben. Es gibt in Wien eine Revolverpresse, eine Erpresserpresse, eine Presse, die mit Hilfe von Veröffentlichungen Gelder er-

preßt, eine Presse, die als Stundenhotel für einen ihrer Parteigenossen bezeichnet werden kann, der dort des öfteren seine politische Meinung ablagert, die Presse des Herrn Bekessy. Er ist längst zum Teufel gegangen, aber seine Argumente hat sich Professor Rintelen zu eigen gemacht. Er hat sein Erbe angetreten (Wagner: „Warum ist Wallisch in Ungarn zum Teufel gegangen?“ — Oberzaucher: „Sie wären froh, wenn sie den reinen Ehrenschild des Genossen Wallisch hätten!“ — Wagner: „Er wäre um einen Kopf kürzer in Ungarn gemacht worden!“) Gleichzeitig wurde auch in einer anderen Presse eine Korruptionsaffäre aufgedeckt, in einer Presse, die uns angeblich nahegestanden hat. „Der Abend“, bei dem Sandor Weiß seine Tätigkeit entwickelt hat. Ich möchte den Herren empfehlen, daß sie die „Reichspost“ und das „Grazzer Volksblatt“ nachlesen, was beide Blätter und die „Wiener Stimmen“ als Abendblatt der „Reichspost“ über Weiß geschrieben haben. Sie haben Sandor Weiß als den Auswurf, das größte Schandmal der Presse, hingestellt, der es mit frechen Zynismus verstanden hat, Gelder zu erpressen. Und nun sehen wir auf einmal, daß der Landeshauptmann mit diesem Weiß hier im Landhause erscheint, um seine Kandidatur mit dessen Gemeinheiten zu verteidigen, mit dem größten Schurken der österreichischen Presse, mit jenem Mann, der von Ihrer eigenen Presse auf das gröblichste mit Recht beschimpft wurde, von jedem anständigen Menschen verurteilt und gemieden wird, mit diesem Mann sind Sie im Landtage erschienen, um Ihre und die Ehre der Christlichsozialen Partei zu verteidigen. Wie muß nun diese Ihre Ehre ausschauen? (Zwischenruf Riegler) „Gleiche Brüder, gleiche Rappen!“ und ich bin weiter der Auffassung, daß sich ganz natürlich ein Erpresser zu dem anderen gesellt. Denn was Sie tun, ist weiter nichts anderes, als das Sie die Stelle zu ergattern suchen, um sich vor dem Staatsanwalt zu retten. Aber ich kann Ihnen erklären, daß Ihnen dieses Manöver nicht gelingen wird, sich vor dem Staatsanwalt zu retten, selbst wenn Sie mit allen diesen Presselleuchten hier auftreten. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Wagner: „Sie sind selbstverständlich sicher vor dem Staatsanwalt, Sie gehören ins Narrenhaus hinunter, dort ist niemand verantwortlich für das, was er macht, auch der Leichin nicht!“) Herr Kollege Wagner, ich danke dem lieben Gott, daß er mir als Zwischenrufer Sie hierhergesetzt hat. Denn, Herr Kollege, besser kann ich den Herrn Professor Dr. Rintelen nicht bloßstellen, als Sie es jetzt getan haben. Und wenn ich noch solange rede, was ich hoffe, zu tun, wird es mir nicht gelingen, mit einem Wort so treffend zu sagen, wo der Herr Landeshauptmann hingehört.

Meine Damen und Herren, in der vorgestrigen Rede konnte Minister Dr. Rintelen doch wenigstens einen der Öffentlichkeit zeigen, der sich der Korruption schuldig gemacht hat. Er hat auch in sei-

ner Presse verkünden lassen, wozu er den *Mrazek* gefunden hat. (Dr. Enge: „Der *Mrazek* weiß so viel wie ich, beachten Sie doch meine Richtigstellung!“) Herr Landesrat Dr. Enge, ich überlasse es dem Urteil des Hauses, ob Sie überhaupt etwas wissen. Daß Sie Landesrat geworden sind, ist nur Gottes Schicksal. Nun hat aber Prof. Dr. Rintelen versucht, wenigstens einen Belasteten aus hier vorzuführen. Und im „Volksblatt“ vom Heutigen wird der Mann namhaft gemacht. Ich werde Ihnen den Teil vorlesen, damit Sie erfahren, wie dramatisch sich diese Szene angeblich abgespielt hat. Professor Dr. Rintelen hat aufgezeigt, daß sich unser Parteigenosse Landesrat Oberzaucher dadurch einer Korruption schuldig gemacht habe, daß er dem Grundstein eine Arbeit zugeschanzt habe, dem „Grundstein“, der nach den Ausführungen des Professors Dr. Rintelen der dritteuerste Lieferant war. Es handelt sich hier um den Bau der Zahnklinik beim Allgemeinen Krankenhause. Wenn Professor Dr. Rintelen wenigstens so viel Anständigkeit besessen hätte, zu sagen, wie hoch die Differenz bei den vorgelegten Offerten war, dann hätte die Öffentlichkeit gewußt, daß den kleinen Kontoinhabern bei der Steirerbank nicht so wenig abgeschrieben werden konnte, weil es so kleine christlichsoziale Konten bei der Steirerbank nicht gibt. Er hätte sagen müssen, daß es sich hier um einen lächerlichen Betrag handelt, außerdem sagen müssen, daß bei Vergabung öffentlicher Arbeiten es bisher Usus gewesen ist, nicht immer den billigsten die Arbeit zu geben, weil das billigste Angebot doch immer entweder auf Kosten der Qualität oder auf Kosten der Löhne geht. Man hat bisher immer das Mittel herausgenommen, weil man annimmt, daß dabei qualitätsmäßige, gute Arbeit geliefert wird, ohne daß das auf Kosten der Arbeiter und ihrer Löhne geschieht. Herr Professor Dr. Rintelen hätte sagen müssen, daß es sich um einen Preisunterschied von einigen hundert Schillingen gehandelt hat. Aber wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit? Zuerst will ich feststellen, daß der abgegangene Landeshauptmann Prisching seine volle Zustimmung dazu gegeben hat, daß dieser Bau dem „Grundstein“ zugesprochen, von diesem ausgeführt wird. Es ist also nicht auf die alleinige Einflußnahme des Landesrates Oberzaucher zurückzuführen, daß dem „Grundstein“ die Arbeit übergeben wurde, sondern ist das mit Zustimmung des Landeshauptmannes Prisching geschehen. Professor Dr. Rintelen hätte bei dieser Sache sehr vorsichtig sein und sich früher erkundigen sollen, es wäre dann unmöglich gewesen, bei der Vergabung dieser Arbeit eine Korruption aufzudecken. Bevor noch in der Landesregierung über die Ausführung dieses Baues gesprochen, verhandelt und beschlossen wurde, hat der Unternehmer Strohmaier bereits das Baugerüst zur Baustelle geführt. Wieso kommt der Unternehmer Strohmaier dazu, das Baugerüst zur Baustelle für einen Bau zu schaffen, über dessen Vergabung noch nicht verhandelt wurde und von dem man nicht wußte, an wen er vergeben werden wird.

Glauben Sie, es ist eine Verdächtigung, wenn ich daraus schließe, daß christlichsoziale Funktionäre den Bauunternehmern schon vorher versichert haben müssen, daß er den Bau bekommen wird. Denn es gibt keinen Unternehmer, der bei der heutigen Wirtschaftslage ohne Kenntnis, ob er den Bau auch bekommt, sich solche Auslagen macht. Es muß also Strohmaier bereits die Zusicherung gegeben worden sein, daß er den Bau bekommen wird. Es kann also nicht von einer Korruption des Landesrates Oberzaucher die Rede sein, sondern von einer Korruption Ihrer Parteigenossen. Ich überlasse es jetzt Ihnen, darüber zu urteilen, überlasse es vor allem jenen, die am Montag anwesend waren und diese Dinge mitangehört haben, darüber ein Urteil zu fällen. Ich zitiere nur das „Volksblatt“ vom heutigen und da heißt es (liest):

„Genosse Machold hat sich als Anwalt des pudelnaf und vor Schande rot gewordenen Freundes Oberzaucher aufzuspielen versucht, er wollte die Korruption seines Freundes decken, der mit seltener Dreistigkeit . . .“

Das ist eine Dreistigkeit, wenn man sich einen solchen Artikel zu schreiben erlaubt. Es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck zur Kennzeichnung. Wenn man sich erfrect, solche Dinge zu schreiben, so ist das eine Vergewaltigung der Wahrheit. Auf diese Weise werden Sie keinen Ihrer Leser — und ich schätze Ihre Leser doch noch etwas besser ein, als Sie das tun — hinter dem Ofen hervorlocken. Es heißt weiter (liest):

„Er wollte die Korruption seines Freundes decken, der mit seltener Dreistigkeit und echt sozialistischer Frechheit auf Kosten des Landes und seiner Steuerträger (Ihr habt es notwendig, von den Kosten der Steuerträger zu sprechen) seine politische Stellung ausgenützt hat. Ob Genosse Oberzaucher mit Machold und Hartmann Provisionen bezogen hätte? Dieser Frage bleiben wir die Antwort schuldig.“

Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Lausbuben! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen wegen dieses Ausdrucks den Ordnungsruf. (Regner: „Er ist ja nicht hier, der Lausbub!“ — Zwischenruf Wagner. — Regner: „Was Sie von mir verlangen, ist mir Wurst, wie ich Sie einschätze, das ist meine Sache!“ — Strohmaier: „Das Volk zum Narren halten, sonst können Sie nichts!“ Regner: „Das ist Ihr Programm; Stehlen und Betrügen, das ist Ihr Grundsatz!“)

Leichin (fortfahrend): Hohes Haus! Der Herr Präsident hat mir den Ordnungsruf erteilt und ich habe kein Recht, auch nur die geringste Kritik daran zu üben. Aber ich möchte den Herrn Präsidenten als Priester fragen, welchen Ausdruck ich

für eine solche Handlung wählen soll. Vielleicht nennt er mir einen Ausdruck, der diese Dinge noch besser trifft.

Sehr geehrte Damen und Herren, diese Dinge, die wir vorgestern hier vom Herrn Unterrichtsminister Dr. Rintelen gehört haben, die lesen wir täglich in irgendeiner Art in Ihren Zeitungen, das sind Dinge, über die jeder Arbeiter unterrichtet ist, Dinge, über die sich jeder Arbeiter auch das richtige Urteil gebildet hat, das sind Dinge, sage ich Ihnen, die uns gar nicht schaden, wenn Sie sie uns auch noch so oft erzählen. Aber damit beweisen Sie nur, daß Sie am Ende Ihres Latein sind. Herr Professor Rintelen, daß Ihnen keine besseren Waffen zur Verfügung stehen, als die Waffen der elendsten Spelunkenredner . . . (Pfeife bei den Christlichsozialen.) Das war keine Rede, die in den Landtag gehört, sondern das war eine Rede, die in die elendste Spelunke gehört hätte und für dort noch zu gut gewesen wäre. („Sehr gut!“ bei den Sozialdemokraten. — Pfeife bei den Christlichsozialen. — Kaufmann-Milwisch: „Besser war die Rede schon als Ihre!“) Frau Abgeordnete, Sie können vielleicht eine liebe Frau sein, möchte Sie aber warnen, Ihrem Parteichef zu folgen. Sie scheinen doch noch in einer gut christlichen Haut zu stecken und deshalb schauen Sie, daß Sie nicht Schaden an Ihrem Selenheil nehmen.

Verehrte Damen und Herren! Bei all' den harten Kämpfen, die wir seit dem Umsturze hier im Landtag und in den einzelnen Klubs ausgefochten haben, haben wir Sie trotz Ihrer oft gehässigen gegnerischen Meinung immer noch für anständige Menschen gehalten und in diesem Sinne Sie eingeschätzt. Aber nach den Ausführungen, die der Herr Unterrichtsminister Professor Dr. Rintelen am Montag hier zu seiner Verteidigung gehalten hat, nach dieser Kandidatenrede, muß ich Ihnen gestehen, daß ich den Herrn Professor Dr. Rintelen heute nicht mehr zu den anständigen Leuten Ihrer Partei zähle. Denn ein anständiger Mensch hätte diese Rede nicht gehalten. Nicht nur die politische Anständigkeit ist bei Herrn Professor Dr. Rintelen zu den Hunden gegangen, sondern auch die menschliche Anständigkeit, (Pfeife bei den Sozialdemokraten: „Sehr richtig!“ — Oho! Pfeife bei den Christlichsozialen.)

Als ich die Veröffentlichungen des Bankuntersuchungsausschusses gelesen habe, hat mir der Boden unter den Füßen zu wanken angefangen. Ich hatte auf einmal das Gefühl, hier werden alle Dinge umgekehrt, hier wird jeder Moralbegriff in das Gegenteil verwandelt. Wir hatten da das Bedürfnis, in der Vergangenheit nachzuforschen, ob sich derlei Dinge ereignet haben. Aber wir finden, daß in der Vergangenheit diese Dinge sich in diesem Umfange, in diesem Maße nirgends ereigneten, als wir sie gegenwärtig erleben. Es ist uns natürlich gar nicht eingefallen, daß wir den Unterrichtsminister Dr. Rintelen beschuldigt hätten, daß er, um einen geläufigen und allgemeinen Ausdruck zu gebrauchen, silberne

Löffel gestohlen hätte, darum handelt es sich auch nicht, sondern es handelt sich darum, daß von einem Manne, der bisher an der Spitze eines Bundeslandes gestanden ist, Dinge gemacht wurden, die geradezu skandalös sind, Dinge gemacht wurden, für die wir nur die Bezeichnung „Rintelenismus“ haben. Dieser Rintelenismus, Politik und Geschäft zu verbinden, ging von ihm aus, er ist der eigentliche Träger jenes Bazillus, er ist Träger, der diese Dinge nach dem Umsturze in die Politik eingeführt hat, er ist jener, der die Beamtenkorruption nach jeder Richtung gefördert hat, vor allem nur zu dem Zwecke, seine Partei zu fördern, die Finanzen seiner Partei zu stärken. Wenn er nur ein Wort zu seiner Verteidigung gebraucht hätte, so hätte das sicher jeden von uns gefreut und wir hätten gesagt, er findet wenigstens ein Wort zur Rechtfertigung seiner Handlung. Aber nicht ein Wort davon, sondern ein ungeheures Lügenneß hat er hier über den Landtag hinweggezogen, um seine Vergehen, seine Verbrechen, seine Korruption damit zu verdecken. Er hat zu diesem Zwecke versucht, uns Sozialdemokraten anzuklagen, und zwar dort anzuklagen, wo es eine Anklage nicht gibt. Ich bin überzeugt davon, daß der Herr Professor Dr. Rintelen hier bewußt operiert hat, um die Öffentlichkeit zu täuschen, um der Öffentlichkeit vorzutäuschen, daß er als unantastbarer Mann dasteht. Aber ich bin überzeugt, es ist ihm nicht gelungen und in den Augen jedes Menschen wird er dastehen als der, der er ist, als der, der alles getan hat, um die Landes- und die Bundesgelder, die Steuergelder in den Dienst der Unternehmungen seiner Partei zu stellen, um (Widerspruch bei den Christlichsozialen) auf Kosten der Steuerträger die in Verlust geratenen Bankgelder zu decken. Der kapitalistische Aufstieg ist reich an Skandalen. Die Korruptionen bilden die Leiter, die der Kapitalismus zu seinem Aufstiege brauchte. Aber es gibt in der ganzen Geschichte des Kapitalismus, in der ganzen politischen Geschichte in der Zeit des Kapitalismus nichts, was einen Vergleich mit dem aushält, was wir gegenwärtig erleben, was durch die Veröffentlichung des Zentralbank-Untersuchungsausschusses der Öffentlichkeit bekannt wurde. Nach allen Kriegen hat es immer Zeiten der größten Spekulationen, Zeiten der größten Gründungen, gegeben.

Jeder Krieg, wenn er uns auch dargestellt wird als ein Kampf zur Verteidigung des Vaterlandes, als ein Kampf für Gott, Kaiser und Vaterland, so wissen wir doch, daß jeder Krieg als ungeheurer Fischzug und Ausplünderung der großen Massen der arbeitenden Schichten, der Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibenden endete. In allen Kriegen haben die Herrschenden immer nur ein Ziel gehabt: sich als Kriegslieferanten jeglicher Art zu bereichern. Und wie uns der Weltkrieg zeigte, haben sich sogar Mitglieder des einstigen Kaiserhauses damit beschäftigt, den „Drahtverhau“, das Dörrgemüse um teures Geld an den Staat, an ihr Volk zu verkaufen. So sehen wir immer, daß der Krieg ein Mittel zur Bereicherung war, zum Aufstieg des

Kapitalismus gewaltig beitrug, nach einem Ausspruch von Marx die Grundlagen für den Kapitalismus bildete.

Meine Damen und Herren, nach jedem Kriege haben wir immer eine große Gründerepoche durchgemacht, eine Gründerepoche in den Jahren 1811, 1812 und 1813, eine Gründerepoche nach dem Frieden von Wien und Prag, in den Jahren 1866 und 1871, eine Gründerepoche der Banken und der Börsenspekulanten. Da konnten Sie immer wieder beobachten, daß es Politiker gewesen sind, die mitgeholfen haben, daß den Börsenspekulanten der Weg zu den Staatsgeldern freigemacht wird. überall sehen wir, daß sich Politiker gefunden haben, die aus Provisionsgier mitgeholfen haben, damit diese Spekulanten auf Kosten des Staates sich bereichern konnten. (Zwischenruf: „Schule Rintelen!“) Gewiß Schule Rintelen! Rintelen hat an diesen Leuten nicht nur gelernt, sondern diese würden an Dr. Rintelen Ihren Meister gefunden haben. Hat doch Professor Dr. Rintelen diese Leute um viele Nasenlängen übertroffen. Damit will ich aber nicht sagen, daß er klüger als diese Leute war. Ein Teil dieser Bankhäuser besteht noch und ist sehr gut fundiert. Sie wackeln nicht so wie die Steirerbank wackelt, wenn sie nicht gar schon auf dem Boden liegt. (Zwischenruf: „Arbeiterbank!“ — Tausk: „Reden Sie lieber von Ihren Banken: Zweigbacher, Rintelen, Uhre!“ — Regner: „Das können sie schon auswendig!“) In der Zeit dieser Bankgründungen sehen wir das erste Mal, daß auch der Adel, der vornehmste Träger des Christentums, bei diesen Börsenspekulationen nicht gefehlt hat. Es ist charakteristisch, daß gerade in den Jahren 1866, 1870 und 1871 bei den Wiener Bankgründungen die Bankjuden, die Börsenjuden, mit dem höchsten alten Adel Arm in Arm gehen, um Banken zu verwalten und um Börsenspekulationen zu treiben. Wir sehen den Freiherrn von Meßburg neben Moses Reizes, Goldschmied, Löw und anderen, zum Schluß auch den Grafen Trianitzky. Das ist aber nicht nur eine Bank gewesen, sondern wir haben in dieser Zeit eine ganze Reihe von Banken gehabt, wo der Adel, die höchste Potenz des Christentums, mit den Juden Arm in Arm beraten und beschlossen hat, wie man durch Börsengeschäfte, durch Börsenmanöver die Bevölkerung bestehlen oder durch Börsengeschäfte an die Staatskassen herankommen kann. Wir sehen neben der alten Unionbank den Grafen Spiegel von Jsenburg und den Grafen Hardegg sitzen, neben ihnen aber auch die Siegmund Landauer, Rudolf Lichtenstein, Rosweiler und Jfidor Rut am Werke; immer Juden und die höchste Potenz des Christentums beisammen. (Zwischenruf.) Sprechen Sie nicht von Bosel, denn wenn der Bosel heute Ihren Parteichef, den Unterrichtsminister, Professor Doktor Anton Rintelen, die Hände mit dem nötigen Geld reichen würde, wäre es Ihr Parteichef, der

dem Bosel um den Hals fallen würde. Sprechen Sie nicht von Bosel (Regner: „Nehmen Sie das Maß von Ihren eigenen Schuhen!“) oder sprechen Sie nicht von Singer, das heißt vom jetzigen Sieghart, dem getauften Singer. Professor Rintelen tut alles, damit dieser Sieghart die Angel nach Graz mit dem nötigen Geld auswirft, wo der Präsident der Steirerbank, Professor Rintelen, dann ordentlich anbeißen würde, damit er herausgezogen wird aus dem Sumpf, aus dem ihn vielleicht nur der Staatsanwalt holt. Es ist nicht klug mit Steinen zu werfen, wenn man im Glashause sitzt, das ausschließlich von jüdischen Glasscheiben gewahrt ist. Ich möchte Sie warnen, Herr Abg. Zenz, immer wieder von der Judenschutztruppe der anderen zu sprechen. (Zwischenruf Tausk.) Wenn von Judenschutztruppen gesprochen wird, hätten Sie alle Ursache, sehr ruhig zu sein. Es ist sehr unklug, denn es gibt keine anderen, keine besseren, keine geeigneteren, keine nachweisbar emfigeren Judenschutztruppen als gerade Sie es sind. Sie Herr Pfarrer Zenz haben in St. Kathrein am Hauenstein einem Juden aus Polen eine Zufluchtsstätte gewährt, weil er in Ihre Gemeindekasse etwas gezahlt hat. (Lang: „Ist das vielleicht etwas Neues?“) Die Spekulationen, die sich nach den Jahren 1866 und 1871 in Österreich und vor allem auf den Wiener Boden austobten, die einen Londoner Korrespondenten veranlaßten nach London zu schreiben, es scheine, als ob das Granitpflaster von Wien Geld schwinde und jeder Österreicher, mit wenigen Ausnahmen, Millionär werden würde, diese Spekulationen nach den Kriegen in den Jahren 1866 und 1871 haben zum Zusammenbruch geführt. Diese Spekulationen haben damals einen großen Teil der österreichischen Bevölkerung um das Vermögen gebracht, es war sozusagen die zweite gewaltige Vermögensumschichtung innerhalb Österreichs. Diese Spekulationen, die im Jahre 1873, am schwarzen Freitag, zum Zusammenbruche führten, diese Spekulationen, die der Liberalismus verteidigte, waren gleichzeitig die Geburtsstunde der Christlichsozialen Partei. (Wagner: „Da hört sich doch die Gemütlichkeit auf!“ — Zwischenrufe.) Es ist doch gut, daß ich mir vorgenommen habe, Ihnen eine kleine Vorlesung bei dieser Gelegenheit über... (Zwischenrufe: „Das können Sie sich ersparen!“ — „Es ist wahr, Sie können lernen daraus!“) Ich glaube, die Zwischenrufe haben gezeigt, daß eine solche Vorlesung über die Entstehung Ihrer Partei sehr notwendig ist, die Zwischenrufe haben gezeigt, daß Sie davon aber schon gar keinen Dunst haben. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten. — Bichl: „Das ist ja nicht das einzige, von dem sie keinen Dunst haben!“) Es wäre zwar... (Krenn: „Nach Ihrer Meinung ist das richtig, was Sie sagen!“ — Tausk: „Warten Sie ein bißchen, Herr Krenn will einen Zwischenruf machen. Was haben Sie sagen wollen? Frau Lang will auch einen Zwischenruf machen. Warten Sie ein bißchen!“) Es wäre zwar für jeden

Parteimenschen klar (Gföller: „Für Rrenn ist das sicherlich nicht klar!“ — Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Wollen Sie fortfahren in Ihrer Rede?

Leichin (fortfahrend): Ich bin der Meinung, daß es die größte Pflicht eines jeden Parteimenschen wäre, doch wenigstens die Geschichte seiner Partei zu kennen. Aber nun möchte ich auf diesen Zwischenruf, der von den Christlichsozialen gefallen ist, sofort bemerken, daß diese Herren sich zwar christlichsozial nennen, aber keine Ahnung haben, wie diese Partei entstanden ist. Als ich sagte, der Zusammenbruch der Börsenspekulation am schwarzen Freitag im Mai 1873, sei die Geburtsstunde der Christlichsozialen Partei gewesen, da waren es gleich einige Herren bei der Christlichsozialen Partei, die dagegen Protest erhoben haben. Immer in einer Zeit großer Wirtschaftskatastrophen werden neue Gedanken, größere, schönere Gedanken geboren. (Gföller: „Bei den Christlichsozialen ist nach dem Umsturze der Gedanken der politischen Selbstversorger geboren worden!“) Nur aus dem jetzigen Zusammenbruche der Steirerbank, Bauernbank, Zentralbank fürchte ich, daß bei den Christlichsozialen kein großer Gedanke geboren werden wird. Ein Beispiel davon wurde uns am Montag gegeben, das meinen Ausspruch bestätigt, daß diese Katastrophe nicht neue Ideen geboren, sondern geradezu vernichtend auf den Geist des Urhebers dieser Katastrophe gewirkt hat. Aber nicht nur auf den Geist, sondern auch auf die Moral. Hohes Haus! Damals, als diese große Katastrophe hereinbrach, bei der Tausende in Österreich ihr Vermögen einbüßten, damals, wo allerdings die Volkswirtschaft keinen solchen Schaden genommen hat wie heute, wo wirklich ein großer volkswirtschaftlicher Aufschwung den Dingen auf dem Fuß folgte, damals war es Baron Vogelsang, der aus diesen Dingen lernte, der aufzeigte, daß die Idee des Liberalismus Schiffbruch gelitten hat, der mit seiner großen Kampfkampagne einsetzte und Kampfartikel gegen die damalige Börsenspekulation geschrieben hat. Dieser Vogelsang hat nicht mit sittlichen Sprüchlein versucht, dieser Korruption beizukommen, damit das Wirtschaftsleben zu heilen, sondern er hat einen sehr gesunden Blick für die wirtschaftlichen Dinge gehabt. Er ist nicht auf den Gedanken gekommen, etwa eine Bank zu gründen, wie es jetzt die Rintelen in Steiermark, Buresch in Niederösterreich, Prälat Hausner in Oberösterreich gemacht haben, sondern er ist hergegangen und hat versucht, den Leuten die Ursachen dieser kapitalistischen Korruption aufzuzeigen, hat versucht, den damaligen Bauern und Gewerbetreibenden die Gefahren klarzumachen, die ihnen durch Entstehen des modernen Kapitalismus drohten, und Lueger, dem Sie jetzt ein Denkmal gesetzt haben, war der Mann mit dem Organisationstalent, der mit der Organisation praktisch durchzuführen hatte, was Vogelsang theoretisch niederlegte. Damals ist die Christlichsoziale Partei aus diesen

Katastrophen und deren Folgen hervorgegangen. Das war die Geburtsstunde. Aus der Jauchengrube des kapitalistischen Zusammenbruches ist damals dieser reine Engel der Christlichsozialen Partei hervorgegangen. (Tausk: „Das war der Vogelsang, und jetzt kommt der Gimpelsang!“) Nicht mit sittlichen Sprüchlein wurden diese Dinge geheilt. Rintelen tut das nicht, er versucht es praktisch, hat aber dabei keinen Erfolg, wenigstens keinen wirtschaftlichen Erfolg. Seipel dagegen ist es, der heute versucht, den Dingen an den Kragen zu gehen, obwohl er in erster Linie seine Parteigenossen am Kragen fassen müßte, damit die Partei gefäubert werde von den Bankhyanen, die in der Zeit des Liberalismus nicht mit solcher Frechheit Gelder für ihre Zwecke in Anspruch genommen haben. (Reisel: „Die Gründung der Steirerbank ist Klubbeschluss!“ — Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Hat der Herr Redner geschlossen? (Rufe: „Das ist erst der Anfang!“)

Leichin (fortfahrend): Ich möchte Herrn Präsidenten ersuchen, mir auch die nötige Ruhe zu verschaffen.

Präsident: Bitte weiterzureden. Ich habe mit Ihnen nicht zu sprechen. Ich weiß, was ich zu tun habe. (Zwischenruf Tausk.) Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt.

Leichin (fortfahrend): Hohes Haus! Ich bin der Meinung, daß einzig und allein für diese Dinge der Prälat Seipel die Verantwortung trägt, auch dafür, daß hier im steirischen Landtage der Unterrichtsminister als Landeshauptmann präsentiert wird, denn er hätte als Parteichef dafür zu sorgen, daß ein solcher Mann, der so öffentlich am Pranger steht, der so viel am Gewissen hat, der Staatsgelder für Parteizwecke verwendet hat, nie und nimmer als Landeshauptmann in der Steiermark, wo wir schon manches gewohnt sind, präsentiert wird. Diesem Manne allein verdanken wir, daß wir heute diese unleidliche Debatte haben, damit wir nicht den Professor Rintelen als Landeshauptmann bekommen. Das eine ist sicher, daß wir auch den uns präsentierten Landeshauptmann nicht bekommen werden, weil wir alles tun werden, um zu verhindern, daß Rintelen hier als Landeshauptmann gewählt wird. Ich bin auch der Überzeugung, daß der Prälat Seipel die Schuld an der Korruption trägt. Es wäre ganz merkwürdig, daß er als oberster Parteichef nichts wissen sollte von den Dingen, wie sie sich in der Steirerbank, Bauernbank, Handels- und Industriebank und in den übrigen Banken zugetragen haben, daß er nichts wissen sollte von den ungedeckten Spekulationskonti, und nicht wissen sollte, in welcher frivolen Weise Staatsgelder zur Deckung der Spekulationsverluste in Anspruch genommen wurden. Deshalb klage ich Seipel als Schuldigen an. Er hätte soviel Mut aufbringen müssen, um innerhalb seiner Partei zu säubern. Es ist merkwürdig, daß ein Mann, ein Moraltheotheologe, der immer von Sittlichkeit der

anderen spricht, der die Menschheit zur höchsten Sittlichkeit aufruft, in dieser Zeit höchster Korruption nichts anderes getan hat, als nur immer als Moralthologe über die Unsittlichkeit der anderen zu schimpfen, von der Unsittlichkeit, von den Diebereien, von der Unmoral, von den Verbrechen in seiner eigenen Partei hat er nichts wahrgenommen, hat es nicht versucht, auch dort den starken Mann zu spielen. Es hat auch keinen Zweck, wenn Seipel versteckt seinen Parteigenossen die Meinung sagt, denn die, die aus diesen Meinungen die Konsequenzen ziehen sollen, die er mit seinen Ausführungen hat treffen wollen, die klammern sich mit allen Mitteln an den Posten, den sie inne haben oder den sie wieder ergattern wollen. Sie klammern sich deshalb an den Posten, wie wir es bei Professor Dr. Rintelen erleben, weil sie vor dem Staatsanwalt berechnete Angst haben. Für uns in Steiermark wäre es geradezu eine Schmach, wenn eines Tages der Staatsanwalt die Auslieferung des höchsten Funktionärs des Landes, des Landeshauptmannes, Professor Dr. Rintelen verlangen würde. Merkwürdig ist es, wenn Prälat Seipel am 5. Oktober vor der katholischen Union für die internationalen Studien folgendes sagt. Allerdings erklärt er, daß diese Ausführungen für die Zeit der Scholastik, für das frühe Mittelalter gelten. Ich bin aber überzeugt, daß er die Gegenwart damit gemeint hat und damit vor allem anderen die Landeshauptleute von Rintelen über Buresch bis Hausner. Seipel hat auf der christlichen Union internationaler Studien folgendes gesagt (liest): „Man machte einen dicken Trennungstrich zwischen der Sittlichkeit und der Politik, man wies der Sittlichkeit das Privatleben zu und geriet immer mehr in die Meinung hinein, daß für die Gemeinschaft der Menschen, die Gesellschaft, irgendwelche andere Gesetze gälten, nur nicht die sittlichen. Natürlich widersprachen die Theologen nach Suarez und Vittoria der Behauptung, diese anderen Gesetze hätten mit der Sittlichkeit nichts zu tun; aber sie wurden bald nicht mehr gehört. Ein wirkliches Durcharbeiten dieses Gebietes der Sittenlehre, ein Durcharbeiten, das von den obersten sittlichen Grundsätzen ausging, wurde unterlassen, weil es auch nicht gerne gesehen wurde.“

Wer soll nur daran glauben, daß dies für die Zeit der Scholastik gilt? Damals haben höchstens die Jesuiten im Beichtstuhl an der Regierung teilgenommen, damals gab es keine Demokratie, kein Parlament in unserem Sinn. Deshalb ist es ausgeschlossen, etwa zu glauben, daß diese Ausführungen Seipels jener Zeit gegolten haben. Auch die einleitenden Worte, in welchen ein dicker Strich zwischen Sittlichkeit und Öffentlichkeit gezogen wurde, zeigen, daß er ausschließlich die Gegenwart damit gemeint hat, daß er sich vor allen Dingen an die Herren Rintelen, Buresch und Prälat Hausner gewendet hat, die bei diesen Dingen mitbeteiligt gewesen sind. Aber eigentlich bestätigt mit diesen Ausführungen Seipel das, was Karl Marx ausgesprochen hat, dieser sagt

(liest): „Unser Sein wird nicht bestimmt durch unsere Idee, sondern unsere Idee wird bestimmt durch unser Sein.“ Prälat Seipel wäre nicht auf die Idee der Sittlichkeit, auf die Scholastiker gekommen, wenn nicht das „Sein“ der Steirerbank, das „Sein“ der Handels- und Industriebank und Zentralbank ihn so gründlich belehrt hätte, daß es notwendig ist, sich bei der Verwaltung der öffentlichen Ämter von einer sittlichen Idee leiten zu lassen, daß man ohne diese sittlichen Grundsätze keine öffentlichen Ämter verwalten kann und vor allen Dingen ein Staatsmann feste, gediegene, sittliche Grundsätze haben muß. Wenn er die nicht hat, kann ich jeden Verbrecher zum Staatsmann wählen, weil ein Verbrecher vielleicht infolge seiner Erfahrungen geriebener sein wird, als wie ein solcher Staatsmann. Aber, meine Herren, diese Ideen, die Seipel hier ausgesprochen hat, die jeder Staatsmann haben sollte, die haben schon seit vielen Jahren in der Christlichsozialen Partei Schiffbruch erlitten. Und diese Schiffbrüchigen, wenn ich sie so nennen darf, die sich an öffentlichen Geldern vergriffen haben, die wurden mit jedem Jahre mehr und mußten natürlich in das Ungeheure auswachsen, als Männer an die Regierung kamen, die ausschließlich mit dem Gedanken der Spekulation und der Bereicherung erfüllt waren, Männer wie Rintelen, die den Rentelenismus in Österreich einführten. Es ist nach einem so gewaltigen Kriege, der eine solche Umwälzung — auch der moralischen Begriffe — mit sich gebracht hat, verständlich, wenn Menschen ans politische Ufer gespült werden, wie sie uns in der Person des Dr. Rintelen begegnen, Menschen, die jeden sittlichen Begriffes bar sind, Menschen, die keinen sittlichen Halt mitgebracht haben, der irgendwie auf die Regulierung der Handlungen bei Staatsgeschäften eingewirkt hätte. Denn wenn nur die geringste Spur eines sittlichen Begriffes vorhanden gewesen wäre, wäre ich überzeugt, daß diese Spur regulierend auf die Handlungen des obersten Chefs dieses Landes, des ehemaligen Landeshauptmannes Dr. Rintelen, eingewirkt hätte. Das ist aber nicht der Fall. Die Zeit des Krieges sowie die Nachkriegszeit, die Inflationszeit, die die große Korruption und Spekulation hervorgerufen hat, hat alles, was an Moralität etwa vorhanden gewesen ist, weggeschwemmt. Übrigens, weil ich gerade vom Kriege spreche, ist es eigentümlich, welche Auffassung Ihr oberster Parteichef Prälat Seipel über den Krieg hat. Eine neue Geschichtsschreibung, gegen welche sich jeder Katholik mit Entschiedenheit wenden müßte. Auf dem Kongresse für internationale Studien hat Prälat Seipel über soziale Ideen einiges gesprochen und gesagt, es wäre notwendig gewesen, auch schon vor dem Kriege international diese sozialen Ideen zu pflegen und zu verbreiten, jene sozialen Ideen, die bei uns hier im Hause von Ihnen immer mit der größten Entschiedenheit bekämpft wurden, jene sozialen Ideen, die sich in unseren Arbeiten verkörpern, in den Altersheimen, in der Wöchnerinnenfürsorge usw. Sie dagegen erklären: Seht diese Ideen auf, bis

wir Geld haben, jetzt in der Zeit, wo wir arm sind, können wir diese Ideen nicht verwirklichen, hebt sie auf für die Zeit, wo wir reich sind. Prälat Seipel hat am 5. Oktober über den Krieg oder die Ursachen des Krieges gesprochen und sagte (liest): „Wären gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Katholiken noch einen Schritt weiter gegangen, hätten sie mit aller Kraft auch die internationalen Fragen theoretisch und praktisch bearbeitet, dann stünde es heute wahrlich besser um die Welt; dann hätte Gott nicht neuerlich zur Geißel des Elends greifen müssen, um den Menschen klarzumachen, die nicht vom Inneren heraus durch Einsichten klug werden wollten. Die neue Geißel war die Geißel des großen Krieges, Gott ließ sie über uns hereinbrechen, um uns neuerdings auf den Wegen der Mission in die Höhe der Eroberung aller Lebensgebiete für das Christentum vorwärtszutreiben.“

Wie ich das gelesen habe, habe ich mir gedacht, Seipel ist mit seinen Gedanken ein Kind der Zeit, er hat sicher dabei nicht an den Krieg, aber an den Bankenkrieg gedacht, dabei gedacht, daß ein neuer Messias über die Menschheit hereingebrochen ist, die neue Geißel Rintelen und aus dieser Bankenspekulation soll die Menschheit lernen, um sich emporzurufen zu einem besseren, schöneren Dasein. Ich würde diese Ausführungen, wenn ich ein guter Katholik wäre, mit Entrüstung zurückweisen, denn der allmächtige, allwissende, gute, liebe Gott, der soll nun nach dieser Seipel-Auffassung der Urheber des Krieges gewesen sein, der soll uns den Krieg geschickt haben, damit die Bevölkerung gescheit und klug wird. Da wird der liebe Gott als Krampus hingestellt, der zu irgendeiner Zeit kommt, um uns zu züchtigen. Glauben Sie nicht, daß das die Gottesidee schänden heißt? Da fiel mir ein, daß nicht alle kirchlichen Würdenträger wie der Prälat Seipel über die Ursachen des Krieges denken (Zwischenruf: „Auch der Rintelen nicht!“) Und da erinnerte ich mich, daß im Jahre 1922 Ihre bischöflichen Gnaden Wilhelm Berenig aus Osnabrück einen Hirtenbrief veröffentlicht hat mit dem Titel: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ (Gföller: „Haben Sie kein Interesse für Hirtenbriefe?“ — Zwischenruf Wagner:) Das wäre ein Hirtenbrief, den eigentlich der Unterrichtsminister Dr. Rintelen lesen sollte, denn der Titel lautet doch: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ und wenn man Gott dienen will und nicht dem Mammon, so kann man nicht gleichzeitig christlichsozialer Parteichef und Bankpräsident sein, deshalb wäre es gut gewesen . . .“ (Zwischenrufe Gföller, Tausk.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Frau Abg. Tausk, Sie haben nicht das Wort!

Leichin (fortfahrend): Im dem Hirtenbriefe Ihrer bischöflichen Gnaden Wilhelm Berenig von Osnabrück heißt es: (Zwischenrufe. — Unruhe. — Zwischenruf: „Warum ausländische Hirtenbriefe bringen, bringen Sie inländische!“) (liest):

„Dieses gierige Verlangen nach den wandelbaren, hinfälligen Gütern, als ob es keine anderen und besseren gäbe, kennzeichnet der hochselige Papst Benedikt XV. in seinem Rundschreiben vom 1. November 1914 als eine der Ursachen des Weltkrieges und alles Elendes in der Welt.“ Sie sehen, der Bischof von Osnabrück erklärt das Gegenteil als die Ursache des Krieges, er erklärt, daß gerade das Streben nach dem Mammon, das Streben nach jenen Dingen, wie sie in der Steirerbank konzentriert gelegen und jetzt nicht mehr vorzufinden sind, daß gerade dieses Streben nach Mammon die Ursache des Weltkrieges gewesen ist.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich unterbreche die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags.

(Die Sitzung wird um 1 Uhr 10 Minuten mittags unterbrochen und vom Präsidenten Rölbl um 3 Uhr 25 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Vorerst habe ich mitzuteilen, daß der Herr Abg. Dr. Jakob Ahrer sein Mandat niedergelegt hat. An seine Stelle wurde Herr Ulrich Möstl einberufen. Dieser ist im Hause erschienen und habe ich seine Angelobung vorzunehmen.

(Abg. Möstl leistet die Angelobung.)

Eingebracht wurden zwei dringliche Anfragen, und zwar:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Rosenwirth, Pfortner und Genossen an den Landeshauptmannsstellvertreter Riegler wegen Beschimpfung der Republik durch einen aktiven Gendarmerieinspektor;

des weiteren

dringliche Anfrage der Abgeordneten Tausk, Regner, Weigelberger und Genossen an den Landesfinanzreferenten Dr. Enge wegen der Unterschlagungen im Landesabgabnamte.

Beide dringliche Anfragen entsprechen der Geschäftsordnung, ich werde dieselben im Laufe der Verhandlungen, jedenfalls vor der fünften Tagesstunde, zur Verhandlung bringen.

Ich möchte noch die Herren Abgeordneten ersuchen, während der Sitzungen tunlichst alle Besprechungen mit der Galerie zu vermeiden. Es ist das auch ein Wunsch der Obmännerkonferenz, damit der Präsident leichter in der Lage ist, etwaige Störungen durch die Galerie zu bemerken.

Wir fahren nunmehr in der Behandlung der Tagesordnung weiter. Es hatte das Wort der Herr Abg. Leichin.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! (Rufe bei den Christlichsozialen: „Der Watschenmann hebt an!“ Rufe bei den Sozialdemokraten: „Wo ist der Riemelmoser?“ — Unruhe.) Ich will gleich auf die Sache, die die Herren veranlaßt hat, diese Zwischenbemerkungen zu machen, eingehen. Sie hätten diese Zwischenbemerkungen nicht zu machen ge-

braucht, ich wäre auf die Sache ohnehin sofort eingegangen. Es war der Saal und die Galerie heute Vormittag bereits geleert, da sah ich, daß ein junger Mann ein Rekontre mit meinen beiden Parteigenossinnen hatte. Ich war in Erregung gerade dazugekommen und habe übereilt, ich bedaure es, ihm eine Ohrfeige geben wollen. (Mikola: „Gegeben!“ — Oberzaucher: „Er hat den Mut, das einzugestehen!“ — Unruhe.) Hohes Haus! Ich habe sofort erklärt, daß ich meine Handlungsweise bedaure. Sie ist geschehen in der Erregung, daß man erregt ist, müssen Sie begreifen. Ich bedaure es, und es wird mir der junge Mann die Kränkung jedenfalls verzeihen. Damit wird die Sache erledigt sein. (Mikola: „Weil er Ihr Parteigenosse war!“ — Oberzaucher: „Im Gegenteil, er war ein Christlichsozialer!“)

Hohes Haus! Ich habe am Vormittag geglaubt, daß ich nun die Angelegenheit der Gemeinde Graz erledigt hätte, daß ich alles, was der Herr Minister Dr. Rintelen in bezug auf das Sägewerk vorgebracht hat, richtigstellte. Nun habe ich mich während der Mittagspause bei näherer Überlegung dieser Dinge an einige Ereignisse erinnert und habe gefunden, daß sich diese Dinge überhaupt gar nicht erschöpfend darstellen lassen, daß man ferner bei jeder Gelegenheit, wenn man versucht, die Dinge zu ergründen, immer wieder auf Verbindungen zwischen Steirerbank und jüdische Spekulanten kommt. So hatte ein gewisser Gustav Menkes einen Prozeß gegen die Gemeinde in einer Holzangelegenheit geführt. Wie ich mich dieses Prozesses erinnerte, da fiel mir auf, warum sich gerade der Herr Minister Dr. Rintelen so sehr über die Ereignisse beim Sägewerk hier aufgehalten hat, wozu er doch keine Ursache hätte, nur ein Wort darüber zu verlieren. Da frug ich mich, wieso es kommt, daß gerade Dr. Rintelen sich um das Sägewerk interessiert, um hier die Gemeinde anzuklagen. Nun habe ich mich erinnert, daß dieser Gustav Menkes einen Prozeß gegen die Gemeinde Graz in einer Holzangelegenheit hatte, einen Prozeß, wobei er von dem Rechtsanwalt Dr. Rehnitz vertreten wurde und den er gegen die Gemeinde verloren hat. Sicher erregt dieser Umstand den Herrn Minister Dr. Rintelen, daß dieser Mann den Prozeß verloren hat, denn, wenn er ihn nicht verloren hätte, dann hätte Menkes sicher von der Gemeinde Graz einen ganz beträchtlichen Betrag bekommen, dann hätte Menkes kein offenes Konto bei der Steirerbank mehr. (Rufe: „Hört!“) Dann könnte dieses Konto mit dem Betrag, den es durch die Gewinnung des Prozesses von der Gemeinde Graz vielleicht erhalten hätte, ausgeglichen werden. Und nun ist es für den Verantwortlichen in der Steirerbank sehr unangenehm, daß dieses Konto noch immer offen ist, deshalb auf der Liste steht, in der die uneinbringlichen, die dubiosen Konti aufgeführt sind, so daß die Steirerbank hier mit ungefähr

8 2000,— dieses offene Konto mit Hilfe von Steuergeldern wird decken müssen. Wir verstehen daher die Erregung des Unterrichtsministers Doktor Rintelen und wir sehen, welche enge Verbindungen zwischen dem Ostjuden Menkes und der christlichen Steirerbank bestehen. Auch hier finden wir, wie das bei der Bauernbank in Wien der Fall war, daß die größten Börsenspekulanten und Schieber bei den christlichen Banken Geld für ihre Geschäfte bekommen. Wenn wir noch weiterforschen und wenn ich Gelegenheit haben werde, vielleicht auch noch morgen zu reden, werde ich vielleicht in der Lage sein, Ihnen einige weitere solcher Verbindungen aufzuzeigen, einiges noch zu ergänzen, was sicher dem Herrn Kandidaten Dr. Rintelen nicht angenehm sein wird, werden doch damit nicht gerade schöne Verbindungen der Steirerbank aufgezeigt, Verbindungen, die jetzt zu Lasten der Steuerzahler gebucht werden müssen.

Hohes Haus! Ich habe schon am Vormittag darauf verwiesen, daß in der Zeit des Liberalismus jede große Bank einen politischen Zutreiber hatte, der ihnen die Geschäfte vermittelte. Heute haben die Banken diese Dinge nicht mehr notwendig. Nach dem großen Weltkrieg sehen wir auf einmal einen ungeheuren Hochzeitsflug der Christlichsozialen, bei dem sie sich mit den Börsenjuden paarten, einen Hochzeitsflug, dessen Folgen die Ummengen von Bankengründungen gewesen sind. Gerade die Christlichsozialen waren hier auf diesem Gebiete Meister. Der erste, der aus dem öffentlichen und politischen Leben geschieden ist, um sich den Bankgeschäften hinzugeben, war kein geringerer gewesen als der ehemalige Bürgermeister von Wien, Minister Weiskirchner. Er war der erste, der diesen Tanz angefangen hat, der zur Börse, zu den Bankgeschäften ging, um dort im Namen Gottes zu spekulieren und die Steuergelder natürlich dann als letzte Hypothek für die Verluste in Reserve zu wissen. Ganz charakteristisch ist es im österreichischen politischen Leben, daß vor dem Kriege in Steiermark eine ganze Reihe sehr tüchtiger Politiker gestellt hat, Politiker, die in der politischen Geschichte geradezu unvergesslich sind und wirklich Großes geleistet haben. Nun aber haben diese tüchtigen Politiker von Steiermark Nachkommen gefunden, die ihrer allerdings nicht würdig sind, sondern Nachkommen, auf die kein Mensch stolz sein kann. Das waren Leute, die sich ausschließlich mit Bank- und Börsenspekulationen beschäftigten und die ausschließlich Schiebergeschäfte besorgten und unterstützten. Ein Mann, der die Schiebergeschäfte, auch die kleinen, die schmutzigsten Schieberereien besorgte. — Minister Doktor Rintelen hat sich mit diesen kleinen Geschäften nicht abgegeben — er hat die großen Geschäfte besorgt, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, war ein Geistlicher aus der Steiermark, war der Pfarrer Gimpl von Wettnannstätten. Er hat aber nicht nur in Rukurrutz, Mehl, Stiefeln, sondern auch in Sittlichkeit Schiebergeschäfte gemacht.

Wir wissen, daß bei jedem Prozeß, wo es sich um Provisionen gehandelt hat, gewöhnlich auch der Herr Pfarrer Gimpl aus Wettnannstätten, also aus der Steiermark mitbeteiligt gewesen ist. Man sollte doch meinen, daß dieser Herr, der ein Prediger, ein lebender Vertreter des Christentums ist, doch zumindestens die Hirtenbriefe kennt, vor allen Dingen den letzten „Die Börse als Giftbaum“, und daß er sich schämen müßte, diese schmutzigen, elenden, polnischen Judengeschäfte zu machen. Wir haben dem Herrn Nationalrat Dr. Gimpl im „Arbeiterwille“ am Sonntag gesagt, was für schmutzige Geschäfte er macht, daß er auch Verlegern Gelder leiht, die unsittliche Lieder verbreiten, daß er Verlegern Darlehen gibt, die nicht nur unsittliche Lieder, sondern auch Lieder verbreiten, in denen die Bauern verhöhnt werden, diejenigen Bauern, in deren Mitte er wohnt, die ihm gewählt haben und und zu denen er Sonntag hinausgeht, um ihnen davon zu erzählen, wie sich die Christlichsoziale Partei bemüht, ihre elende Lage zu verbessern, deren Frauen er die Beichte abhört und ihnen dann sittliche Lehren mit auf den Weg gibt. Jener Doktor Gimpl, der Mann im Priesterkleide, leiht Gelder her, 80 Millionen Kronen, (Jng. Wikany: „Wo hat er die her?“), um unsittliche Lieder drucken zu lassen. Das ist der Herr Pfarrer Gimpl, Ihr Mann. Es gibt in Wien keinen größeren Becken als diesen Dr. Gimpl aus Wettnannstätten. Schon sein Äußeres ist bezeichnend, gibt Zeugnis dafür, daß er ein Lebemann ist und sehr viel Geld zu seinem Leben braucht, während er enthalten auf jedem Gebiete sein soll. Charakteristisch für einen Geistlichen ist, daß der Herr Dr. Gimpl aus Wettnannstätten ein goldenes Armband trägt. Jeder kennt ihn als einen ganz besonderen Lebemann. Ich muß schon sagen, daß die Bauern bei uns in Steiermark, vor allen Dingen die Bauern in Wettnannstätten sehr viel Nachsicht mit diesem ihren Gottesmann üben. Wenn diese Leute den Herrn Pfarrer Gimpl auf seinem Wege folgen würden, würden sie ihn schon lange zum Teufel gejagt haben. Das ist kein Mann, der berechtigt ist, das Priesterkleid zu tragen. Eine polnische Juden Kutte wäre geeigneter, obwohl kein polnischer Jude so schmierig handeln würde, wie dieser Priester. Aber, meine Damen und Herren, damit Sie nicht glauben, daß ich Ihnen bloß Geschichten erzähle, will ich Ihnen auch etwas von den Produkten zeigen, die in dem Verlage erschienen sind, den der Herr Dr. Gimpl, der Pfarrer von Wettnannstätten, der Nationalrat aus Steiermark, der Oberschieber mit 80 Millionen Kronen unterstützt und fördert. Natürlich, meine Damen und Herren, er hat die 80 Millionen Kronen nicht aus Mildtätigkeit, aus Freundschaft hergegeben, um etwa ein gutes Werk zu unterstützen, einem verkrachten Bauern oder Abbrandler zu helfen, sondern er hat dieses Geld hergegeben, um es entsprechend verzinst zu bekommen. Denn der Pfarrer Dr. Gimpl aus Wettnannstätten gibt nichts ohne Gegengabe, ohne ein Geschäft zu machen. Man muß seine Gefälligkeiten in klingender

der Münze ziemlich reichlich bezahlen. Nun wird in diesem Musikverlag... (Jng. Wikany: „Bitte, dann mit Klavierbegleitung!“) In diesem Verlage sind Lieder erschienen, von denen ich Ihnen vier Lieder als Muster vorlege, und von denen ich — zu Ergötzung jener Kollegen, die aus dem Bauernstande sind — das eine Lied vorlesen werde, damit sie erfahren, in welcher niederträchtiger Weise dieser Geistliche über den Bauernstand denkt, das heißt, wie er das Denken anderer finanziell unterstützt, um damit die Bauern und ihre Frauen auf das elendste herunterzureißen. Das eine Lied heißt: „Uje, das Mädle ist solid.“ Es trägt also einen ausgezeichneten Titel. Schließlich muß der Pfarrer Gimpl ja wissen, wie die Mädlerln sind. Das Lied ist so illustriert (zeigt das Titelblatt), damit es auch eine entsprechende Anziehungskraft auf die Käufer ausübt. Wir haben in der letzten Zeit sehr viel Kleiderverordnungen vom Bischof von Linz usw. gelesen. Ich habe kürzlich erst eine solche gelesen, (Oberzaucher: „Sie haben doch auch Sinn dafür!“) Ich habe erst kürzlich eine Kleiderverordnung vom Bischof in Passau gelesen, die an der Kirchentür von Passau aufgeschlagen war. Aber, meine Damen und Herren, wenn man weiß, daß sich hier die Geistlichen bemühen, eine nach ihrer Auffassung entsprechende Kleidung unter den Frauen zu verbreiten, so ist es, um ein ganz gelindes Wort zu gebrauchen, beschämend für einen Priester, einen Verlag zu finanzieren, der solche Lieder mit diesen Bildern verbreitet. Das zweite Lied ist unter dem Titel herausgegeben: „Mädlel, sag' igen.“ Jgen heißt ja! Das ist ein besonderer glänzender Einfall. Dr. Gimpl ist international und ich glaube nicht nur auf dem Gebiete des Handels, sondern auch auf dem Gebiete der holden Weiblichkeit. Das dritte Lied heißt: „Süßes Ding aus Ottakring“, und hat eine solche Aufmachung. (Zeigt das Bild). Ein würdiges Produkt des Herrn Pfarrers Dr. Gimpl, ein Produkt eines Mannes, der das geistliche Kleid trägt. Das vierte Lied zeigt zwar die langen altmodischen Kleider, die Kleider, die vielleicht den Wünschen des Linzer Bischofs entsprechen, dafür heißt der Titel, und das ist sehr bezeichnend: „In Unterrockersbrunn!“ Dort hält sich der Herr Pfarrer Dr. Gimpl am liebsten auf. Meine Damen und Herren! Gerade den Herren aus der Landwirtschaft dürfte interessieren, was der Herr Pfarrer Dr. Gimpl „In Unterrockersbrunn“ finanziell zu unterstützen hat und wie er über die Bauern denkt. Er hofft sicher bei dem Liede „Aus Unterrockersbrunn“ einen entsprechenden Rebbach zu machen, denn sonst hätte er nicht seine 80 Millionen Kronen dazu verwendet. Also, meine Damen und Herren, ich werde Ihnen dieses Lied vorlesen. (Machold: „Vorsingen!“) Das Lied heißt: „In Unterrockersbrunn.“ Ein ländlich sittliches Kulturbild, schwerfällig im Schimmtempo.

Ich halte es für sehr wichtig, daß in der Zeit der Seelenheilung dieses geistliche Lied auch in den Protokollen dieses Landtages verewigt wird, die

Nachwelt erfährt, wie ein geistlicher Herr aus Steiermark die Seelenanierung finanziell unterstützt (liest):

„Die Bauern da draußen am Land, am Land,
Die san sakrisch fein jetzt beinand, beinand!
Die Häuserln, die san vornehm und neu,
Die Bauern fahrn im Auto ums Heu,
Und die Damen die schminken allwäu sichs Mäu!
Die gnädige Frau Ökonom riecht nicht nach Gas-
stallaron,
Die tragt Toiletten aus Wien vom feinsten Krepier
de Chin,
Sie hat jetzt ein Budoah, an Hausfreund oder gleich
zwa,
Und wenn sie gibt ihren Jour, da kommen gnua.
Die Damen sehr drekolletiert,
Da wird der neueste Shimmy probiert.

Refrain:

In Unterrockerbbrunn scheint's ganze Jahr die
Sunn,
Und was man dort erblickt, ist alles unterspikt:
Die Bauern habn a Geld, die Maderln, de san
gestellt,
De lahn kan in d Sunn in Unterrockerbbrunn,
brunn.“
Die Tochter heißt Mary Anett, kokett,
Denn Annamirl klingt ja so blödd, na net?
Sie spricht grad jetzt mit Herrn Sterz junior,
Denn sie lernt schon französisch ein Jahr.
Monsieur Sterz, vou-lez-vous, schmecks, mei Herz!
O Schmerz!
Sie riecht nach feinstem Parfum Pariser Ruhmisti-
kum,
Hat echte Brüller auf d Händ, falsch is nur s Herz
und die Zähnd;
Sie hat noch keinen erhört, die Herren sind ihr zu
gescheert,
Sie tanzt den Boanstep famos mit n Gmoantepp
bloß;
Beim Tanzen verlierts den Schüpon, pardon!
Und grad spielt dazu s Grammophon“.

Refrain.

Der 3. Vers heißt (liest):

„Die Gäst ruft der Hausherr jetzt zamm, recht
stramm:
„Jetzt freß mas Suppeh, dann gehts ham mitsamm!“
Und jeder haut fest ein ohne Scheu,
Die Silbermesser steckens ins Mäu,
Aber d Löffeln, die steckens in Sack, o Frack!
Herr Sumfer macht einen Wiß
Und zwickt a Fräuln in den Sitz,
Ihr Bräutigam fordert schnell ihn eventuell zum
Duell,
Herr Sumfer brummt aber barsch:
„Blas mir den Millöckerpolka!“
Da sagt die Dame vom Haus:
„Schmeißts alle raus!“
Zwa Stund drauf liegt alles im Bett, o Gfrett,
Vorm Fenster a Laterl nur steht“.

Refrain.

Meine Damen und Herren, das ist die Befinnung dieses geistlichen Mannes, der alle Sonntag nicht nur in der Kirche predigt, sondern auch Sonntags bei den Bauern Versammlungen abhält und dort ihnen erzählt, wie sich er und seine Partei für die Interessen der Bauern, der kleinen Keuschler, einsetzen. Das ist empörend, wenn man hier in diesen Liedern, die der Herr Gimpl finanziert, erfährt, daß die Töchter der Bauern — — — (Unruhe.)

Präsident: (das Blockenzeichen gebend): Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen. Den Redner bitte ich, in seiner Rede fortzufahren.

Leichin (fortfahrend): Hohes Haus! Ich habe diese Lieder Ihnen mit einer gewissen Absicht gezeigt. (Unruhe. — Auf: „Die suchen jetzt auf der Landkarte Unterrockerbbrunn!“) Hohes Haus! (Strohmaier: „Der Watschenmann im hohen Hause!“) Hohes Haus! Ich habe mit Absicht. . . (Unruhe — Mutsch: „Die Sitzung soll unterbrochen werden, bis die ihre Klubitzung beendet haben!“) Herr Pfarrer Zenz, ich habe Ihnen das Lied, daß Ihr Amtskollege finanziert hat, hier vorgelesen, damit Sie ein Beispiel davon bekommen, wie selbst Pfarrer mithelfen, den Bauernstand, dem es ohnehin bei uns sehr schlecht geht, zu verhöhn. Ich weiß nicht, was ein Pfarrer noch für Qualitäten haben muß, um würdig zu sein, nicht nur als Pfarrer sein Amt auszuüben und damit die Zeit zu verbringen, sondern auch würdig zu sein, jedes Schiebergeschäft und schließlich diesen Schmutzverlag zu finanzieren. Ich wundere mich, wenn wir bisher nicht gehört haben, daß der Herr Pfarrer Gimpl auch bei einem Bordell-Betriebe beteiligt ist. Vielleicht ist es möglich. Heute haben wir in den Tagesblättern einen Bericht über einen Mädchenhandel gelesen nach dem Orient, und ich habe mich wirklich gewundert, daß ich nicht den Namen Gimpl als Vermittler gefunden habe. Wenn es auch jüdische Namen gewesen sind, so besteht doch die Vermutung, daß der eigentliche Finanzier dieses Geschäftes der Pfarrer Gimpl sein könnte. (Rufe: „Die anderen Lieder sollst Du auch vorsehen!“) Ich kann es nicht auf mich nehmen, die Anwesenden dieses hohen Hauses sittlich und moralisch ins Verderben zu stürzen. Ich bin nicht gewohnt, solche Dinge zu lesen und meine Zunge ist vollständig ungeeignet dazu. Man müßte vielleicht den Herrn Pfarrer Gimpl hierher beordern, damit er uns aus den Werken seines Verlages etwas vorliest. (Ragner: „Mädel sag igen!“ Macht mit einer Autohupe Lärm.) Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie wirklich bitten, mir etwas Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist sehr interessant zu erfahren, aus welchem Grunde ich gerade heute den Herrn Pfarrer Gimpl zitiert, seinen Geist herausbeschworen habe. Herr Pfarrer Gimpl ist ausbezogen, um dem Unterrichtsminister Dr. Rintelen beizustehen. Als hochwürdiger Herr scheint er auch würdig zu sein, die Taten des Professors Dr. Rintelen zu verteidigen. Dr. Rintelen

wird sicher keinen anderen finden, der dazu die nötigen moralischen und geistigen Qualitäten besitzt, befähigt ist, für Dr. Rintelen das Schwert zu ziehen. Aber wo hat er sich in die Öffentlichkeit geflüchtet? Das ist sehr beachtenswert. Sie wissen, wenn der Landwirt nach seinem Schwein sieht, dann findet er es sicher dort, wo der meiste Dreck ist. Er braucht nicht lange zu suchen, weil er die Eigenschaften seines Schweines kennt. So ist es auch beim Pfarrer Gimpel der Fall. Er hat sich dort in die Öffentlichkeit geflüchtet, um dort zur Öffentlichkeit zu sprechen, wo man sonst nur über die Raubmorde berichtet. Der christlichsoziale Nationalrat Dr. Gimpel veröffentlicht im „Wiener Extrablatt“ einen Artikel, um dort die Waffen für den Kandidaten Dr. Rintelen zu ziehen, ihn zu verteidigen. Ich glaube, dieser Umstand allein ist für Ihre Partei sehr bezeichnend. Ich bin überzeugt, daß dem größten Teil der Landbevölkerung das Grausen angeht, wenn sie diese Dinge kennen würden. Wenn der „Sonntagsbote“, statt zu lügen einmal versuchen würde, das zu sagen, was jeder Sperling in Wien und in Graz auf der Steirerbank pfeift, wenn Pfarrer Zenz es wagen würde, dies zu veröffentlichen, ich bin überzeugt, daß die Landbevölkerung, die ja sicher ehrlich überzeugt ist von der Richtigkeit des christlichen Gedankens, aufschreien und dieser Partei dorthin einen Fußtritt versetzen würde, wo nach dem Liede „In Unterrockerbunn“ der Nachbar versucht hat, die Dirne zu zwicken. Der Umstand, daß durch den Zusammenbruch der Zentralbank ungeheure Summen von Steuergeldern verloren gingen, dieser Umstand allein muß Ihnen die Frage aufdrängen: Wer wird diese Gelder wieder aufbringen? Nach den bisherigen Erfahrungen gibt es natürlich nur ein Mittel, ein Universalmittel, das bei solchen Gelegenheiten angewendet wird, daß natürlich die Steuern ganz gewaltig erhöht werden müssen und Sie werden ja im Laufe meiner Ausführungen noch hören . . . (Lebhafte Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Als nach dem Zusammenbruch in Österreich die Christlichsozialen in den einzelnen Bundesländern mit den Gründungen der Banken einsetzten, durfte selbstverständlich dabei Steiermark keine Ausnahme machen. Wir haben, weil aus Steiermark immer die tüchtigsten Männer gekommen sind, erlebt, daß Steiermark bei diesen Gründungen an der Spitze marschierte. Dafür haben wir die gute Bezeichnung Rintelenismus. Weiter wollen wir eine zweite Tatsache feststellen, mit welcher sich vor allem der Herr Landeshauptmann in den ersten Jahren nach dem Umsturze beschäftigt hat. Es ist eine Tatsache, daß er mit Dr. Ahner — der, wie wir soeben radiotelegraphisch die Mitteilung bekommen haben, sein Mandat zurückgelegt hat, vielleicht bekommen wir in den nächsten Stunden eine weitere Mitteilung, daß ein anderer sein Mandat niedergelegt hat, denn es scheint so fortzugehen, daß einer nach dem anderen geht — für zwei Dinge besonderes Interesse zeigte. Die eine Sache war, daß

sie sich die Förderung der Konterrevolution angelegen sein ließen, wozu sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ausnützten, um die Konterrevolution nach Möglichkeit zu fördern. Zu diesem Zwecke standen sie in engster Verbindung mit den Führern der Konterrevolution in Ungarn. Wir wissen, daß gerade in Graz, Feldbach und Tobelbad die Zentren der Konterrevolution gewesen sind; wir wissen, daß mit Unterstützung des Landeshauptmannes aus allen Waffenlagern in Steiermark die Gewehre gestohlen wurden, um diese Elemente zu bewaffnen und den Bandenkrieg im Burgenland gegen die dortige Bevölkerung zu führen. Ich will auf diese Tatsachen weiter nicht besonders eingehen. Vielleicht findet sich im Laufe der Debatte noch eine Möglichkeit, näheres darüber zu sagen, vielleicht kommt Herr Professor Dr. Rintelen noch einmal dazu, in diesem Hause diese Dinge zu bestreiten. Dann werde ich oder einer meiner Parteigenossen Gelegenheit haben, ihm nachzuweisen, daß er von allen konterrevolutionären Absichten unterrichtet war und sie mit seinem damaligen Amtskollegen Dr. Ahner förderte. Das war die eine Seite der Aufgaben. Da die Förderung der Konterrevolution Gold kostete und diese auch nicht fiegreich geführt werden kann, wenn nicht für die nötige Finanzierung dieser Konterrevolution vorgesorgt wird, so kam es zur Bankengründung. Und das Charakteristische ist, daß bei dieser Bankengründung die Spekulation in ausgedehntestem Maße betrieben wurde. Verzeihen Sie, hier drängt sich mir ein Vergleich auf, ein Vergleich mit dem heiligen Josef, dem Kaiser Wilhelm und Rintelen.

Nach der Legende soll der heilige Josef beim Auszuge aus Ägypten alle Habe zurückgelassen haben und nur auf einem Esel ausgezogen sein. Nach dem Zusammenbruche ist der bekannte Kaiser Wilhelm der Zweite ausgezogen . . . (Unruhe. — Regner: „Wie ist das mit dem Esel?“) Ich kenne die biblische Legende sicher nur schlecht (Zwischenruf von 103. Seite: „Darum wären wir neugierig auf Pfarrer Zenz!“), denn ich habe den Religionsunterricht in der Volksschule in Wien und nicht in Unterrockerbunn genossen. Deshalb dürfte ich auch nicht soviel wissen von diesen Dingen. Aber soweit ich mich noch so dunkel erinnern kann, weiß ich, daß der heilige Josef aus Ägypten auf einem Esel auszog und alle seine Güter zurückließ. Kaiser Wilhelm der Zweite ist ebenfalls nach dem Zusammenbruch ausgezogen, hat aber alles mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war und hat dafür die Esel zurückgelassen. Meine Damen und Herren, Herr Prof. Dr. Rintelen hat zum Beispiel alle seine Freunde und seine Beamten mitgenommen, jetzt schickt er sie als Esel in die Wüste. Damals, als besonders die Christlichsozialen die Banken gründeten, war es sofort klar, daß es ihnen nicht darum zu tun ist, unser Wirtschaftsleben zu fördern. Pfarrer Zenz hat am Montag so etwas erzählt, wie

sich der Herr Minister Dr. Rintelen bemüht hat, das Wirtschaftsleben zu heben. In dieser schweren Zeit der Not, Herr Pfarrer Zenz, in dieser Zeit der Inflation haben alle, die sich bemüht haben, das Wirtschaftsleben zu heben, verdient. In dieser Zeit ging auch kein Unternehmen zugrunde. Es ist daher, Herr Pfarrer Zenz, ein Nonsens, wenn Sie uns Dinge aufbinden wollen, die den Tatsachen widersprechen. Uns war es klar, daß die Banken ausschließlich Spekulationszwecken dienen sollten. Genau so wie nach den Jahren 1811, 1812, 1813 in Österreich eine gewaltige Frankenspekulation Platz gegriffen hatte und wie damals Salomon Mayer-Rothschild nach Wien kam um hier sein Zelt aufzuschlagen, genau so wie nach 1866 und 1870 und 1871 in Wien die Bankengründungen wieder einen gewaltigen Aufschwung genommen haben, genau so haben sich auch die Herren der Christlichsozialen Partei gedacht, daß es jetzt möglich sein wird, durch Bankengründungen ordentlichen Rebbach zu machen. Die Herren waren der Überzeugung, daß die großen Massen des Volkes durch das ungeheure Unglück des Krieges zum Teile noch nicht ordentlich geschröpft seien, sie noch immer nicht klug geworden sind. Der Krieg war auch so ein Instrument, um den Massen, den Bauern, den Gewerbetreibenden und sonstigen anständigen Menschen das Geld abzunehmen. Der Krieg war auch so eine Ursache von der Umschichtung der Vermögen und wir wissen heute, daß während des Krieges eine gewaltige Vermögensumschichtung vor sich gegangen ist. Diese hat natürlich nicht halt gemacht mit dem Abschlusse des Krieges, sondern wurde gerade durch die von Herrn Prälaten Seipel inszenierte Inflation zum zweiten Male mit großem Erfolge durchgeführt. Haben sich die Bauern durch den Krieg einigermaßen sanieren können, haben sie geglaubt, jetzt können sie vielleicht endlich ihre Reusche herrichten, ihre Fahrnisse ergänzen, endlich den Wirtschaftsapparat instand setzen, die ganze Wirtschaft auf eine gesunde Grundlage stellen, da war durch die Inflation über Nacht auch diese Hoffnung den Bauern zuschanden geworden, sind große Vermögensteile zum Teufel gegangen. Das ist nicht die letzte Vermögensumschichtung, die wir in der Nachkriegszeit erlebt haben, es folgten ihr noch mehrere Umschichtungen. Eine weitere Umschichtung haben wir dadurch erlebt, daß die Menschen zum Gelde kein Vertrauen hatten. Wenn das Geld jeden Tag im Werte schwankt oder an Wert verliert, muß natürlich der primären Grundlage der Volkswirtschaft der Boden entzogen werden, muß natürlich auch das Vertrauen zum Gelde und seinem Wert vollständig erschüttert werden. Und so sehen wir, daß in dieser Zeit eine gewaltige Effektenpekulation einsetzte, welche die Banken ihrerseits noch förderten, jedem empfehlen, Effekten zu kaufen. Ich bin davon überzeugt, daß ein großer Teil der Beamten, ein großer Teil des Mittelstandes, daß auch ein großer Teil der Bauern durch die Anmietung der christlichsozialen Banken Effekten

kaufte. Als dann der Frankensturz kam, auch die Österreicher den Franken konterminiert hatten, da erlebten wir von neuem eine Umschichtung des Vermögens. Ungeheure Vermögenswerte des Mittelstandes, der Armen unter den Reichen, gingen dabei verloren. Reich geworden sind ausschließlich die großen Spekulanten, die sich natürlich solche Dinge erlauben konnten. Aus dieser Zeit haben wir auch das große Loch, das in die Bauernbank und in andere christlichsoziale Banken gerissen wurde. Das war auch zum Teil die Ursache der gewaltigen Wirtschaftskrise, die wir erleben. In dem Momente, als die Effekten in ihrem Werte gesunken sind, haben die Unternehmer, die Industriellen auf die hinterlegten Effekten nicht mehr jenen Kredit bekommen, der erforderlich war, um ihre Industriebetriebe aufrechtzuerhalten und die laufenden Löhne für ihre Arbeiter zu bezahlen. Seit dieser Frankenspekulation setzte eine gewaltige Krisis ein, die freilich nicht ausgeblieben, aber etwas später gekommen wäre und nicht so furchtbar eingesetzt hätte. Für uns war es also klar, daß Professor Dr. Rintelen die christlichsoziale Bank ausschließlich zur Spekulation gründete und wenn wir heute die Listen der ungedeckten Konti durchsehen, warum Professor Dr. Rintelen so viele seiner mit ihm im intimsten Verhältnisse stehenden Beamten mitgenommen hat. Uns ist es auch klar, warum er so viele seiner Kollegen aus dem Landtagsklub und andere seiner Parteigenossen mitgenommen hat, von denen einige den geistlichen Rock tragen. Der Herr Unterrichtsminister Professor Dr. Rintelen hat dabei eine sehr schlaue Taktik verfolgt. Er sagte sich, wenn die Beamten bei meiner Bank hängen, müssen sie so tanzen, wie ich pfeife, sie müssen das tun, ohne geringste Widerrede, was ich will. Die Grundlage für die Beamtenkorruption war damit geschaffen. Wir wissen heute auch, wie weit diese Beamtenkorruption schon gediehen ist. Ich werde darauf zu sprechen kommen, vor allem auf den Landesfinanzdirektor Dr. Pfleger, den Intimus des Herrn Professor Dr. Rintelen, der ebenfalls bei der Bank mitgenommen wurde, jenen Dr. Pfleger, dem eigentlich die Staatsaufsicht über die Steirerbank anvertraut war, damit dort nicht ein Verbrechen begangen wird, der aber selbst dieses Verbrechen mitgefördert hat. Wir werden sehen, wie dieser Dr. Pfleger so getan hat, wie es die Herren Geistlichen in den großen Stiften haben wollten, wie Dr. Pfleger es war, der den Meßwein zollfrei nach Österreich, nach Graz befördern ließ. (Zwischenruf: „Der Watschenmann!“) An eine Förderung des Wirtschaftslebens haben die Christlichsozialen bei der Bankgründung überhaupt nicht gedacht deshalb, weil es doch jedem klar gewesen ist, daß man das Wirtschaftsleben, die Produktion nicht dadurch fördert, daß man den Bauer draußen auf dem Lande veranlaßt, sein Geld in die Steirerbank zu billigen Zinsen einzulegen, damit die Steirerbank dieses Geld dann zu Spekulationszwecken in Tagesgeldern zu hohen Zinsen verleiht.

Die Untersuchung über die Steirerbank ist ja noch nicht zu Ende, aber wir können vielleicht schon so ungefähr annehmen, zu welchem Zinsfuße die Steirerbank ihre Gelder an die Bauern verliehen hat. Aus den Mitteilungen des Untersuchungsausschusses über die Bauernbank in Niederösterreich haben wir erfahren, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Buresch, der Führer der Christlichsozialen von Niederösterreich, der Landeshauptmannstellvertreter Zwegbacher und Präsident Stöckler, daß sie also alle dort mit den Geldern der Bauern spekuliert haben, daß Dr. Buresch die Gelder zu 30 bis 40 Prozent an die Bauern verliehen hat. Da fällt mir ein, was ich im „Sonntagsboten“ des Herrn Pfarrers Zenz vor einiger Zeit gelesen habe. Es war so ungefähr vor zweieinhalb oder drei Jahren, da hat Bundesrat Hofsch einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich damit beschäftigte, daß die Bauern dringend und notwendig einen billigen Kredit brauchen, um ihre elenden Reuschen reparieren zu lassen. Ich habe schon damals darauf verwiesen, daß es unmöglich ist, daß der Weg, den Hofsch aufgezeigt hat, zum Ziele führt. Hofsch hat, wenn die Bauern billigen Kredit haben wollen, darauf verwiesen, daß wir uns bemühen müssen, diesen billigen Kredit aus Amerika zu bekommen. Ich habe über diesen Vorschlag gelacht und habe ihn hier einer entsprechenden Kritik unterzogen; denn die Kapitalisten in Amerika werden sicherlich nicht bauernfreundlicher sein als die Herren Rintelen, Buresch, Zwegbacher, Stöckler und Prisching. Und wenn die angeführten Herren wirklich bauernfreundlich sind, dann hätten sie die Aufgabe, den Bauern den notwendigen und billigen Kredit zu verschaffen. Aber daran hat man nicht gedacht, dachte gar nicht daran, das Wirtschaftsleben, sei es in der Industrie, sei es in der Landwirtschaft, zu heben oder zu fördern. Der ausschließliche Zweck der Bankengründung ist einzig und allein die Spekulation, die Selbstversorgung gewesen. Bei diesen Spekulationen wurden Unsummen von Geldern verloren, die den Bauern gehört haben. Da, meine Damen und Herren, hat sich die Steirerbank bei uns in der Steiermark auf eine ganz besondere Weise eingeführt und hat in einer ganz merkwürdigen Weise, in einer ihr eigenen christlichen Art für sich Reklame gemacht. Eines Tages — und wenn ich nicht irre, war das im Jahre 1921 — ging durch die ganze Presse die Meldung, daß an der jugoslawischen Grenze ein Mann verhaftet wurde, der falsche Sokolnoten verkaufen wollte. Dabei hat sich herausgestellt, daß dieser Mann, der die falschen Sokolnoten in der Wechselstube Sirk am Bahnhofe in Spielfeld verkaufen wollte, von der Steirerbank den Auftrag dazu erhielt. Es wurde festgestellt, daß die Seriennummern falsch, die ganzen Noten gefälscht waren. Bei der später stattgefundenen Untersuchung haben wir erfahren, daß der Mann, der mit dem Verkaufe dieser Noten beauftragt war, mit dem Landes-

hauptmann und seinem Stellvertreter, dem späteren Finanzminister Dr. Threr in intimster Beziehung stand, daß Walch und sein Kollege Huber täglich mit Dr. Threr verkehrten. Wir haben dabei auch erfahren, daß Walch sofort bei seiner Verhaftung der Polizei erklärte, daß der Landeshauptmann davon wisse und er deshalb um den nötigen Schutz bitte, der ihm gebühre. Sie sehen, eine ganz eigentümliche Art, wie sich die Steirerbank einführte, um ihr Unternehmen zu heben, ebenso eine ganz merkwürdige Vorstellung darüber, wie man eventuell gute Geschäfte machen kann. Wollen Sie abstreiten, daß der damalige Landeshauptmann, der jetzige Unterrichtsminister Professor Dr. Rintelen, davon nichts wußte? Wollen Sie es wagen, zu behaupten, daß er bei diesen Dingen nicht beteiligt war? Wagen Sie es, zu behaupten, daß der Präsident der Steirerbank von dieser Verkaufsaktion der gefälschten Noten nichts wußte? Während selbst in Ungarn, und das heißt sehr viel, die Fälscher eingesperrt wurden, erleben es wir, daß der Landeshauptmann, der gleichzeitig der Präsident der Steirerbank ist, bei dem man nicht wußte, wo die Geschäfte des Präsidenten angefangen und die Geschäfte des Landeshauptmannes aufhören, und seine Mitschuldigen pardoniert wurden. Jeder Dieb, jeder andere, der damals dabei ertappt worden wäre, wäre unweigerlich eingesperrt und der gerechten Strafe zugeführt worden. Aus dem Verhandlungsprotokoll geht hervor, daß es die Polizei gar nicht für notwendig fand, die Noten nach Wien zu schicken, obwohl sie dazu verpflichtet gewesen wäre. Die Polizei hat es auch nicht für notwendig gefunden, die gefälschten Noten zu behalten, sondern sie hat sie nach der Beschlagnahme wieder dem Schützling Rintelens, Huber, zurückgegeben und ihn freigelassen. Das war alles nur möglich über Einfluß des Herrn Landeshauptmannes. Da frage ich Sie, ob ein solcher Mann, von dem man diese Dinge weiß, ob ein solcher noch würdig ist, die Stelle eines Landeshauptmannes einzunehmen. Es wundert mich, daß sich damals die Bauern in den Christlichsozialen Reihen nicht mit Entrüstung aufbäumten, um diesen Mann von seinem Posten wegzufegen. Und nun wird derselbe Mann abermals in Vorschlag gebracht, ein Mann, der das schlechteste Beispiel für die Öffentlichkeit, für die ganze Bevölkerung gegeben hat. Es wird vielleicht gesagt, ja, man hat ihn dabei doch nicht erwischt, man kann es nicht schwarz auf weiß nachweisen, daß Rintelen von allen diesen Dingen gewußt hat. Aber ein jeder weiß, daß, wenn der Richter einen Dieb deshalb nicht bestraft, weil es sich nicht schwarz auf weiß nachweisen läßt, daß er gestohlen hat, er ihn deshalb pardoniert, es nur ein Freispruch wegen Mangels an Beweisen ist. Es dürfte aber auf der ganzen Welt keinen Richter geben, der dann diesen Mann, weil sich der Diebstahl nicht nachweisen läßt, etwa zum Präsidenten einer Christlichsozialen Vereinigung zum Schutze des

Privateigentums vorschlagen wird. Ich kann das wirklich nicht annehmen. Genau so verhält es sich beim Landeshauptmann. Jeder weiß, daß der Landeshauptmann davon wissen mußte, daß er davon vollständig unterrichtet war, daß auf sein Eingreifen, seinen Vorschlag Walch und Huber pardonierte wurden, daß Huber die Noten wieder zurückgegeben wurden, daß damit alles verwischt wurde, was später einen schlagenden Beweis für dieses Delikt hätte erbringen können. Also das, was kein Richter machen wird, außer er würde sein Gewissen vergewaltigen, was jeder Richter ablehnen würde, das machen Sie. Sie hegen keine Bedenken, diesen Mann uns wieder zu präsentieren, damit er in Zukunft dieses Land wieder an der Spitze als Landeshauptmann verwaltet. Ich muß schon sagen, ich kann eine solche Handlung nicht verstehen.

Wir werden alles aufbieten, um zu beweisen, daß dieser Mann schändlich gehandelt, den Respekt jedes anständigen Menschen verloren hat, es deshalb des Landes unwürdig ist, wenn wir die Wahl dieses Mannes wieder zulassen würden.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich erlaube den Herrn Redner, seine Rede zu unterbrechen, da die dringlichen Anfragen zur Verhandlung kommen müssen.

Dringliche Anfrage des Abg. Rosenwirth, Pförtner und Genossen an den Landeshauptmannstellvertreter Kiegler wegen Beschimpfung der Republik durch einen aktiven Gendarmeninspektor.

Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich Herrn Abg. Rosenwirth das Wort. Redezeit 20 Minuten.

Rosenwirth: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben in der derzeitigen Debatte schon ziemlich viel über Korruption innerhalb und außerhalb unseres Landes gehört. Wir haben auch vernommen, daß die Verwaltung dieses Landes eine korrupte ist. Zu den gesellt sich nun der Gegenstand, den wir heute in unserer dringlichen Anfrage behandeln. Das gibt einen blitzartigen Lichtblick, wie weit das System Rintelen in Steiermark gediehen ist. Das gibt einen Lichtblick, was sich einzelne aktive Angestellte unseres Staates in diesem Lande unter diesem System erlauben. Am Montag hatten wir die letzte Sitzung dieses hohen Hauses und da hat sich besonders ein Mann beim Vorschlage des Herrn Bundesministers Professors Rintelen zum Landeshauptmann nicht genug tun können an Applaus auf der Galerie in der Hoffnung, daß nun wieder das System Rintelen, den Namens-träger dieses Systems als Landeshauptmann in Steiermark begrüßen wird können. Dieser Mann hat sich trotz der Zurechtweisungen des Herrn Präsidenten nicht beirren lassen und hat sich fortwährend gegen unsere Parteigenossen, die nicht diese Zustimmungskundgebung zu dem Vorschlage der Christlichsozialen Partei gegeben haben, in provozierender Weise benommen. Der Herr Präsident

hat sich veranlaßt, diesen kecken Kerl aus dem Saale zu weisen. Dieser Mann war der aktive Gendarmerieinspektor Alfred Wurzing er. Er hatte bisher folgende Laufbahn. Wurzing er war ein ganz unscheinbarer Gendarmenbeamter und hat sich allmählich zu einem Herrn in einer Weise ausgebildet, daß er seine schwarzgelbe Gesinnung besonders offen zur Schau trug. Gerade dieses Zurschautragen der schwarzgelben Gesinnung war es, das die Christlichsoziale Partei auf diesen Mann aufmerksam gemacht hat. Sie haben ihn nun an ihre Mutterbrust genommen, genau so, wie die Herren bei den letzten Wahlen sowohl im Nationalrate als auch im Landtage das Kompromiß von Schwarz bis Gelb geschlossen haben. Sie haben doch den Repräsentanten dieser Richtung in Ihrer Mitte dort. Es war eine sehr ungeschickte Sache der amtlichen Korrespondenz, daß sie damals die Verbrüderung zwischen Schwarz und Gelb amtlich festgelegt hat und den Herrn Kollegen Sagburg als den Vertreter der monarchistischen Partei auf Ihre Christlichsoziale Liste gemeldet hat. Ebenso ist natürlich innerhalb Ihrer ganzen Verwaltung, dieser schwarzgelbe Zug etwas lebhafter geworden. Dafür hat sicher der Repräsentant gesorgt und es ist daher kein Wunder, daß man versucht, innerhalb der Exekutivkörper dieses Landes ganz offenkundige schwarzgelbe Politik, schwarzgelbe Tradition, zu fördern. (Pfeif-Muse.) Die Beamten der Exekutive sind auf den Eid der Republik verpflichtet und trotzdem scheuen sich einige Beamte nicht, trotz ihrer Betätigung für die schwarzgelbe Propaganda, von dieser Republik den Gehalt einzustecken. Nun, hohes Haus, dieser Herr Wurzing er, von dem ich nun hier gesprochen habe, war zuerst auf dem Köflacher Bahnhof als Wachorgan eingeteilt. Dort hat er durch Verteilung monarchistischer Flug-schriften die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken ge-wußt. Was war das erste? Daß Rintelen, den Förderer dieser Bewegung — das kann man ruhig behaupten und beweisen — den Mann in die Aus-forschungsabteilung der Gendarmerie gegeben hat. Wurzing er betreibt nun dort die schwarzgelbe Pro-paganda. Natürlich macht er nicht viel Dienst, weil er aus obenerwähnten Gründe und aus dem Grunde, daß er für die Christlichsoziale Partei eben-falls die Agitation betreiben muß, eben zum Dienst-machen keine Zeit hat. Dieser Mann scheut sich nicht, in Uniform in einzelne Häuser zu gehen und dort Wahlsondengelder für die Christlichsoziale Par-tei einzusammeln. (Muse: „Das glauben Sie wohl selbst nicht!“) Im Landesgendarmeriekommando sitzt ja selbst ein Förderer dieser Tradition, der Oberinspektor Zeburg. Da geschieht ihm nichts und er wird auch nicht zur Verantwortung ge-zogen. Dieser Mann hat nun folgende Frechheit auf-gebracht. Er wurde vom Herrn Präsidenten des Saales verwiesen. Auf der Stiege hat er dann fol-genden Ausspruch getan: „Saurepublik, der Kaiser muß wieder her!“ Sehen Sie, das ist ein auf die Re-publik vereideter, aktiver Gendarmenbeamter dieses Landes, aber er ist noch mehr, er ist nach

einer Notiz im „Grazzer Volksblatt“ vom 3. Dezember 1925 im 3. Bezirke von Graz, wo der Herr Landesrat Paul als Obmann der Lokalorganisation fungiert und der Polizeikommissär Reckenzau als dessen Stellvertreter, Parteikassier dieser Lokalorganisation. (Lärm.)

Meine Herren von der Gegenseite! Ich weiß natürlich, daß es Ihnen weh tut, wenn man die Verbindung, die Sie mit den Monarchisten, mit den Leuten der Vergangenheit herstellen, so öffentlich aufzeigt. Damit Sie sich noch mehr aufregen können und um zu beweisen, wie innig verknüpft die Christlichsoziale Partei mit den Schwarz-gelben ist (Rufe bei den Christlichsozialen: „Ist sie nicht!“), möchte ich an der Hand eines Flugblattes darlegen. Dieses Flugblatt ist herausgegeben vom Reichsbund der Österreicher, Land Steiermark, und ist betitelt „Osteraktion für die kaiserliche Familie“. Dort heißt es: „Die von den Getreuen der Kaiserstadt Wien ausgehende Anregung . . .“ und weiter „Soll das Osterfest heuer nicht vorübergehen lassen, ohne der kaiserlichen Familie ein sichbares Zeichen der treuen Anhänglichkeit zu geben“. Und nun sehen wir uns an, wer auf diesem Flugblatt unterschrieben ist. Wieder Vertreter der Christlichsozialen Partei, unter anderen der Landtagsabgeordnete Anton Spak (Rufe: „Oho!“), und nun verstehen wir auch folgendes. Der Herr Abg. Spak hat gestern hier im Saal einen Besuch bekommen, der auf michweisend fragte, wer dieser Herr in Uniform sei. Und da Herr Abg. Spak weiß, daß ich eben einer von jenen bin, die ihren Eid halten, ein Republikaner durch und durch (Beifall bei den Sozialdemokraten), hat es der Herr Abg. Spak nicht unter seiner Würde gefunden — ich erzähle dies nur zur Charakteristik Ihrer schönen christlichen Moral — mich als von der Karlsruher gekommen zu bezeichnen. (Lebhafte Pfuirufe bei den Sozialdemokraten. — Spak: „Es war anders!“) Jedes weitere Wort erübrigt sich darüber. Wir wissen, wer Herr Spak ist, die Öffentlichkeit wird auch wissen, wer ich bin und wird sicherlich nicht glauben, daß die Anschauung des Herrn Spak die richtige ist. Damit Sie noch besser verstehen, daß der erwähnte Zusammenhang ein ziemlich inniger ist, sage ich Ihnen weiters, daß auf dem Flugblatt des Bundes der Österreicher in Steiermark auch andere Leute Ihrer Partei unterschrieben sind, und zwar einer, der ebenfalls unter dieser Verschleuderung von Landesgeldern sehr oft genannt wird, das ist der Gemeinderat und Rechtsanwalt Dr. Robert Drel. Auf dem Flugblatt sind weiters folgende Personen unterschrieben: Hermann Freiherr von Kirchner, Fritz von Riedl, Rittmeister, Hofrat Graf Belligni von Crum, Peter Maier — und damit die holde Weiblichkeit dabei nicht fehle — auch Frau Baronin Morsey, Präsidentin der katholischen Frauenorganisation in Steiermark. Nun, leugnen Sie noch immer, daß Sie gemeinsame Sache machen mit den Reaktionsären, gemeinsame Sache machen mit den

Schwarz-Gelben dieses Landes? (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Rufe: „Beweisen Sie es!“) Nun, meine Herren, Sie wollen weitere Beweise haben, bitte schön. Eben einer dieser Unterschriebenen ist der Maria-Theresien-Ordensritter Hauptmann Kirchner. Dieser Mann hat heute noch die beste Verbindung mit dem Gendarmeriekommando. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Sie wollten ja Beweise, ich bringe sie eben. Gerade dieser Herr Kirchner hat im Gendarmeriekommando interveniert und wurde Revierinspektor Glanz auf Grund dieser Intervention sofort nach Gösting überfetzt. Daraus sieht man, wie die Verwaltung in diesem Lande geführt wird. Auch Bundesrat Hocheneder hat dieses Beispiel des Herrn Kirchner noch zu erweitern versucht und hat beim Gendarmeriekommando den Wunsch geäußert, daß der Patrouillenleiter Gottfried Ortner von Spielfeld nach Graz transferiert werde. Man braucht also nur den Wunsch eines Monarchisten hören, wie im Falle Kirchner, oder eines christlichsozialen Mandatars, wie im Falle Hocheneder, dann wird sofort vom Gendarmeriekommando die Transferierung durchgeführt, während, wenn Gendarmen beim Kommando um Transferierung ansuchen, die auswärts stationiert sind, deren Kinder in Graz die Schule besuchen, die Transferierungsbitten abgewiesen werden, weil es die Dienstverhältnisse angeblich nicht erlauben. Ich meine . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Geschäftsordnung sieht nur 20 Minuten Redezeit vor und diese sind bereits abgelaufen, es wird nichts dazugegeben. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die Geschäftsordnung sieht 20 Minuten vor und sonst nichts. Ich bitte, ich entziehe Ihnen hiemit das Wort.

Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter das Wort.

Riegler: Mir ist der Fall nicht bekannt, ich werde ihn untersuchen lassen und wenn mir das Material zur Verfügung stehen wird, werde ich die gestellte Anfrage des Herrn Abg. Rosenwirth beantworten.

Oberzaucher: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Debatte. (Der Antrag wird unterstützt.)

Präsident: Die Unterstützung ist gegeben, Herr Landesrat Oberzaucher hat das Wort.

Oberzaucher: Dem Kollegen Rosenwirth wurde das Wort entzogen, so daß er seine Ausführungen nicht beenden konnte, und die Anfrage, die er sicherlich am Ende seiner Rede an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter gerichtet hätte, mußte daher unterbleiben. Ich bin aber überzeugt, daß Kollege Rosenwirth dies in der Debatte nachholen wird. Ich möchte aber diese Anfrage, die von unseren Kollegen hier im Hause

wegen des unqualifizierbaren Benehmens des Gendarmen Wurzinger gestellt hat, benützen, um auf einige Vorfälle zurückzukommen, die sich während der Begründung der Anfrage des Abg. Rosenwirth abgespielt haben. Da hat sich vor allem der Oberst Sagburg, ich glaube, er ist Oberst, berufen gefühlt, den Kollegen Rosenwirth, der aktiver Offizier der Reichswehr ist, zuzurufen, der Monarchist Kirchner ist tapferer, als Sie es im Kriege waren. Ich bin überzeugt und Sie wahrscheinlich auch, daß ein Offizier der aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen ist, seine Medaillen ehrlicher erworben hat als die Offiziere vom Rang des Kirchner (Pfeife bei den Sozialdemokraten — Rufe: „Monarchisten hinaus!“ — Regner: „Gestern hat der Landeshauptmann dem Abg. Gföller gesagt, er findet es unter seiner Würde mit ihm zu sprechen. Das ist ein Kriegskrüppel!“ — Stamež: „Ein Skandal ist das!“ — Dr. Engge: „Aus anderen Gründen!“ — Stamež: „Die hochnasige Offiziersrasse soll man hinausjchmeißen!“ — Lärm.) Ich bitte, der Herr Oberst Sagburg hat die Beschmacklosigkeit aufgebracht. (Sagburg: „So geschmacklos, wie Sie bin ich nicht!“ — Großer Lärm. — **Präsident** gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Der Herr Abg. Sagburg, ich wiederhole, hat die Beschmacklosigkeit aufgebracht, einen ehrlichen, republikanischen Offizier einem monarchistischen Offizier gegenüberzustellen und die Verdienste des republikanischen Soldaten zu messen an jenen des monarchistischen Offiziers, der seine Pension wahrscheinlich auch von der Republik bezieht. Ich möchte aber weiter hier erklären, daß auch der Herr Oberst Sagburg von seiner Partei als Monarchist hier in den Landtag kandidiert und vorgestellt wurde. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Sie haben hier in diesem Hause das Gelöbnis auf die Republik abgelegt (Sagburg: „Das habe ich mit vollem Rechte!) aber Ihre Äußerungen, Ihre Gesinnung (Sagburg: „Woher wissen Sie meine Gesinnung?“) Ihre Taten bezeugen es, daß sie noch immer der alte Monarchist sind. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „So ist es!“ — Sagburg: „Ich frage Sie, Herr Oberleutnant Rosenwirth, ob ich meine Pflicht getan habe in der Republik oder nicht?“ — Rosenwirth: „Ja! Pflicht getan!“ — Sagburg: „Sie wissen es am besten! Er getraut sich nicht vor seinen Genossen, mir das Zeugnis auszustellen.“ — Zwischenruf Möstl. — Unruhe. — Sagburg: Ich werde Ihnen vorlesen. Ihre Zuschrift vom Jahre 1920, wo Sie mir als abtretendem Soldatenrat für meine Tätigkeit den Dank ausgesprochen haben. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Aber auch der andere Herr, der heute für den ausgewanderten Dr. Jakob Ahrer eingetreten ist, bemüht sich ganz besonders bei dieser Debatte, für den Monarchisten Wurzinger einzutreten. Er brüllt und schreit, als ob er heute uns beweisen müßte, daß er neu ist im Landtage. (Möstl: „Ich ausgewandert? Ich war früher schon im Landtage!“ — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Abgeordneter

Möstl, ich möchte mich nicht allzu sehr über die Sachdemobilisierung auslassen (Rufe bei den Sozialdemokraten: „So ist es!“ — Unruhe. — Pfeiffer: „Jetzt hat es ihm die Rede verschlagen!“) denn Sie haben sich während der Sachdemobilisierung Vorbeeren geholt, Vorbeeren, die allerdings mit klingender Münze eingelöst wurden. Nun, Sie haben jedenfalls Ursache, hier ganz besonders für die Monarchisten einzutreten und Sie haben Ursache hier sehr laut zu schreien, damit man aufmerksam wird. (Unruhe. — Regner: „Der kleine Ahrer!“)

Nun möchte ich mich mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Kieglers beschäftigen, der nur kurz erklärt hat, er wird die Sache untersuchen lassen und wird dann einen Bericht vorlegen. Ich meine, daß ein solcher Anlaß, wenn Beamte der Republik, die von der Republik bezahlt werden, die die Güter der republikanischen Geseze sein sollen, sich derartiges zuschulden kommen lassen, ich meine, daß da der Herr Landeshauptmannstellvertreter schon einige warme Worte für die Republik und für die Aufrechterhaltung (Aust: „Kieglers aufpassen!“) für die Erhaltung der Geseze finden würde. Aber es handelt sich in diesem Falle, wie ich gehört habe, um einen christlichsozialen Parteigänger und da darf selbst der Herr Landeshauptmann in seinem Amte nicht allzuviel reden, damit er dem monarchistischen Flügel in seiner Partei nicht allzu wehe tut. Wir aber müssen darüber reden; und wenn schon dem ersten Redner das Wort abgeschnitten wurde so müssen Sie erlauben, daß auch ich noch einige Worte zu dem bereits hier Gesagten anschließe. Wir wissen sehr genau, daß das Gendarmeriekommando nicht so amtiert und es nicht von jener Gesinnung beseelt ist, wie ein aufrechter Republikaner es wünscht. Bestärkt wird das Gendarmeriekommando in dieser Gesinnung dadurch, daß die Landesregierung und der Landeshauptmann sich nicht schärfstens gegen solche Auswüchse kehren, die immer wieder Gegenstand von Beschwerden bilden. (Zenz: „Erst müssen sie festgestellt sein!“) Es sind schon viele Dinge vorgekommen, die beweisen, daß sich die Kommanden der Gendarmerie nur deshalb derart reaktionär benehmen können und nur darum die Zelburg und Genossen bei der Gendarmerie Kommandanten sein können, weil sie von dieser Landesregierung geduldet werden. (Rufe: „So ist es!“) Wir wissen schon seit Peinlich, dem seligen ehemaligen Gendarmeriedirektor, daß der Geist Peinlichs im Kommando nicht ausgestorben ist. (Bravo! Rufe bei den Christlichsozialen — Pfeil! Rufe von soz. Seite.) Es dient noch heute bei der Gendarmerie, ein Oberinspektor namens Zelburg, der offiziell erklärt hat, er ist Monarchist, er findet es mit seiner Gesinnung vereinbarlich, Exekutivbeamter der Republik zu sein, sich von der Republik bezahlen zu lassen und ist Monarchist. Wenn natürlich eine derartige Gesinnung bei den Kommanden der Gendarmerie vorherrscht, ist es begreiflich, daß auch die unteren Organe, wie dieser

Wurziinger, sich erfreuen, derartige Bemerkungen öffentlich zu machen. Die Gendarmerie war seit jeher vom ehemaligen Landeshauptmann Dr. Rintelen verhättselt und gerade die monarchistisch angehauchten Gendarmeriebeamten bildeten dessen Schutzgarde. Ob Dr. Rintelen nachhause gefahren ist, ob er nach Wien gefahren ist, wo er immer gefahren ist, wie ein Schatten begleiteten ihn ein bis zwei Gendarmeriebeamte, die ebenfalls als Monarchisten angesprochen werden können. (Rufe von soj. Seite: „Er hat ein böses Gewissen!“ — Wolf: „Die werden jetzt vagierend werden!“) Wie diese Gendarmerieinspektoren, diese Unterorgane je nach ihrer Gesinnung behandelt werden, möchte ich Ihnen auch noch kurz in Erinnerung bringen. Es war, glaube ich, vor zwei Jahren, da wurde ein Gendarmeriebeamter, der der freien Gewerkschaft der Gendarmerie angehörte, beim Zeitungslesen während des Dienstes am Bahnhofe von seinen Vorgesetzten betreten. Der Mann wurde wegen Zeitungslesens zu einer ziemlich scharfen Strafe verurteilt, er wurde im Gehalte gekürzt und hat noch seine Punkte in der Qualifikationsliste erhalten. In kurzer Zeit darauf wurde ein anderer Gendarmeriebeamter der unteren Kategorie in der Wachhütte am Bahnhofe während des Dienstes schlafend angetroffen. Dieser Mann hat gar keine Strafe erhalten, (Rufe: „Hört!“) aber er war bei der klerikalen und monarchistischen Organisation organisiert. Diesem Mann wurde nur eine Zuschrift geschickt, in der stand, er möge sich künftighin zusammennehmen, schlafen im Dienste sei nicht erlaubt; eine schärfere Strafe als eine Ermahnung, hat das Gendarmeriekommando erklärt, könne man dem Manne nicht geben, weil eine schärfere Strafe auf seine Dienstesfreudigkeit einen schlechten Einfluß haben könnte. So werden Gendarmeriebeamte vom Kommando je nach ihrer Gesinnung verschieden behandelt; daraus ist zu erkennen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, und daß es bei der Gendarmerie gerne gesehen wird, wenn Gendarmen eine reaktionär-monarchistische Gesinnung zeigen. Wir haben alle Ursache, daß wir uns gegen diese Auswüchse, diese Vorkommnisse schärfstens kehren. Landeshauptmann Kiegler hätte schon in seiner Antwort einiges darüber sagen können, er hätte sagen können, daß er sich bemühen wird, diesen Zustand bei der Gendarmerie zu ändern, daß er kraft seines Amtes, ihm untersteht ja die Gendarmerie dienstlich, verfügen wird, daß diese reaktionären Beamten entfernt werden, daß er eine strenge Untersuchung einleiten wird, daß es seine Pflicht ist, als republikanischer Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark diesen Dingen entgegenzutreten. Aber wir haben gehört, daß er nur einige Worte zur ganzen Sache gefunden hat; „er wird das untersuchen lassen.“ Endlich, das wissen wir ja, wird der ganze Effekt der sein, daß eine kurze nichts sagende Erklärung abgegeben wird. Dem Wurziinger wird nichts geschehen, wenn man nicht seine strenge Bestrafung, die Ausstoßung aus dem Gendarmeriekorps verlangt. Ich möchte aber zur Ehre der Gen-

darmariebeamten hier sagen, nicht alle sind Anhänger der alten Ordnung, wenn es auch zum Teile der Fall ist. Ein großer Teil, fühlt sich noch vielfach als Vertreter jener Tradition, mit der wir gebrochen haben und mit der wir brechen müssen, wenn sie noch irgendwie lebendig sein sollte. Da ist es notwendig, meine Damen und Herren, daß wir diesen Vorfall des Gendarmeriebeamten Wurziinger zum Anlaß nehmen, wirklich ein Exempel zu statuieren. Wir dürfen diesen Vorfall nicht so ausgehen lassen, daß wieder eine formelle Untersuchung geführt wird, bei der schon von vorher ein nichts herauskommen darf, sondern wir müssen verlangen, daß auf Grund einer ernstlich geführten Untersuchung, unter Beiziehung von Zeugen, die bei diesem Vorgang anwesend waren, versucht wird, dem Manne nachzuweisen, er wird es ja leugnen, daß er diese Worte gebraucht hat; den Mann dadurch zu zwingen, entweder selbst zu gehen oder, wenn er es mit seiner Gesinnung vereinbarlich findet, in der Republik weiterzudienen, dann muß dieser Mann entfernt werden. Das ist unsere ernsthafte Forderung und wir müssen an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Aufforderung richten, daß er in diesem Sinne untersuchen läßt und in diesem Falle wirklich ein Exempel statuiert.

Rosenwirth: Hohes Haus! Leider konnte ich vorhin durch die Wortenziehung des Herrn Präsidenten nicht zum Schlusse kommen. Es ist aber notwendig, daß in der Sache noch einiges klar wird, damit das hohe Haus sieht, daß es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, sondern daß tatsächlich das System Rintelen die Ausübung der schwarzgelben Agitation innerhalb der Exekutivkörper fördert. Der Chef dieses Landes, der Chef der herrschenden Partei in diesem Lande, sieht daher auch ruhig zu, wie schwarzgelbe Tradition innerhalb der Republik, innerhalb der Exekutiveinrichtungen dieses Landes durchgeführt wird. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß es bei der Gendarmerie an vielen Dingen fehlt. Hier haben Sie nur ein Blicklicht im Falle des Herrn Wurziinger.

Der zweite Mann, der die Förderung dieser Tradition betreibt, ist der Herr Zeliburg. Auch von dem wird niemand leugnen, nach alledem, was über diesen Mann bekannt ist, daß er schwarzgelbe Politik betreibt. Er hat persönlich zugegeben, daß er ein Monarchist sei. Meine Damen und Herren, bezweifeln Sie es noch, daß die Verwaltung dieses Landes unter einem schwarzgelben Einschlag durchgeführt wird. Der Herr Oberinspektor Zeliburg betreibt innerhalb der Gendarmerie ganz offenkundig diese reaktionären Aktionen und seine Günstlinge sind eben einige Gendarmeriebeamte vom Schlage eines Wurziinger. Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich gewiß noch an die Absetzung des Gendarmeriedirektors Peinlich, der ebenfalls ganz offensichtlich diese Tradition, diese schwarzgelbe Gesinnung innerhalb der Gendarmerie weiterverpflanzt hat. Nun war es eigentümlich oder besser gesagt selbstverständlich, das Abg. Sagburg als Vertreter dieser Richtung in diesem hohen Hause,

über meine Ausführungen sehr erregt ist, weil auch er es verschleiern möchte, weil auch er nicht offen zugeben will, daß diese Tradition von der Christlichsozialen Partei gefördert und durchgeführt wird. Die amtliche Nachrichtenstelle hat dies dokumentiert und wenn Oberst Sagburg sagt: „Ich habe doch immer meinen Dienst erfüllt,“ dann frage ich den Herrn Oberst, ist es nicht verfluchte Pflicht und Schuldigkeit jedes Staatsangestellten, seinen Dienst zu erfüllen? Ich meine aber, Herr Oberst, das schließt ja nicht aus, daß Sie Ihre schwarzgelbe Tätigkeit entfalten. (Sagburg: „Woher wissen Sie denn das?“) Woher ich das weiß? (Sagburg: „Erzählen Sie mir's!). Ich will es Ihnen erzählen. Ich wollte nicht indiskret werden, aber wenn Sie auch das wollen, ohne weiters. Gelegentlich einer Unterredung zwischen Oberst Sagburg und mir versuchte Oberst Sagburg, mir auszurechnen, daß er Monarchist sei, beklagte sich weiters bitter, daß er in diesem hohen Hause wahrscheinlich nicht so leicht zum Worte kommen wird und hat das als sehr undemokratisch bezeichnet, weil er als Monarchist gebrandmarkt sei und die republikanische Partei, die Stütze der Republik, ich meine meine Partei, eben ihn überschreien werde, wenn er in seiner monarchistischen Tonart beginnt. Ich erinnere Sie daran, daß Sie mir erklärt haben, Sie haben die Verbindung mit diesen Kreisen, Sie sind dort, aber Sie wollen diese Leute eben herüberziehen in die Christlichsoziale Partei. Herr Oberst Sagburg, ich kann mir das nicht aus dem Finger ziehen, wenn es nicht Tatsache gewesen wäre und ich hätte es hier nicht erklärt, wenn Sie mich dazu nicht aufgefordert hätten. (Sagburg: „Sie können auch sagen, was Sie sich vorstellen. Nicht ein Wort ist wahr!“) Das ist natürlich immer so, nur das Offiziersehrenwort, das hoch gehalten wird, ist maßgebend, während jede Anzeige, welche gegen einen der Herren vom Schlage Sagburg erstattet wird, unwahr ist. (Zwischenruf.) So zum Beispiel bei Ihrem Gefinnungsfreund, dem Herrn Prass, Oberstleutnant im Alpenjägerregiment Nr. 9. Wenn eine Anzeige erstattet wird, ist alles nicht wahr und das Offiziersehrenwort gilt heute in der republikanischen Armee viel mehr als 20 Auslagen republikanischer Wehrmänner. Meine Damen und Herren, schauen Sie den Fall des Oberstleutnant Prass an! Als der frühere Kaiser Karl verstorben war, hat es dieser Herr mit seiner Würde als republikanischer Offizier vereinbarlich gefunden, daß er durch vier Wochen in- und außerhalb des Dienstes einen Trauerflor am Arme getragen und erklärt hat, weil man ihm Beileidskundgebungen übermitteln wollte: „Ich trage diesen Flor für meinen verstorbenen Kaiser.“ Dieser selbe republikanische Offizier hat gelegentlich einer Straßenbahnfahrt in Graz vom Schaffner eine Karte verlangt nach dem Kaiser-Josefs-Platz. Der Schaffner fragte den Herrn Oberstleutnant: „Warum betonen Sie das Kaiser so besonders?“ und da hat dieser republikanische Offizier in Uniform des republikanischen Heeres erklärt: „Ich habe noch einen Kaiser.“ Sehen Sie, meine Herren, das ist das

System, daß Sie in die Exekutivkörper verpflanzen, die Tradition, die Sie bei jeder Gelegenheit, in jeder Weise innerhalb unserer Reihen entfalten. Meine Damen und Herren, da ist es natürlich verständlich, warum man die Wehrmacht der Republik mit der Frontkämpferversammlung, mit den verschiedenen Kameradschaftsvereinigungen zusammenspannen, sie zusammen der Öffentlichkeit vorführen will, da ist es auch verständlich, warum Sie so sehr darauf bestehen, unsere republikanischen Wehrmänner gegen ihren Willen zur Frohnleichnamsprozession zu kommandieren. Sagen Sie, Herr Sagburg, ob die Teilnahme an allen diesen Festen, an allen diesen traditionellen kirchlichen Einrichtungen so freiwillig ist oder ob man unsere jungen Männer draußen hineinpreßt, indem man sie unter einem dienstlichen Druck stellt, damit sie bei diesen Feierlichkeiten als Parade der Christlichsozialen Partei fungieren (Zwischenruf: „Ist das gegen die Republik?“). Gegen den freien Willen ist es. (Zwischenruf: „Das ist doch das Bekenntnis eines Glaubens!“) Aber, meine Herren, warum pressen Sie die Leute dazu, daß sie in der Barmherzigenkirche Grabwache stehen müssen usw. (Zwischenruf: „Pressen Sie nicht unsere katholischen Kinder in Ihre Ziehkindervereinigungen hinein!“). Nun sehen Sie, das ist der Kampf, den die republikanischen Wehrmänner in der Wehrmacht führen, den die republikanischen Gendarmen innerhalb der Gendarmerie führen, das ist der Kampf, den die Polizeibeamten der Republik gegen das System, gegen den Rintelenismus in diesem Lande führen. (Riegler: „Ich habe gesehen, daß die Polizei nicht imstande ist, dem Herrn Landeshauptmann Platz zu machen, wenn er in die Kanzlei geht. Das waren gewiß keine Christlichsozialen Polizeimänner!“). Bitte schön, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie glauben, daß diese Beamten ihren Dienst nicht machen... (Riegler: „Haben ihn nicht gemacht!“). Wenn ein Einzelfall vorhanden ist, daß einer seinen Dienst nicht macht... (Riegler: „Da soll man sich nicht aufregen!“). Haben Sie es nicht ohne weiteres zur Verfügung, dem Herrn Polizeidirektor Mitteilung zu machen, damit er diesen speziellen Fall unterjagt. Wir wissen, was da vorgeht, wir wissen auch genau, was Sie hier bezwecken wollen. (Riegler: „Wir kennen auch Ihre Ziele!“). Sie sollen wissen, daß wir für die Republik eintreten und für diese Verfassung unseren Dienst unter allen Umständen leisten. Wenn man natürlich die Christlichsoziale Partei als schwarzgelbe Partei entlarvt sieht, dann dürfen Sie keinen Anspruch darauf erheben, republikanisch genannt zu werden. Über dieses System der Korruption, diese schwarzgelbe Tradition, das System der Protektion innerhalb dieser Körperschaft werde ich zu einem späteren Zeitpunkte sprechen. Wir haben Zeit. Die Wahl des Landeshauptmannes ist für uns nicht dringend. Wir werden Gelegenheit haben, die Gendarmerie, die Polizei, bis in die kleinsten Details kennen zu lernen. Da werden die Herren sehr oft aufschreien und sagen, das ist nicht wahr. Aber, meine Herren, das, was ich hier er-

kläre, kann ich Ihnen beweisen, dafür Belege bringen.

Nun zum Schlusse noch: warum hat weder Landeshauptmann Rintelen noch der damalige Stellvertreter Ahrer auf die ausdrückliche Frage des Genossen Machold, ob Sagburg Monarchist ist oder nicht, bis heute keine Antwort gegeben. Diese Nichtabgabe der Antwort ist natürlich auch eine Antwort. Wir verstehen auch das genau, genau so, warum wir auch heute vormittag auf mehrere Fragen keine Antwort erhalten haben. Das eine sage ich Ihnen, wenn Sie Ihre bezahlten Leute, die Sie aufstellen, die zu Ihnen in Abhängigkeit gebracht werden, dazu verwenden, solche Artikel zu schreiben, wie es mein Freund Leichin bereits heute angeführt hat, dann wünsche ich Ihnen viel Glück. Ich würde über diesen Artikel nicht ein Wort verloren haben, denn der Mann bezeichnet sich dort selbst als der, der er ist. Ich kenne den Herrn, weiß, daß er ebenfalls Monarchist durch und durch ist und daß er deshalb, weil er nicht in die republikanische Wehrmacht übernommen worden ist, von Rintelen in die Steirerbank gesetzt wurde und daß er von dort in das Bauamt des Landes übernommen worden ist. Dieser reaktionäre Herr schreibt hier: „Oberleutnant Rosenwirth fühlt sich in die Zeit zurückversetzt, wo er als Ordonanz die Schuhe des Vormeisters gepußt hat und die Stube scheuerte.“ Ja, ich schäme mich nicht, ich habe als Kanonier angefangen und bin vom Kanonier bis zum Offizier vorgerückt. (Rufe: „Ohne Korruption!“). Das eine möchte ich der Gegenseite sagen, erkundigen Sie sich bei allen meinen bisherigen Vorgesetzten, ob ich ein Soldat war oder nicht. Ich sage Ihnen, ich will mich nicht persönlich reinwaschen, es bedarf keines Reinwaschungsversuches — ich war im Krieg als Stellvertreter, habe von der großen silbernen bis zur letzten alle Auszeichnungen besessen und habe die Offiziersschule in Wien mit Vorzug absolviert, obwohl ich als Vertrauensmann des Militärverbandes in der Offiziersschule war, also sicher keine Protektion besaß. Wenn der Artikelschreiber sagt, dieser Mann ist ein Schimpf und eine Schande für das Offizierskleid, ihm gehört statt des Säbels ein Krampfen und statt des Portpees ein Rälberstrick, dann ist es eben der Beweis, daß dieser Artikelschreiber eine Schande für das republikanische Offizierskleid wäre und daß er eben mit diesem Rälberstrick in den Feldhof geführt gehört. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Redezeit von 20 Minuten ist abgelaufen.

Rosenwirth: Ich habe ...

Präsident (unterbrechend): Ich entziehe Ihnen das Wort.

Machold: Zur Geschäftsbehandlung bitte ich ums Wort.

Präsident: Ich stelle vor allem an Sie die Frage, ob Sie einen formellen Antrag zur Geschäftsbe-

handlung stellen (Machold: „Ja!“) Ich erteile Herrn R. Machold das Wort.

Machold: Hohes Haus! Auf Grund der Geschäftsbehandlung habe ich mich zum Worte gemeldet u. zw. aus folgendem Grunde: der § 58 der Geschäftsordnung über die dringliche Verhandlung der Anfragen an ein Landesrechnungsmitglied besagt in seinem letzten Absätze folgendes: „Bei Begründung einer dringlichen Anfrage und in der Wechselrede darf kein Redner länger als 20 Minuten sprechen.“ Der Herr Präsident hat meinen Kollegen Rosenwirth das erstemal nicht weiter sprechen lassen und hat sich auf den Standpunkt gestellt, die 20 Minuten, seit er angefangen hat, sind um. Ich kann dieser Interpretation nicht zustimmen. Der Redner hat das Recht, 20 Minuten zu sprechen. Der Präsident hat die Pflicht, ihm die Möglichkeit zu bieten, daß er 20 Minuten sprechen kann. Wenn er die Möglichkeit nicht hat, so muß die Redezeit so lange verlängert werden, bis er 20 Minuten gesprochen hat. Ich halte diese Interpretation für die einzig richtige und möchte an folgendem Beispiele demonstrieren, daß sie die richtige ist. Ich bitte, Sie stellen eine dringliche Anfrage. Wir verhindern das. Durch Tumult kommt Ihr Redner durch 20 Minuten nicht zum Worte und kann nicht reden. Ich halte dafür, daß diese Enunziation des Herrn Präsidenten, den ich übrigens sehr hoch schätze, unrichtig ist und korrigiert werden muß. Ich stelle den Antrag, daß über diese Interpretation in eine der nächsten Obmännerkonferenzen beraten werde und daß dort entschieden werde, ob der Präsident oder ich mit meiner Interpretation im Rechte bin.

Präsident: Nachdem der Herr R. Machold ohnedies den Antrag stellt, daß eine Anfrage an die Obmännerkonferenz zu stellen ist, so erübrigt es sich für mich, eine Begründung zu geben. Ich werde diese in der Obmännerkonferenz geben. Ich betone, daß ich nach wie vor der Überzeugung bin, daß meine Interpretation die richtige ist.

Ich ersuche die Herren, welche dem Antrage des Herrn R. Machold zustimmen, daß die Interpretation über die Auslegung des § 58 der Geschäftsordnung zur Entscheidung der Obmännerkonferenz zugewiesen werde, die Hand zu erheben (Geschlecht.) Dieser Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Die Frage wird also in der nächsten Obmännerkonferenz zur Entscheidung kommen. Als nächster Redner gelangt zum Worte Herr Abg. Ruschak.

Ruschak: Hohes Haus! Es hat uns eigentümlich angemutet, die Aufregung von einigen Vertretern der Bauernschaft bei den Ausführungen unseres Kollegen Rosenwirth, als er das System des gewissen Landeshauptmannes, des Ministers Rintelen, in der Bevorzugung der monarchistisch gesinnten Offiziere geschildert hat. Es beliebte die Gegenseite, das so darzustellen, als sei das nur ein eingebildetes Gespenst, als sei die monarchistische Gefahr überhaupt in der Republik

Österreich nicht vorhanden. Ganz besonders hat sich auch Kollege Möstl hervor getan, der sich ganz besonders ereifert hat, weil Kollege Rosenwirth diesen Fall so markant gekennzeichnet hat. Ich bin überzeugt, daß gerade Kollege Möstl, als im Jahre 1918 die Bauernschaft von den Folgen des Krieges überlastet war, sich ja gehütet hätte, in einer ähnlichen Form, wie heute, seine Zustimmung zu geben. Wenn die Herren auf der anderen Seite so tun, als wenn nichts geschehen sei, keine Korruption Ungarns auf uns stattgefunden hätte, dann wundere mich Ihr kurzes Gedächtnis. Hat man vergessen, daß gerade im Lande Steiermark im Jahre 1919 Waffenraube bestimmter staatlicher Waffendepots stattgefunden haben, der Waffenraub von Fürstenfeld, Feldbach und Hartberg? Es hat sich interessanter Weise herausgestellt bei der Affäre der Weizelsdorfer Sokolfälschung, daß auch in Ungarn von den ungarischen Insurgenten zugegeben wurde, daß sie mit den in Feldbach, Fürstenfeld und Hartberg geraubten Waffen auf österreichische Wehrmänner geschossen haben und daß es monarchistische Kreise waren, die jenen Herrschaften es ermöglicht haben, den Waffenraub durchzuführen. Glauben Sie, wir haben vergessen, die Haltung bei der Besetzung des Burgenlandes im Jahre 1921? Es war der ausgesprochene monarchistische Propaganda zuzuschreiben, daß man im Auslande Stimmung gemacht hat, daß die österreichische Seeresmacht nicht das Burgenland besetzt, um den ungarischen Monarchisten eine Gefälligkeit zu erweisen. Wenn es zu solchen Opfern, wie zu dem Verluste von Ödenburg gekommen ist, so braucht man sich nur an die Ausfoge zu halten, die Ministerpräsident Friedrich in Ungarn abgegeben hat, welcher darauf hingewiesen hat, daß es mit Unterstützung gewisser Kreise gelungen ist, Ödenburg für Ungarn zu erhalten und im Burgenlande bei den Kämpfen auf die innige Unterstützung gewisser Kreise zu zählen. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß bei der Untersuchung der Weizelsdorfer Banknotenfälschungen festgestellt wurde, daß der so oft genannte Herr Huber mit dem ungarischen Insurgentenchef Besprechungen gehabt hat und es ist bezeichnend für die republikanische Treue und Auffassung, daß man Herrn Huber ein solches Amt zugewiesen hat, wahrscheinlich zum Danke, daß er weitere Aspirationen gegen die Republik zur Verfügung stellen kann. Oder ist es in Vergessenheit geraten, daß Graf Sigran im Jahre 1921/22 sich mit noch einem anderen Herrn bemüht hat, uns auszukundschaften? Für sein Privatvergnügen hat er das sicherlich nicht getan, sondern es mußte einen bestimmten Zweck gehabt haben, daß er sich über die Organisationsverhältnisse bei den österreichischen Eisenbahnen unterrichtet hat, genau unterrichtete über die Verhältnisse des Personals bei den burgenländischen Anschlußbahnen. Wenn man mir vielleicht entgegenhält, daß alle diese Dinge am Bestande der Republik nichts geändert haben, so ist dies richtig, aber daß sich nichts geändert hat, war nicht das

Verdienst gerade dieser Herrschaften, die so ostentativ ihre Meinung zum Ausdruck bringen, sondern zwei Faktoren haben es abgehalten, vor allem die Arbeiterschaft, unterstützt von weiten Kreisen der Bevölkerung. Ich bin überzeugt, wenn man die Frage aufwerfen würde, wie es unter der Bauernschaft steht, so bezweifle ich, daß unsere Bauernschaft ein großes Prozent Monarchisten hat. Die Bauernschaft hat noch nicht die Behandlung vergessen, die sie seinerzeit in der Monarchie gehabt hat, nicht vergessen, daß zwischen dem Früher und Jetzt ein gewaltiger Unterschied ist. Wenn man auch hier aus einzelnen Kreisen der bäuerlichen Vertreter solche Zurufe hört, so bin ich doch überzeugt, daß dies das Gegenteil der Ansichten bei der Bauernschaft ist. Dies ist darauf zurückzuführen, weil der oberste Chef der Christlichsozialen, Herr Prälat Seipel selbst, er scheut es nicht, offenkundig zu sagen, monarchistisch gesinnt ist, die Republik nur als eine erzwungene Tatsache anerkennt, für die er nichts übrig hat. Diese Ansicht des Herrn Prälaten färbt sich natürlich ab und wenn wir heute vor der Frage stehen, ob Professor Rintelen wieder Landeshauptmann werden soll, so ist es auch, daß wegen seiner monarchistischen Einstellung es dem Herrn Prälaten Seipel empfehlenswert erscheint, ihn nochmals zu empfehlen, wenn er auch selbst gegen ihn manche Bedenken geäußert hat. Man könnte da wesentliche Unterschiede feststellen in der Behandlung zwischen uns und Deutschland. In Deutschland ist eine Reihe von bürgerlichen Parteien, die ebenfalls geschlossen für die republikanische Staatsform eintreten und gerade die Gesinnungsverwandten unserer Christlichsozialen, in Deutschland ist das Zentrum der treuesten Verfechter des republikanischen Gedankens. Man braucht nur die Rede des Reichskanzlers Marx verfolgen, in welcher er ausdrücklich die Beamenschaft auffordert, auf dem Boden der Verfassung der Republik Treue zu halten. Aber wie ist es in Österreich? Die Beamten der Republik werden schikaniert, verdächtigt, abgebaut, es wird getrachtet, ihnen die Existenz unmöglich zu machen, während man für diejenigen, von denen man weiß, daß sie Feinde der gegenwärtigen Staatsform sind, daß sie für die verflornte Staatsform schwärmen, sofort bereit ist, ihnen unter allen Umständen bei Überhebung aller ihrer Fehler, durch Protektion vorwärts zu helfen, um sie auf hervorragende Posten zu stellen. Das ist es, was uns mit Recht mißtrauisch machen muß. Aber darum handelt es sich nicht, wir können uns nicht an Ihre Worte halten, sondern müssen uns nach Ihren Taten richten und diese Ihre Taten, besonders die des verflornten Landeshauptmannes Dr. Rintelen, beweisen, daß ein ausgesprochener reaktionärer Kurs darin bestanden hat, die monarchistischen Elemente zu fördern und zu stärken und die republikanischen Elemente, seien es nun Wehrmänner, Gendarmen oder Polizei, zu schikanieren und womöglich zum Abbau zu bringen. Das

hat der Zwischenruf des Herrn Riegler bewiesen, daß er überhaupt auf die Wehrmänner nicht gut zu sprechen ist. Ich finde überhaupt, daß sich die Stellung wesentlich geändert hat gegenüber früher; ich finde es begreiflich, daß alle jene, die noch reaktionäre Ansichten haben, es der heutigen Republik nicht verzeihen können, daß sie nicht mehr die ehemalige Klasseninstitution haben, die bedingungslose Unterwerfung, daß sie nur auf den Knopf zu drücken brauchten, um die Bataillone hinauszuschicken. Das ist der Haß, den sie gegen die Republik haben, und ihr eifrigstes Bestreben ist, die alte Tradition soll gehoben und gepflegt werden. Man wirft uns immer vor, daß in der neuen Zeit der Republik nicht die Auffassung vorhanden sei, wie früher und daß die Sicherheitskorps, die Wehrmacht, nicht jene Schlagkraft aufweisen, die sie früher aufgewiesen haben. Herr Kollege Rosenwirth hat einige Proben von dem Geiste der Vergangenheit aufgezeigt, wie niedrig gerade dieser Geist der Vergangenheit war. Wenn sich ein gewesener Offizier, der, wie Kollege Rosenwirth ausgeführt hat, durch die Protektion hinaufgekommen ist, sich nicht schämt, einem aus dem Mannschaftsstande sich mühsam emporgearbeiteten Soldaten vorzuwerfen, daß er gedient habe, dann richtet er sich selbst. Der Mann hat nicht einmal die primärsten Kenntnisse der militärischen Geschichte. Ich möchte daran erinnern, die Herren scheinen das nicht zu wissen, daß es einmal eine Zeit gegeben hat, die von Militärhistorikern als eine große angesehen wurde, insbesondere bei den napoleonischen Feldzügen werden wir es finden, wo eine Reihe von Heerführern als gewöhnliche Soldaten begonnen haben und unter Napoleon gegnerische Heere vernichtet haben. Diese gewöhnlichen Fleischhauer oder Bäckergehilfen sind unter Napoleon zu Generälen avanciert und dies ist bezeichnend für den Geist, der damals geherrscht hat; es war möglich, daß auch ein gewöhnlicher Mann zum Offizier avancieren konnte. Aber in unserer alten Armee, in der Monarchie, war dies nicht möglich. Wenn der Mann nicht die Schulen hinter sich hatte, konnte er nicht zum Offizier avancieren, selbst wenn er begabt gewesen wäre, es war ihm der Aufstieg unmöglich. Erst im Jahre 1917 hat sich das Kriegsministerium bewogen gefühlt, allen das Avancement zuzugestehen, nachdem bereits in allen anderen Staaten den gewöhnlichen Soldaten dasselbe zugestanden worden war. Da möchte ich doch fragen, wenn die Herren aufschreien, erblicken sie in der Einstellung des Kollegen Rosenwirth ein Vorgehen, als wenn er nicht ein ehrlicher, pflichtgetreuer Soldat wäre, ein pflichtgetreuer Diener der Republik und dem wird als Zurschutze gehalten, als wenn er ungerecht eine Klage erheben würde. Ich möchte nur das eine aus der Vergangenheit den Herren in Erinnerung rufen. Haben die Herren vergessen, wie man in der Monarchie umgesprungen ist, mit jenen, die nicht bedingslos zu Ihnen gehalten haben? Die Mo-

narchie war lange nicht so langmütig, die Monarchie hat mit Bajonetten die angestammte Treue zum Herrscherhaus erzwungen, sie hat mit aller Macht dahin gearbeitet, im Volke die Suggestion zu erwecken, daß eine auserlesene Familie es sei, die zum Wohle von 50 Millionen Menschen berufen sei, die Geschicke der Bevölkerung zu leiten. Ich kann mich erinnern, mit welcher erbarmungslosen Härte, beim geringsten Wahrnehmen, daß man gegen die Staatsform gesprochen hätte, jeder aus dem Amte entfernt wurde, während hier, wie Herr Kollege Rosenwirth mit Recht sagte, man sich heute gefallen lassen muß, daß Leute, die die Republik als eine Saurepublik bezeichnen und dann das Geld von dieser Republik einstecken. Wir sind der Auffassung, daß, wenn dieser Staat eine Saurepublik ist, dann haben diese Leute hier nichts verloren, aber dieser Herr hat dies mit Absicht gesagt, er hat sich gedacht, dies wird beim Chef und noch höheren Orts mit besonderem Wohlbehagen aufgenommen werden, da kann er vielleicht auf ein Avancement rechnen, wenn man nur auf die Republik kräftige Schimpfworte verliert und die möglichste Mißachtung zeigt. Die Herren werden freilich sagen, sie haben alle ganz besonders ihre Pflicht erfüllt, ganz besonders während der Zeit während des Krieges, des Umsturzes.

Wenn es in Österreich zu keiner schweren Erschütterung gekommen ist, wenn Österreich jener mitteleuropäische Staat ist, in dem sich die revolutionäre Umwälzung gegen die anderen Staaten unblutig vollzogen hat, so ist das nicht zuletzt das Verdienst der Arbeiterschaft. Wenn aus diesem Trümmerhaufen, den das sterbende Österreich darstellte, das Jahrhundert schon am Sterbebette gelegen ist und nicht sterben konnte, doch noch ein Staatswesen Österreich geworden ist, aus diesem alten Österreich, daß durch seine Dynastie und deren Ratgeber noch eines in die Weltgeschichte mitgenommen hat, daß es nämlich die Brandfackel in das Pulverfaß gelegt hat und dadurch mitschuldig geworden ist an dem Weltkriege, so ist das, wie bereits erwähnt, nicht zuletzt ein Verdienst der Arbeiterschaft. Wenn wir uns nun diese Frage vorlegen, wenn wir diese Vergangenheit sehen, dann werden wir finden, daß diese Herrschaften noch immer den Mut haben, trotz des Rückblickes auf die Geschichte, so aufzutreten und man kann das wirklich nur verstehen, weil man der Überzeugung des Kollegen Rosenwirth sein muß, daß die monarchistische Propaganda, die monarchistische Agitation nur deshalb gedeihen kann, weil sie von bestimmten hohen Stellen gefördert und unterstützt wird.

Es hat bereits Kollege Rosenwirth darauf hingewiesen, es bestehe ein offizielles Bündnis zwischen der christlichsozialen und der monarchistischen Partei, es seien gegenwärtig mehrere Fraktionen in der Christlichsozialen Partei vorhanden. Ich erinnere mich zurück an das Jahr 1919, damals hat man noch nicht vom Monarchismus öffentlich zu reden gewagt, u.zw. mit Rücksicht auf die Stim-

mung in der Bevölkerung. Aber nachdem die revolutionäre Zeit vorübergegangen war, nachdem man für allen Jammer des Krieges von gewisser Seite die Republik verantwortlich gemacht hatte, die Sie als Erbe von der verflorenen Staatsform übernehmen haben müssen, nachdem auch draußen auf dem Lande die Stimmung wieder abgeflaut ist, nachdem der Bauer heimgekehrt und die Erbitterung über die Kriegsjahre geschwunden war, da konnte man wieder offener sprechen und in dieser Zeit sehen wir einen starken monarchistischen Einfluß immer offener zu Tage treten und jetzt findet man einen ziemlichen Teil, der mit Rücksicht darauf, daß man draußen auf dem Lande keine besondere antimonarchistische Anwendung mehr sieht, glaubt,

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Die Redezeit von 20 Minuten ist abgelaufen.

Rusihak (fortfahrend): Ich komme gleich zum Schlusse. Ich möchte zum Abschlusse hier sagen, daß anlässlich der Anfrage des Kollegen **Rosenwirth** gerade durch die Ausführungen dieses Herrn, der als ein hochgestellter Funktionär des Sicherheitskorps der Gendarmerie über die Sicherheit und das Wohl der Republik zu machen hätte, mit Recht unser Mißtrauen herausgefordert worden ist und wir erwarten, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter **Riegler** nicht nur erklärt, er werde die Sache untersuchen lassen, sondern daß es, wenn er wirklich ein Vertreter der Republik und des Bundeslandes Steiermark sein will, diesen Mann einer exemplarischen Bestrafung zuführen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wortner: Hohes Haus! Unser Kollege **Rosenwirth** hat in einer dringlichen Anfrage den Zwischenfall, der sich in der vorgestern stattgefundenen Sitzung abgespielt hat, heute zur Sprache gebracht. Dieser Fall, der sich außerhalb des Landtagsitzungsraumes abgespielt hat, ist ja nur ein Glied in der ganzen Kette, die wir schon wiederholt, nicht nur bei Anfragen aufzeigen konnten, sondern die wiederholt in der Öffentlichkeit und in der Presse gerügt worden sind. Die Kette, die läuft weiter und wir haben heute, gerade aus der Begründung, die Kollege **Rosenwirth** gebracht hat, gesehen, daß es selbst unter den christlichsozialen Abgeordneten eine ganze Reihe gibt, die darüber gar nicht erstaunt zu sein scheinen, daß es ungehörig und etwas diffamierendes ist, daß ein von der Republik bezahlter Gendarmeriebeamter solche beleidigende Ausdrücke gegen die Republik gebraucht. Die Herrschaften, die dort drüben nur gelacht und gegrinst, die eine innerliche Freude empfunden haben, daß dieser **Wurzinger** es gewagt hat, die Republik zu beschimpfen, jeden 1. aber von dieser Republik seinen Lohn einsteckt, diese Herrschaften wissen nicht, welche Schmach sie ihrem Stande zugeführt haben. (Rufe: „Sehr richtig!“) Diese Herren christlichsozialen Abgeordneten, die hier diese Ausdrücke des **Wurzinger** mit höhnischem Lächeln quittiert haben, die

nicht begreifen wollen, daß es uns ernst ist mit dieser Anfrage und daß wir als überzeugte Republikaner uns gegen die Handlungsweise eines von der Republik bezahlten Beamten auflehnen müssen, diese Herren haben die Zeit des Krieges vergessen, wo sie draußen ebenfalls von einer Tradition gequält, sekkiert und schikaniert worden sind und wo sie sich gegen diese aufgehalten haben, wenn sie einmal Gelegenheit gehabt und den nötigen Mut dazu aufgebracht haben. Wir wissen doch, wie revolutionär manche Bauern vom Kriege nach Hause gekommen sind, wie sie aufgeatmet haben, als das Elend des Krieges zu Ende war und wir haben geglaubt, daß dieses Stahlbad, wie es von den Christlichsozialen genannt worden ist, ein gewisses Reinigungsbad, ein gewisses Wasserbad für die Geister sein wird und haben geglaubt, daß diese Bauern es begreifen gelernt haben, wie schandvoll dieser Krieg vom Staate inszeniert, wie gemein die Soldaten von den höheren Offizieren behandelt worden sind. Aber die Herrschaften haben nichts vergessen, Sie haben heute durch ihre Zustimmungskundgebung, die Sie hier in ganz eigentümlicher Weise diesen Auslassungen des **Wurzinger** gespendet haben, nur dokumentiert, daß Ihnen jeder Sinn und jedes Verständnis für die Auffassung der sozialdemokratischen Bevölkerung, für die Auffassung der republikanischen Gesinnung verloren gegangen ist. Und Sie wollen leugnen, daß hier eine Tradition obwaltet bei einem Gendarmeriekorps, das ebenfalls unter dem **Rintelenismus** gezüchtet und großgezogen worden ist. Sie wollen ableugnen, daß in Ihren Reihen Monarchisten sitzen, daß überhaupt irgendwelche monarchistische Umtriebe in dieser Republik geschehen. Schauen Sie, durch diese Beifallskundgebung, die gerade die Herren auf der Gegenseite, die die Christlichsozialen abgestattet haben, haben Sie Ihren Wählern erstens einmal einen schlechten Dienst erwiesen, aber Sie haben auch weiten Kreisen Ihrer Wählerschaft die Augen geöffnet und ich meine, wenn Sie draußen in Ihren Dörfern die Monarchie genau so verteidigen werden, wie Sie hier es durch Ihre Beifallskundgebung getan haben, dürfen Sie sich nicht mehr nachhause trauen. Ich werde weiterhin beweisen, daß es eine schwarzgelbe Tradition, eine sogenannte geheime Feme gibt, die zwar geleugnet wird, die aber besteht, unsichtbar, unsagbar, weil das System des **Rintelenismus**, dieses System, diese Unterdrückung der anderen Meinungsauffassung einfach nicht beseitigen läßt. Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen doch, daß jedesmal, wenn der Todestag des Kaisers wiederkehrt, es Seelenmessen gibt, Opfermessen, und zwar nicht nur in Wien, sondern sogar in den kleinen Gebirgsdörfern draußen zelebriert, der vom Staate die Kongrua erhaltende Pfarrer den Seelengottesdienst für den verstorbenen Kaiser. Ist das etwas anderes als ein Teil der monarchistischen Propaganda? Es rückt z. B. ein Kriegerverein, ein Veteranenverein aus und da gibt es keinen Gendarmen, der den Mut aufbringen würde, gegen eine solche Ausrückung, bezw.

gegen das Tragen der schwarzgelben Fahne bei diesen Vereinen einzuschreiten. Ja, wenn sich solche Gendarmen den Mut herausnehmen und kraft ihres Eides, den sie der Republik geleistet haben, erklären, daß es unstatthaft ist, mit einer schwarzgelben Fahne in der Republik auszurücken, werden die Gendarmen wie Pausbuben behandelt und kommen in Disziplinaruntersuchung, werden auf andere, schlechtere Posten versetzt, weil sie dieser monarchistischen Gesinnung irgendeines Kriegervereinshauptmannes, der nicht einmal Pulverdampf gerochen, sondern daheim tachiniert hat, entgegengetreten sind in seiner monarchistischen Gesinnung.

Ich will Ihnen ganz kurz einige kleine Beispiele angeben und Ihnen den Beweis liefern, daß die schwarzgelbe Tradition, diese geheime Feme besteht und großgezogen wird, und diese Auffassung offenbart sich auch durch den Ausdruck des Gendarmenliebebeamten Wurziinger. Im Ennstale, oben im Steirischen Salzkammergute, da hat sich ein Gendarmenliebebeamter befunden, der so wie Wurziinger, den Eid auf die Verfassung der Republik abgelegt hat. Dieser Gendarm hat seinen Dienst vollkommen erfüllt, nichts konnte ihm nachgesagt werden, er war treu und fleißig, wie es seine selbstverständliche Pflicht war, nicht wie es von seiten des Herrn Obersten Sagburg als Loyalität, als etwas ganz besonderes angesehen wird, nein, er hat seinen Dienst vollkommen richtig vollführt, wie jeder andere Arbeiter seine Arbeit leisten muß, nur hat er folgendes Verbrechen begangen: Dieser Gendarm ist Mitglied des dortigen Arbeitergesangsvereines geworden und hat an den Aufführungen dieses Gesangsvereines mitgewirkt. Und als dieser Gesangsverein einmal eine Liedertafel, beziehungsweise ein Gründungsfest abhielt, ist dieser Gendarmenliebebeamte als Mitglied des Gesangsvereines, als Ausschußmitglied in Zivil mit einer roten Schärpe beim Empfange usw. der Sängervereine dabei gewesen; und wissen Sie, was geschehen ist? Das hat genügt, um diesen Gendarmen, der sich im Dienste nichts zuschulden kommen ließ, der in diesem einsamen Gebirgsorte jeden Dienst genau verrichtet hat und sehr fleißig war, von diesem Orte zu versetzen und nach St. Peter am Kammersberg zu versetzen. Man hat ihm also einen schlechteren Dienstposten zugewiesen, weil er Mitglied eines Arbeitergesangsvereines war. Sein Bleiben in St. Peter am Kammersberg war auch nicht lange, denn es ist so üblich, daß man überall dorthin, wo ein eventuell rot angehauchter Gendarm versetzt wird, daß man überall dorthin, wo dieser rot angehauchte Gendarm seinen Dienst zu machen beginnt, sofort in Eildeschenform seine Gesinnung vorausschickt, ihn auf die Schwarze Liste setzt, den Bürgern und den Gemeinderäten und allen den anderen sagt: „Hütet euch und paßt auf auf diesen Schwerverbrecher, das ist ein Roter, das ist ein Sozialdemokrat“. Diese Weisungen gehen hinaus und sind hinausgegangen und wenn man sie auch nicht auffangen kann, bestehen sie doch, denn sonst

könnte es nicht möglich sein, daß man gerade wieder diesen Gendarmen, der das Verbrechen begangen hat, Mitglied eines Arbeitergesangsvereines zu sein, als Ausschußmitglied beim Empfang auswärtiger Gesangsvereine mitzuwirken, von St. Peter am Kammersberg vertrieben und auf alle mögliche Art und Weise sekkiert hat. Ja, da fragen wir uns denn doch, ist das keine Feme, ist das keine alte Tradition, ist das kein Terror, den Sie uns immer vorwerfen wollen, wenn man ein Menschenleben vernichtet, ihn hegt mit allen Hunden, weil er so wie jeder andere Staatsbürger das Recht sich herausgenommen hat, sich zur Republik und zur Arbeiterschaft zu bekennen? Was ist diesem Gendarmen übriggeblieben? Er mußte von St. Peter am Kammersberg fort und er hat gefühlt, wenn er wieder in einen anderen Ort versetzt wird, daß dann das Kesseltreiben gegen ihn fortgesetzt werden wird, daß er dort wieder vertrieben werden wird, daß man ihm keine ruhige Stunde lassen wird und weil er das gefühlt hat, hat er gesagt: „Bevor ich noch einmal dieser Feme zum Opfer falle, mit Rind und Regel wieder wandern muß und wieder einmal irgendeinem Dorfpascha und einer bornierten Bevölkerung ausgeliefert bin, quittiere ich lieber den Dienst und behalte meine Gesinnung als Republikaner“. Was wollen Sie damit erreichen? Sie wollen die aufrechte Gesinnung dieses Menschen zermürben, Sie wollen hier einen Geist schaffen, der ein Kadavergehorfam ist, wie in der Zeit der seligen Monarchie dieser alte Kadavergehorfam war. Sie züchten einen solchen Gehorsam. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen ein Beispiel bringen von dem früher Ausgeführten. In demselben Orte, wo dieser Gendarm seinen Dienst tat, wo dieser Gendarm Mitglied des Arbeitersängerbundes war, haben Gendarmen, die nicht der sozialdemokratischen Partei angehörten, sondern die Ihren Kreisen, meine Damen und Herren, angehörten, bei einer Nationalratswahl die Plakate, die Zettel, diese Anschläge der Arbeiterschaft, der sozialdemokratischen Partei vernichtet, sie haben sie heruntergerissen und haben sich dadurch vergangen an fremden Gute, an fremdem Eigentum, es war eine Besitzstörung und Eigentumsverletzung. Man hat dies angezeigt und dagegen protestiert. Die Herren sind nicht versetzt worden, diesen Herrschaften ist nichts geschehen. Warum? Weil sie christlichsoziale Parteigänger waren und weil sie Wahlplakate der Sozialdemokraten vernichtet haben; und es fragt sich nur, ob sie nicht im Stillen von diesem Femeausschusse, der mit diesen Dingen sich zu beschäftigen hat, noch eine Belohnung bekommen haben. Schauen Sie, meine Damen und Herren, das sind zwei Fälle, die ich angezogen und vorgetragen habe. Diese alte Tradition, die hier scheinbar vorherrscht und der man scheinbar nicht die Gistzähne auszubringen gewillt ist, diese alte Tradition, die bei allen Gelegenheiten sich noch immer an die Monarchie anklammert, besteht also noch heute bei den Landesbezirkshauptlingen, die offen noch ihre monarchistische Gesinnung zum Ausdruck bringen.

Sonst könnte es nicht möglich sein, daß es passiert, wenn man einer Bezirkshauptmannschaft eine Anzeige übermittelt, daß am Nationalfeiertage, am 12. November, am Staatsfeiertage, bewußt in den Betrieben gearbeitet wird, daß bewußt von den Geschäftsleuten die Läden offengehalten werden, daß auf dem Lande die Arbeiter, die Lehrlinge und die Gehilfen zur Arbeit gezwungen werden, wenn man also die Bezirkshauptmannschaft aufmerksam macht, sie dazu verhalten will, einzuschreiten und diese Verhöhnung der Republik zu verhindern, daß ein solcher Akt ein Jahr lang läuft! Und wenn man nach verschiedene Betreibungen wiederholt den Bezirkshauptmann fragt, wann endlich einmal hier der Republik Genugtuung geleistet wird, antwortet dieser: „Schauen Sie, ich kann doch nicht alle diese Bürger einsperren oder bestrafen, sonst verliere ich meinen Posten als Bezirkshauptmann“. Darf man sich dann nicht wundern, wenn ein Bezirkshauptmann, der ebenfalls von der Republik bezahlt wird, der in erster Linie darüber zu machen hätte, daß die Gesetze der Republik eingehalten, nicht verhöhnt werden, nicht den Mut aufbringt, diesen Leuten gegenüber aufzutreten, die offensichtlich nichts anderes im Sinne haben, als den Staatsfeiertag der Republik zu verhöhnen. Man kann sich nicht wundern, wenn auf der Gegenseite diesen Dingen gegenüber nicht das nötige Verständnis aufgebracht wird. Noch etwas anderes. Wenn irgendein Kriegerverein mit seiner schwarzgelben Fahne marschiert und eine Kriegerdenkmalweiheung hat oder irgendwo hingeht zu einem Seelengottesdienst für den verstorbenen Kaiser, dann wird regelmäßig eine Beteiligung der Gendarmerie gefordert, auch alle öffentlichen Gebäude werden beslaggt. Nun, meine Damen und Herren, was wäre eingetreten, wenn in der Monarchie die Sozialdemokraten ähnliche Verhöhnungen getrieben hätten, als wie dies heute von vielen Behörden, von vielen Gendarmen geschieht? Auch in anderer Art und Weise sehen wir diesen alten Geist. Wir sehen diesen Geist auch bei einzelnen der Gendarmeriebeamten. Uns sind Fälle bekannt, wo Gendarmen Arbeitern gegenüber, die vielleicht aus Hunger oder sonst aus irgendeinem Triebe heraus auf den Berg gegangen sind und einen Hasen geschossen haben, in ganz eigentümlicher Weise vorgegangen sind. Wenn sie diese Verbrecher dingfest gemacht haben, haben sie sie dann in einen Kottler geworfen und sogar geschlagen, um von ihnen ein Geständnis und andere Dinge zu erpressen. Ist das die Pflichterfüllung eines Gendarmen, der einen Arbeiter schlägt? Wir wissen ganz gut, daß es viele verstockte Sünder gibt, aber ich meine, diese Unsitten, diese Sitten, wie sie hier Platz zu greifen beginnen, dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Einem großen Schieber, einem großen Gauner gegenüber gibt es keine Schläge, keine Erpressung von Geständnissen. Diese Schlägereien wendet man nur bei den Proleten an. Das war die monarchistische Tradition, die beim Rekruten begonnen hat und heute leider noch fortgesetzt wird. Wir lehnen uns daher fortwährend dagegen auf. (Zwischenruf Wagner.) Es steht

Ihnen besser an, wenn Sie dieses System nicht verteidigen. Sie sollen sich immer vor Augen halten, daß Sie auch Arbeitervertreter sind.

Ich erinnere daran, daß zum Beispiel der Oberst Hitzl seinerzeit in einem Prozesse bewiesen bekommen hat, daß er im Felde Soldaten geschlagen hat und dieser zieht in Steiermark herum als Festredner bei monarchistischen Kriegervereinen und der Bezirkshauptmann hört sich diese Reden an, die Gendarmen stehen bei diesen monarchistischen Reden „Sabbt acht!“ statt daß man diese Redner abführen würde. Hätte sich früher einmal ein Arbeiter erkühnt, eine revolutionäre Rede zu halten in der Zeit der Monarchie, wäre es dann möglich gewesen, daß ein Bezirkshauptmann dort gewesen wäre und hätte ruhig zugehört? Wäre es möglich gewesen, daß in der Zeit der Monarchie die Gendarmen dabei „Sabbt acht!“ gestanden wären? Man hätte jenen Redner sofort beim Kravattel gepackt und ihn verschwinden lassen. Meine Herren, Sie halten sich dagegen auf, wenn wir dieses System geißeln und wenn wir diese einzelnen Fälle herausgreifen und aufzeigen, daß dieses System besteht.

Herr Wurziinger hat sich durch seine Ausdrücke einer schweren Beleidigung schuldig gemacht. Er hat durch den Ausdruck, den er gebraucht hat, eine schwere Beleidigung der Republik und deren Ansehen zugefügt und wir verlangen infolgedessen, daß er, der doch bezahlter Angestellter dieser Republik ist, der sie zu schützen und zu achten hat, infolge dieses Ausdruckes nicht nur diszipliniert sondern ausgestoßen wird aus der Beamtenschaft. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)

Böhl: Hohes Haus! Es ist etwas merkwürdig, daß, wenn so wie jetzt, als meine Kollegen Oberzaucher, Rosenwirth und Pförtner auf die monarchistische Einstellung der Gendarmeriebeamten, der Beamten in unserer Wehrmacht und auf die Treiberein dieser Leute verwiesen, man da immer die Beobachtung macht, daß einzelne auf der rechten Seite dieses Hauses, also die der Christlichsozialen Partei, unruhig werden, und was mich besonders eigentümlich dabei berührt hat, ist, daß es die Bauernvertreter sind, die unruhig werden, sehr unruhig werden und sich so benehmen, daß man wirklich Zweifel in die Echtheit ihrer republikanischen Gesinnung setzen muß, daß man das Empfinden hat, wenn man an dem Republikaner ein wenig abkratzt, kommt sofort das Schwarzgelbe zum Vorschein. Obwohl die Masse der Bauern und der Bäuerinnen, die dürfen wir natürlich auch nicht vergessen, in der überwiegenden Mehrheit sich im Lager der Christlichsozialen Partei befinden, der Pfarrer und der Kaplan, die für die Republik von Anfang an nicht viel übrig gehabt haben und immer mit der Monarchie geliebäugelt haben, den Bauern und den Bäuerinnen und dem Landvolke gegenüber sich immer so zeigten, daß ihnen die Monarchie lieber wäre, als die Republik, so sehe ich doch, daß trotz alledem mit wenigen Ausnahmen die Bauernschaft nicht nur bei uns in Steiermark, sondern auch im ganzen Bundeslande republikanisch

gesinnt ist. Daß sie republikanisch gesinnt ist, das ist Gott bewahre nicht etwa ein Verdienst der Sozialdemokraten oder etwa gar der Agitatoren der Bauernbündler. (Ing. W i ß a n y: „Wohl!“)

Es war die Masse der Bauern, die mit wenigen Ausnahmen bei Kriegsausbruch einrücken mußte — Männer bis zu über 50 Jahren haben wir draußen an der Front gehabt — sie waren in erster Linie während der großen Jahre des Krieges ausersehen, im Schützengraben ihre Schädel hinzuhalten. Ja die Metallarbeiter, die Arbeiter im Bergbaubetriebe, in der Kriegsindustrie, die waren vollbeschäftigt, um jene Erzeugnisse herzustellen, die zur Führung des Krieges notwendig waren. Der Bauer ist in den wenigsten Fällen enthoben worden, in den seltensten Fällen, wie z. B. der Abg. M ö s t l. (Heiterkeit.) Von diesen Leuten finde ich es begreiflich, daß sie ein wenig unruhig werden, wenn man zu erkennen gibt, daß man für die Monarchie schon gar nichts übrig hat, daß er unruhig wird und sich zum Verteidiger der Monarchie aufwirft, wenn man weiß, daß er als Viehrequirierer enthoben war. Manchmal hat auch etwas herausgeschaut bei der Requiriererei. Daß so mancher dieser Monarchie zu Dank verpflichtet ist, das gereicht ihnen zur Entschuldigung, wenn sie sich jetzt so aufpuddeln. Ich habe gesagt, es ist das nicht das Verdienst der Bauernbündler, daß die Bauern durch die Bank, ich sage ausdrücklich mit wenigen Ausnahmen, Republikaner sind. Ich teile da manchmal nicht die Ansicht meiner Parteigenossen, die meinen, daß der Bauer kein rechter Republikaner ist, weil man ihn am Staatsfeiertag oder am 1. Mai arbeiten sieht. Das ist für mich kein Maßstab. Diese Tage haben sich bei diesen Leuten eben noch nicht eingelebt. Der Bauer ist so ein Mensch, er ist krank, wenn er nicht arbeiten kann. Er will im Stall oder auf der Wiese oder im Wald arbeiten. Er ist nicht dabei beim Feiern, aber im Gedanken ist er bei uns, er freut sich nach seiner Art. Ich habe gesagt, es ist nicht das Verdienst der Sozialdemokraten oder gar der Bauernbündler, daß die überwiegende Mehrheit der Bauernschaft republikanisch gesinnt ist, sondern das ist das Verdienst der Offiziere, die die Bauern, Herr Pfarrer Z e n z, „katholisch“ gemacht haben, nicht nur katholisch, sondern auch republikanisch gemacht haben. Ich war selbst dabei mit den Bauern auf dem Monte Cebio, Monte Grappa-Gebiet, vom Februar des Jahres 1916 an. Aber, meine verehrten Anwesenden, es war schon früher eine solche Sache, daß der Bauer von jeher mit dem Militarismus nicht so besonders befreundet war. Das war vollständig klar. Sie wissen, da mag er politisch der Gesinnung nach eingestellt gewesen sein, wie er will, christlichsozial oder bauernbündlerisch, jeder einzelne weiß es, muß es zugeben, daß der Militarismus dem Bauernstande schwere Wunden geschlagen hat dadurch, daß ihm Jahr für Jahr gute Arbeitskräfte genommen worden sind. So ein Bauer hat vier, fünf Buben, saubere Kerl, gewachsen wie die Bäume, gesund und frisch wie die Haselnußkern. Ist der Bua 20 Jahr gewor-

den, hat er zur Assentierung gehen müssen. Bei manchen Bauern — sie sind gesunde Leute — sind die Kleinen hervorgekommen, wie die Orgelpfeifen und der Vater und die Mutter haben eine Mordsfreude mit den gesunden Buben gehabt. Alle vier, fünf Buben sind sonst nicht fortgekommen vom Elternhaus, vom Graben heraus, höchstens hinaus in die Pfarre oder in die nächste Stadt, aber nicht weiter. Jetzt Jahr für Jahr die Assentierung, das Einrücken. Ich selbst war auch oft Zeuge und ich weiß, daß auch jeder andere von Ihnen inklusive der verehrten Galerie wird es bestätigen, daß Jahr für Jahr bei einer solchen Assentierung die Mutter häufig mit dem Sohne mitgegangen ist. Sehr häufig ist es vorgekommen, daß der Bauer oder die Bäuerin den Buben zur Assentierung begleitet haben. Wenn sie ihn nicht begleitet hat, so hat sie das Gefühl gehabt, am Ende haben sie dem Franzl oder den Glasl behalten. Wenn der Vater nur mitgegangen ist, so hat der Mutter den ganzen Tag das Herz gepumpt und mit Sehnsucht hat sie gewartet, bis ihr herzl lieber Bua von der Assentierung heimgekommen ist. Die Mutter hat geschaut, bis der Bua mit dem Vater auf der Straßen wieder sichtbar wurde, aufgeputzt über und über, wie ein Almstier. Das war das Zeichen für die Mutter, was da los ist. Wenn der Bua heimgekommen ist, hat er eini g'jauchzt: „Mutter, uns haben's g'halten. Der Bua hat g'jauchzt und die Mutter hat geweint. Wenn dann die Zeit gekommen ist, wo er einrücken hat müssen, da hat der Bua nicht g'jauchzt. Je näher die Zeit zum Einrücken gekommen ist, desto kleiner laut ist er geworden. Am Tage des Einrückens in die Stadt hat die Mutter ihn begleitet aus dem Graben heraus oder herunter vom Gebirg bis zum Bahnhof, wie es häufig vorgekommen ist, hinein bis zum Kreuz oder Marterl. Dort hat die Mutter ihren Buben noch ans Herz gedrückt, ordentlich abgeußelt und dann sind sie auseinander. Da hat der Bua nicht mehr g'jauchzt, da hat er geweint und ist dann hinein in die Stadt. Drei Jahre ist er in der Kaserne gedrillt worden, drei Jahre hat das gedauert und während dieser drei Jahre hat er das Stadtleben, das Fabrikleben kennen gelernt. Er hat gehört, daß es für die Arbeiter in der Stadt, in den Industrieorten eine Krankenversicherung gibt, eine Unfallversicherung. Er hat auch während dieser Zeit erfahren, daß man sich ganz ruhig einen Hausstand gründen kann, wenn die drei Jahre um sind. Damals war kein Wohnungsmangel. So ist es in hunderten und tausenden Fällen vorgekommen, daß nicht nur der Knecht, sondern in vielen Fällen der eigene Sohn des Bauern nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt ist. Auf diese Art und Weise haben also damals durch den Militarismus in der Monarchie tausende und tausende von Bauern gute Arbeitskräfte, die sie sehr notwendig gebraucht hätten, verloren. So mancher ließ sich auch seine Liebste — sofern sie ihm die Liebe und Treue bewahrt hat — in seine neue Heimat in die Stadt nachkommen.

Ich habe da früher von der Assentierung gespro-

chen und da denke ich manchmal, daß es sehr wohl im Interesse des Bauernstandes gelegen ist, daß diese Affentierung heute in der Republik nicht mehr besteht. Der Bauer hat seine Kinder, seine Leute, die er braucht. Das ist ein außerordentlicher Vorteil. Die Affentierung war schon etwas graußliches: Gendarmen waren da aufgeboden, getrunken wurde vorher, nachher noch mehr, geraußt ist worden, blutige Schädel hat es gegeben. Heimgefahren sind sie mit einem Leiterwagen, vorne einer mit der Harmonika. Wen sie nicht behalten haben, der hat manchesmal seine Schläge gekriegt. Saurekrut, traußt du dich noch zu uns, du elender Krüppel und er hat schon seine Birn gehabt, daß oft der Doktor hat einschreiten müssen. So war es Jahr für Jahr. Das war die Kulturarbeit, die geleistet wurde, das ist die Tradition.

Aber nachher, wie der Krieg ausgebrochen ist, ja da haben die Bauern erst kennengelernt, was Militarismus heißt und was es heißt, Monate und Jahre lang sich den Peinigern von Offizieren ausgesetzt zu sehen. Ich habe Offiziere kennengelernt, höchst anständige, geradezu lebenswürdige Personen, aber der Mehrheit nach waren sie auf die Warnschaft furchtbar. Die Reserveoffiziere waren oft viel schlechter, als die Aktiven. Ich war da draußen am Lazarettfelde, ich war selbst früher nie Soldat, ich habe einen Kropf gehabt, was in meiner Heimatgemeinde keine Seltenheit ist, war nie tauglich. Ich bin von Tragöß zuhause, habe mit 21 Jahren einen Kropf gehabt, deshalb habe ich bei der Affentierung den Laufpaß bekommen, denn einen solchen Krüppel können sie nicht brauchen, hat der Regimentsarzt gesagt. Aber wie der Krieg ausgebrochen ist, wie alle Jahrgänge zur Musterung gekommen sind, bin auch ich darangekommen, auf den Kropf haben sie nicht mehr geschaut, da haben sie auch mich zusammengepackt, denn wenn jemand ein paar Finger zu wenig gehabt hat, machte das nichts; gut genug zum Zusammenschießen, Kanonenfutter, hinaus mit ihm! Aber, meine Herren, ich habe das mitgemacht, wie so viele andere von Ihnen es mitgemacht haben. Dieses Einrücken, dieses Exerzieren, wenn man nicht so gelenkig ist, es waren ja Leute mit 40 bis 50 Jahren, Leute, die immer schwer gearbeitet haben, deren Körper gekrümmt war und da kommt nun ein solcher Kadettaspirant von 18 bis 20 Jahren, der versteht das nicht, daß die Bauern nicht so „Sagt acht!“ stehen können, das Auf- und Niedermachen, daß der ganze Mensch damisch wird,

und sagt: „Ich werde Dir schon helfen!“ Neben mir ist ein, nicht einmal kleiner Bauer gelegen, der gesagt hat: „Elendiger Lauser!“, aber so ruhig, daß er es nicht hören konnte, denn das wissen alle, wenn sich jemand unterfangen hat ein Wörtchen zu sagen gegen die hohe Obrigkeit, so kostete ihm das sechs bis acht Wochen. Und, nachdem man nicht mehr so recht unterscheiden konnte, zwischen rechts- und linksum, zwischen rechts Front und links Front, hat man hinaus müssen. Man hat kurzen Prozeß gemacht. Wenn ich daran denke, an die Offiziere, Feldkuraten waren auch dabei, es wäre nicht richtig, wenn man sie in Bausch und Bogen angreifen würde, denn ich habe einen kennen gelernt, der Pflichtbewußtsein gehabt hat, der Mitleid gehabt und getan hat, was er tun konnte, um das Los des einzelnen zu erleichtern, um Trost zu spenden in der Stunde der Verzweiflung. Aber ich habe auch andere kennen gelernt und das waren Nummern! Meine Herren, ich erzähle keinen Bau-Bau, sondern eine Tatsache, zur Illustration (Zwischenruf: „Das ist ja alles Holler, was Sie da reden!“) Was ist das? (Rufe: „Holler!“) Wenn das ein Holler ist, was ich sage, dann weiß ich nicht, was Sie sind . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich möchte den Herrn Redner aufmerksam machen, daß die Redezeit von 20 Minuten bereits verstrichen ist.

Böhl (fortfahrend): Tut mir sehr leid, ich werde bei nächster Gelegenheit fortsetzen.

Präsident: Hiemit ist dieser Punkt erledigt.

über Beschluß der Obmännerkonferenz werde ich nun die heutige Sitzung beenden.

Eingebracht wurde folgender Antrag (verliest die Überschrift — Siehe Inhaltsverzeichnis). Der Antrag wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Ich habe noch mitzuteilen, daß die dringliche Anfrage der Abg. Tausk, Regner, Weigelberger und Genossen, wegen der Unterschlagungen im Landesabgabnamte von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Die nächste Sitzung findet morgen Donnerstag um 10 Uhr vormittags statt mit der Fortsetzung der bestehenden Tagesordnung.

Ich mache zugleich aufmerksam, daß die Kartenausgabe für die Galerie um 8 Uhr morgens beginnt.

(Schluß der Sitzung um 7 Uhr 20 Minuten abends).